

# STUDIEN

**FREDERIC HEINE, THOMAS SABLowski**

## **DIE EUROPAPOLITIK DES DEUTSCHEN MACHTBLOCKS UND IHRE WIDERSPRÜCHE**

**EINE UNTERSUCHUNG  
DER POSITIONEN DEUTSCHER  
WIRTSCHAFTSVERBÄNDE  
ZUR EUROKRISE**

FREDERIC HEINE ist Politologe und Aktivist. Neben der Eurokrise beschäftigt er sich vor allem mit der gesellschaftstheoretischen Einbettung von Geschlechter- und Klassenverhältnissen und ist derzeit im flüchtlingspolitischen Kontext aktiv.

THOMAS SABLowski ist Referent für Politische Ökonomie der Globalisierung im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er arbeitet in den Redaktionen der Zeitschriften *LuXemburg* und *Prokla* mit und ist derzeit im Blockupy-Bündnis aktiv.

## **IMPRESSUM**

STUDIEN wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig

V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2194-2242 · Redaktionsschluss: September 2013

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

---

## INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung . . . . .	5
1 Kapitalfraktionen und Wirtschaftsverbände . . . . .	9
2 Kapitalfraktionen in der Krise . . . . .	12
3 Positionen der Verbände zur europäischen Krisenpolitik . . . . .	13
3.1 Die Inkubationszeit: Oktober 2009 – Mai 2010. . . . .	14
3.2 Die Ausweitung der Krise: Mai 2010 – Dezember 2011 . . . . .	15
3.2.1 Die «Rettungspolitik» . . . . .	16
3.2.2 Governance-Reformen. . . . .	17
3.2.3 Finanzmarkt- und Bankenreformen . . . . .	21
3.3 Krisenzuspitzung in Griechenland und Spanien: Januar 2012 – Juli 2012 . . . . .	23
3.4 Die aktuelle Phase der Konsolidierung. . . . .	26
Zusammenfassung und Schlussfolgerungen . . . . .	28
Literatur . . . . .	34
Abkürzungen . . . . .	39



## EINLEITUNG

Seit dem Frühjahr 2010 dreht sich die europäische Politik vor allem um die Frage, wie die Schuldenkrise in Griechenland und anderen Ländern der Europäischen Union eingedämmt und beendet werden kann. Bekanntlich haben die unterschiedlichen Maßnahmen der Regierenden bisher nicht zur Überwindung der Krise geführt, sondern diese zum Teil weiter verschärft. Dies gilt insbesondere für die Austeritätspolitik, durch die die Binnenmärkte in den betroffenen Staaten offensichtlich weiter zerstört werden.

Seit sechs Jahren in Folge befindet sich Griechenlands Wirtschaft in einer Rezession, jeder Vierte ist dort arbeitslos, die Jugendarbeitslosigkeit liegt inzwischen sogar bei 60 Prozent. Zahlreiche Länder, die nach dem globalen Einbruch der Produktion im Jahr 2009 kurzzeitig positive Wachstumsraten aufwiesen, sind erneut in die Rezession abgerutscht. Auch das Vertrauen der Finanzinvestoren in die Zahlungsfähigkeit der Schuldnerstaaten ist nicht wieder vollkommen hergestellt, wie sich an den Zinssätzen für die Staatsanleihen feststellen lässt. Zwar sind die Zinssätze in Griechenland gesunken, nachdem bei den Wahlen im Juni 2012 Syriza, die Koalition der radikalen Linken, daran scheiterte, die Regierung zu übernehmen. Sie liegen jedoch gegenwärtig (das heißt im Juli 2013) immer noch bei etwa 10 Prozent, das heißt auf einem Niveau, das auf Dauer nicht tragbar ist.

Ähnliches gilt für andere Krisenländer. So sind die Zinsen für italienische und spanische Staatsanleihen gesunken, nachdem die Europäische Zentralbank (EZB) im Sommer 2012 angekündigt hatte, notfalls unbeschränkt Staatsanleihen am Sekundärmarkt aufzukaufen. Dennoch liegen die Zinssätze für italienische und spanische Staatsanleihen immer noch etwa 3 Prozent über dem Niveau der Zinssätze für deutsche Staatsanleihen, während sich die Differenz der Zinssätze vor der Krise im Bereich von wenigen Zehntel-Prozent bewegte. Nicht zuletzt die Zuspitzung der Lage in Zypern im Frühjahr 2013 signalisierte, dass die gegenwärtige große Krise noch längst nicht überwunden ist. Dies wird auch in Artikeln in der bürgerlichen Presse immer wieder konzediert.

Nicht nur die Krise, auch das Krisenmanagement ist erklärungsbedürftig. Die folgende Untersuchung soll ein Beitrag zu einer historisch-materialistischen Erklärung der europäischen Krisenpolitik sein. Wir untersuchen hier Positionen deutscher Wirtschaftsverbände zur europäischen Krisenpolitik, weil wir davon ausgehen, dass das deutsche Kapital und seine Interessen für die Formierung der Politik der Bundesregierung eine entscheidende Rolle spielen, während die Bundesregierung zugleich ein zentraler Akteur bei der Gestaltung der europäischen Krisenpolitik war und ist. Zur Vermeidung von Missverständnissen muss dem allerdings sogleich hinzugefügt werden, dass wir nicht davon ausgehen, dass die deutsche Politik eins zu

eins deutsche Kapitalinteressen repräsentiert. Staatliche Politik ist in ihrer Klassendimension – unterschieden von anderen Dimensionen wie Geschlecht und Ethnizität, die nicht Teil dieser Untersuchung waren – generell nicht nur als Artikulation von Kapitalinteressen, sondern als Artikulation der Kräfteverhältnisse der verschiedenen Klassen und Klassenfraktionen zu begreifen. Diese Kräfteverhältnisse reichen zudem über nationalstaatliche Grenzen hinaus. In Anbetracht der Internationalisierung des Kapitals gehen wir davon aus, dass die deutsche Politik ebenso wie die Politik anderer Länder bis zu einem gewissen Grad auch die Interessen von Kapitalisten anderer Länder vertritt. Zum einen weil diese selbst auf unterschiedliche Weise an der gesellschaftlichen Reproduktion in Deutschland beteiligt sind, etwa als Eigentümer von Unternehmen in Deutschland, als ausländische Zulieferer oder Abnehmer deutscher Produktion. Zum anderen bedeutet die imperiale Rolle des deutschen Kapitals und der deutschen Regierung in Europa auch, dass die deutsche Politik Verantwortung für die Reproduktion des Kapitalismus in ganz Europa übernimmt, also auch die Interessen von Kapitalisten anderer Länder berücksichtigen muss. Dies heißt wiederum aber auch nicht – das wäre ein anderes Missverständnis –, dass die europäische Krisenpolitik mit der deutschen identisch wäre beziehungsweise dass es ausreichen würde, die deutsche Krisenpolitik zu untersuchen, um die europäische zu erklären. Selbstverständlich ist die europäische Krisenpolitik nur als Resultat der ökonomischen, politischen und ideologischen Prozesse und Auseinandersetzungen in den verschiedenen EU-Ländern sowie auf den verschiedenen Ebenen des europäischen «Mehrebenensystems» (nationale und transnationale Ebene, intergouvernementale und supranationale Instanzen der EU) zu begreifen. Nicht vergessen werden sollte auch der Einfluss der US-Regierung auf die europäische Krisenpolitik, der darauf beruht, dass das US-amerikanische Kapital selbst Teil der Machtblöcke in Europa ist.

Daher wäre es notwendig, ähnliche Analysen wie die hier folgende auch für die Wirtschaftsverbände anderer EU-Länder durchzuführen, aber wir müssen uns hier aus pragmatischen Gründen auf die deutschen beschränken. Für uns lag es nahe, mit den deutschen Wirtschaftsverbänden zu beginnen, eben weil wir davon ausgehen, dass Deutschland das größte Gewicht unter allen EU-Ländern hat, und weil wir in Deutschland politisch tätig sind: Die deutschen Wirtschaftsverbände sind unsere unmittelbaren Gegner. In strategischer Perspektive interessiert uns, wo Widersprüche und Konflikte innerhalb des Lagers der Unternehmer bestehen. Es ist wichtig, Konflikte innerhalb der herrschenden Klasse herauszuarbeiten, um Ansatzpunkte für ihre gezielte Vertiefung identifizieren zu können. Denn emanzipatorische Politik kann nur in dem Maße

erfolgreich sein, in dem es gelingt, eine politische Einheit der subalternen Klassen gegen den Machtblock der herrschenden Klasse herzustellen und zugleich die Zersetzung dieses Machtblocks zu befördern. Der Machtblock wird sich in dem Maße zersetzen, in dem sich zum einen die Kämpfe der subalternen Klassen durch neue Massenbewegungen ausweiten und in dem sich zum anderen die Widersprüche innerhalb des Machtblocks zwischen seinen verschiedenen Fraktionen vertiefen.

Bei der Untersuchung der Positionen der Wirtschaftsverbände ging es uns nicht um eine möglichst vollständige Erfassung aller Verbände. Dies wäre einerseits arbeitsökonomisch nicht machbar gewesen, andererseits hätte es vermutlich auch wenige zusätzliche Erkenntnisse gebracht. Wir haben uns stattdessen erstens auf die Verbände konzentriert, die wir generell in der deutschen Politik für die bedeutendsten halten. Zweitens haben wir die Verbände aufgrund eines bestimmten theoretischen Vorverständnisses bezüglich der Kapitalfraktionen im Machtblock ausgewählt, wie wir gleich noch genauer erläutern werden. Drittens haben wir solche Verbände ausgewählt, die in der Debatte über die deutsche und europäische Krisenpolitik mit öffentlichen Stellungnahmen besonders hervorgetreten sind.

Zur Auswertung kamen Stellungnahmen der ausgewählten Verbände zu verschiedenen Aspekten der Krisenpolitik. Dabei haben wir hauptsächlich Positionspapiere und Pressemitteilungen der Verbände untersucht, die im Internet veröffentlicht wurden. Vereinzelt haben wir auch Presseartikel ausgewertet, in denen über Stellungnahmen von Verbänden oder ihren Sprechern berichtet wurde. Wir sind uns vollkommen bewusst, dass so nur ein Bruchteil der politischen Arbeit der Verbände in den Blick gerät. Die Verbände kommunizieren natürlich auch direkt mit der Regierung und den verschiedenen Staatsapparaten. Der größte Teil dieser Kommunikation ist nichtöffentlich und kann nicht unmittelbar erfasst werden. Wiederum aus arbeitsökonomischen Gründen mussten wir auf Interviews mit Vertretern der Verbände und der verschiedenen Staatsapparate über ihre wechselseitigen Beziehungen und die Entwicklung ihrer Positionen zur europäischen Krisenpolitik verzichten. Selbst wenn wir solche Interviews hätten führen können: Mit Sicherheit hätten wir auch dann vieles nicht erfahren, was uns interessiert. Es bleibt dabei: Die Politik ist ein Eisberg, wie es Foucault einmal ausgedrückt hat. An der Oberfläche sichtbar ist immer nur ein kleiner Teil davon.

Wir gehen davon aus, dass die Beziehung zwischen Kapital und Staat nicht in einem instrumentellen Sinn verstanden werden kann. Der Staat kann kein Instrument *des* Kapitals sein, denn das gesellschaftliche «Gesamtkapital existiert nicht als bewusst handelndes Subjekt» (Hickel 1975: 145). Es setzt sich aus einer Vielzahl von Einzelkapitalen zusammen, die durch ihre Beziehungen zur gesellschaftlichen Arbeitsteilung und ihre Position in der Konkurrenz ganz unterschied-

liche Interessen haben. Allgemeine Kapitalinteressen lassen sich höchstens auf einer ganz abstrakten Ebene bestimmen: als Interesse an der Reproduktion des Kapitals als sozialem Verhältnis, als Interesse an unbeschränkter Kapitalverwertung, als Interesse an einer möglichst hohen Ausbeutung der Arbeitskraft und so weiter. Konkrete staatliche Politik lässt sich daraus jedoch nicht ableiten. Umgekehrt ist vielmehr davon auszugehen, dass die herrschende Klasse der Kapitalisten erst über den Staat ihre Einheit herstellen und herrschend werden kann. Durch staatliche Politik wird ein Machtblock konstituiert, der jeweils eine spezifische Synthese verschiedener widersprüchlicher Kapitalinteressen darstellt. Die Widersprüche innerhalb der Kapitalistenklasse verschwinden dadurch nicht, aber sie erhalten eine Form, in der sie sich bewegen können. Der parlamentarisch-demokratische Verfassungsstaat kann nicht zuletzt deshalb als Normalform des bürgerlichen Staates gelten, weil er es besser als zum Beispiel die absolute Monarchie, der Faschismus oder die Militärdiktatur gewährleistet, staatliche Politik flexibel so zu gestalten, dass sie den sich ständig verändernden Kräfteverhältnissen nicht nur zwischen herrschenden und beherrschten Klassen, sondern auch innerhalb der herrschenden Klassen gerecht werden kann (vgl. Poulantzas 1975: 2002).

Die Widersprüche innerhalb der Kapitalistenklasse lassen sich nicht nur als Widersprüche zwischen Einzelkapitalen fassen. In dem Maße, in dem sich Widersprüche von Einzelkapitalen bündeln lassen, kann man von der Existenz von Kapitalfraktionen sprechen (Hickel 1975: 145). Kapitalfraktionen sind «Aggregate kapitalistischer Interessen, die sich um eine besondere Funktion im Prozess der Kapitalakkumulation herum auskristallisieren» (Overbeek/van der Pijl 1993: 3). Bei der Bestimmung von Kapitalfraktionen sind zwei verschiedene Herangehensweisen denkbar: Zum einen kann man die Existenz von Kapitalfraktionen ausgehend von der marxischen Kritik der politischen Ökonomie und den daran anschließenden Arbeiten theoretisch ableiten. So kann zum Beispiel argumentiert werden, dass die verschiedenen Metamorphosen des Werts im Reproduktionsprozess des gesellschaftlichen Gesamtkapitals Grundlage für eine funktionale Differenzierung verschiedener Kapitalsorten sind, die schließlich zu unterscheidbaren Fraktionen des Industrie-, Bank- und Handelskapitals führen. Eine solche Ableitung von Kapitalfraktionen verbleibt allerdings notwendigerweise auf einer abstrakten Ebene. Die Unterscheidung von Kapitalfraktionen auf der Ebene der kapitalistischen Produktionsweise sagt noch nichts darüber aus, ob und wie diese Fraktionen in einer konkreten Gesellschaftsformation zur Geltung kommen.

Eine andere Herangehensweise besteht darin, Kapitalfraktionen ausgehend von gesellschaftlichen Konflikten empirisch zu bestimmen. So könnte man zum Beispiel feststellen, dass es im Streit um die Einführung einer europäischen Bankenunion eine Kapitalfraktion gibt, die dafür ist, und eine, die dagegen ist. Tobias

Haas und Hendrik Sander (2013) etwa sprechen von «grünen Kapitalfraktionen» in Europa im Hinblick auf Unternehmen und Wirtschaftsverbände, die ein Interesse an der «Energiewende» und der Durchsetzung erneuerbarer Energien haben. Das Problem bei dieser empiristischen Vorgehensweise besteht darin, dass es dann letztlich unendlich viele Kapitalfraktionen gibt, entsprechend der Vielzahl der gesellschaftlichen Konflikte, und dass je nach Thema die Fraktionierungen ganz unterschiedlich verlaufen. Beide Herangehensweisen sind also letztendlich für sich genommen unbefriedigend: Weder können Kapitalfraktionen einfach theoretisch abgeleitet werden, noch können sie empiristisch bestimmt werden. Notwendig ist vielmehr eine theoriegeleitete empirische Analyse, die Schritte der Deduktion, Induktion und Retroduktion verbindet.

Die bisher wohl komplexeste Bestimmung von Kapitalfraktionen finden wir in den Arbeiten von Nicos Poulantzas (1975). Dieser unterscheidet Fraktionen nach drei verschiedenen Dimensionen. Erstens unterscheidet er zwischen Industrie-, Bank- und Handelskapital. Er geht davon aus, dass das Handelskapital im Laufe des Akkumulationsprozesses eine zunehmend untergeordnete Stellung einnimmt, während innerhalb des Machtblocks entweder das Bankkapital oder das Industriekapital dominant ist. Obwohl Poulantzas im Anschluss an Hilferding und Lenin auch von einem Fusionsprozess des Bank- und Industriekapitals hin zum Finanzkapital spricht, geht er davon aus, dass der Widerspruch zwischen Bank- und Industriekapital weiterhin relevant bleibt. Im Gegensatz zu Hilferding geht er auch nicht davon aus, dass sich der Fusionsprozess von Bank- und Industriekapital zwangsläufig unter der Dominanz des Bankkapitals vollzieht. Ob in einer bestimmten historischen Phase der kapitalistischen Entwicklung das Bank- oder das Industriekapital dominiert, bedarf demnach konkreter empirischer Analysen.

Zweitens unterscheidet Poulantzas zwischen den Fraktionen des Monopolkapitals und des nichtmonopolistischen Kapitals. Hier folgt er der marxistisch-leninistischen Theorie, die von einem Stadium des Monopolkapitalismus innerhalb der kapitalistischen Entwicklung ausgeht. Die Unterscheidung von Monopolkapital und nichtmonopolistischem Kapital wird von Poulantzas nicht näher begründet. Wir denken aber, dass die Annahme plausibel ist, dass es in vielen Branchen Eintrittsbarrieren gibt, dass häufig Oligopole beziehungsweise Formen monopolistischer Konkurrenz existieren. Man könnte demnach davon ausgehen, dass der Ausgleich der Profitraten gehemmt wird und dass es zwischen monopolisierten und nichtmonopolisierten Branchen zu einer Differenzierung der Profitraten kommt. Das heißt, dass sich das Monopolkapital einen Teil des Mehrwerts aneignet, der vom nichtmonopolistischen Kapital produziert wird (vgl. Aglietta 1979: 299 ff.).

Drittens unterscheidet Poulantzas Kapitalfraktionen nach der Stellung einer Gesellschaftsformation innerhalb der imperialistischen Kette. Diese führt zu einer

Differenzierung zwischen nationalen Bourgeoisien, Kompradoren-Bourgeoisien und inneren Bourgeoisien (Poulantzas 1975: 36 ff.). Wir vertiefen die Probleme, die mit dieser Differenzierung verbunden sind, hier nicht. Für unsere Zwecke – die Analyse des deutschen Machtblocks im Hinblick auf die europäische Krisenpolitik – erscheint die Unterscheidung von nationaler Bourgeoisie, Kompradoren-Bourgeoisie und innerer Bourgeoisie wenig hilfreich. Dennoch gehen wir davon aus, dass sich Fraktionen im Machtblock im Hinblick auf die Internationalisierung des Kapitals unterscheiden lassen. In einer ersten Annäherung könnte man Fraktionen danach unterscheiden, ob ihre Reproduktion vorwiegend im nationalen, im europäischen oder im globalen Raum stattfindet. Dabei können jeweils unterschiedliche Momente des Kapitalkreislaufs in unterschiedlicher Weise internationalisiert sein – oder auch nicht: Produktionsmittel oder Arbeitskräfte können importiert werden; die Produktionsketten können mehr oder minder internationalisiert (europäisiert oder globalisiert) sein; im Inland produzierte Waren können dort oder im EU-Binnenmarkt oder auf außereuropäischen Märkten abgesetzt werden; im Ausland realisierte Profite können repatriiert werden; im Inland realisierte Profite können in der EU oder außerhalb der EU reinvestiert werden; Kreditbeziehungen können internationalisiert (europäisiert oder globalisiert) sein.

Die häufige Rede von *dem* exportorientierten deutschen Kapital erfasst diese Differenzierungen nicht. Eigentlich bedürfte es einer genaueren Analyse der Internationalisierung des deutschen Kapitals, um die Krisenpolitik materialistisch zu erklären. Allerdings überschreitet eine solche Analyse den Rahmen dieser Studie. Wir müssen uns hier auf die Untersuchung der öffentlichen Stellungnahmen deutscher Wirtschaftsverbände beschränken. Ob und wie diese Stellungnahmen mit sich verändernden Mustern der Internationalisierung des deutschen Kapitals korrelieren, können wir hier nicht näher untersuchen. Wir können dazu allenfalls Hypothesen bilden.

Der Untersuchungszeitraum dieser Studie reicht von Oktober 2009 bis Juli 2013, das heißt, wir konzentrieren uns auf die Phase der Krise, die mit dem Ausbruch der Finanzkrise in Griechenland begann, während die vorangegangene Phase vom Ausbruch der Krise im US-amerikanischen Hypothekemarkt 2007 bis zur globalen Rezession 2009 außer Betracht bleibt. Nur vereinzelt wird auch auf Stellungnahmen der Verbände aus der Zeit vor Oktober 2009 Bezug genommen.<sup>1</sup> Wir unterscheiden Stellungnahmen zu drei verschiedenen Handlungsfeldern:

1. «Rettungspolitik», das heißt Maßnahmen zur Vermeidung von Bankenzusammenbrüchen und zur Sicherung der staatlichen Refinanzierung –

<sup>1</sup>Einige Verbände stellen nur die Pressemitteilungen des vergangenen Jahrs oder die der letzten zwei Jahre zur Verfügung; der Publikationsrhythmus und die Publikationsform sind unterschiedlich. Es liegen daher nicht zu allen Phasen und zu allen Sachfragen Positionierungen vor.

von den Notkrediten für Griechenland über die Einrichtung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) bis zur Entscheidung der EZB, Staatsanleihen notfalls unbegrenzt am Sekundärmarkt aufzukaufen.

2. Reformen der *economic governance* innerhalb der Europäischen Währungsunion (Euro-Plus-Pakt, Fiskalpakt etc.).
3. Reformen der Finanzmärkte und der Bankenregulierung (europäische Bankenunion etc.).



# 1 KAPITALFRAKTIONEN UND WIRTSCHAFTSVERBÄNDE

Für die empirische Analyse von Kapitalfraktionen sind die Wirtschaftsverbände als Repräsentationsorgane aggregierter Kapitalinteressen, die anders als im staatlich verdichteten Kräfteverhältnis noch nicht oder nur schwach mit den Kämpfen der subalternen Klassen artikuliert sind, besonders interessant. Wie die Wirtschaftsverbände sich aber historisch konkret herausbilden, hängt auch mit der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, etwa bei Branchenverbänden, und der juristischen Regulation, etwa bei Verbänden, die die unternehmerische Rechtsform (z. B. Familienunternehmen) als Organisationsgrundlage haben, zusammen und entwickelt eine institutionelle Eigenlogik. Sie lassen sich also nur indirekt auf Kapitalfraktionen beziehen, die eine abstraktere Kategorie bilden als die historisch-konkreten Verbände. Insbesondere schwer zu erfassen ist der Grad der Internationalisierung des Kapitals, das sich in den Verbänden artikuliert. Dennoch lohnt sich ein Blick auf die Verbände, um den Fraktionierungsprozess und die Widersprüche im Machtblock begreifbar zu machen. Im Folgenden wollen wir kurz diskutieren, ob und wie die untersuchten Verbände den Kapitalfraktionen entlang der oben dargestellten Dimensionen zugeordnet werden können.

## **Bundesverband der deutschen Industrie (BDI)**

Der BDI ist der Dachverband des deutschen Industriekapitals und der politisch bedeutendste der untersuchten Verbände. Schon am Umfang und an der Häufigkeit der Stellungnahmen des BDI wird seine besondere Position deutlich. Der BDI ist der einzige deutsche Verband, der direkt Mitglied der kürzlich gegründeten Vereinigung B20 ist, die versucht, die Politik auf der Ebene der G20 zu beeinflussen. Der BDI hat die Aufgabe, die Interessen der verschiedenen Branchenverbände, die im BDI Mitglied sind, zu aggregieren und zu verallgemeinern. Im BDI und in seinen verschiedenen Mitgliedsverbänden sind die Fraktionen des monopolistischen und des nichtmonopolistischen Industriekapitals integriert. Aufgrund der Hegemonie des Monopolkapitals gehen wir jedoch davon aus, dass sich in den Positionen des BDI primär die Interessen des monopolistischen Industriekapitals artikulieren. Wir gehen zugleich davon aus, dass innerhalb des BDI die Interessen jener Kapitalfraktion dominieren, deren Reproduktion stark internationalisiert ist, wobei das spezifische Gewicht europäischer und globaler Orientierungen genauer zu ermitteln wäre.

## **Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)**

Zwischen BDI und BDA besteht eine Arbeitsteilung, insofern als die BDA primär für die industriellen Beziehungen und Fragen der Reproduktion der Arbeitskraft, das heißt für Fragen des Arbeitsrechts und der Tarif-

Sozial- und Bildungspolitik zuständig ist, während der BDI sich um alle anderen Politikbereiche kümmert. Gleichwohl hat sich auch die BDA zu Fragen der europäischen Krisenpolitik geäußert, teils allein, teils zusammen mit dem BDI. BDI und BDA sind die einzigen deutschen Wirtschaftsverbände, die Mitglieder von BusinessEurope, dem bedeutendsten europäischen Dachverband nationaler Wirtschaftsverbände, sind. Was für das Verhältnis des BDI zu den einzelnen Kapitalfraktionen gilt, gilt auch für die BDA.

## **Verband der Automobilindustrie (VDA), Verband der Chemischen Industrie (VCI), Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI)**

Wir haben diese Verbände ausgewählt, weil es sich bei den Branchen der Automobilindustrie, der chemischen Industrie, des Maschinenbaus und der Elektroindustrie um Schlüsselindustrien des «Modells Deutschland» handelt. Uns hat interessiert, ob es Abweichungen zwischen den Positionen einzelner Branchenverbände und den Positionen ihres Dachverbandes, des BDI, gibt. In der politischen Formierung des Machtblocks repräsentiert der BDI eine höhere Ebene der Verallgemeinerung von Kapitalinteressen als die einzelnen Branchenverbände, die spezifischere Interessen artikulieren. Bei den genannten Branchenverbänden gehen wir ebenso wie beim BDI davon aus, dass sie Unternehmen der Fraktionen des Monopolkapitals und des nichtmonopolistischen Kapitals umfassen und dass die Interessen des internationalisierten Monopolkapitals hier hegemonial sind.

## **Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)**

Der DIHK ist der Dachverband der regionalen Industrie- und Handelskammern, in denen sämtliche Unternehmen außerhalb der Landwirtschaft, des Handwerks und der freien Berufe zwangsweise Mitglied sind. Aufgrund dessen gehen wir davon aus, dass das nichtmonopolistische Kapital und das auf den deutschen Binnenmarkt orientierte Kapital im DIHK etwas stärker als im BDI oder in der BDA repräsentiert sind. Gleichwohl gehen wir davon aus, dass auch im DIHK die Interessen des hegemonialen monopolistischen Industriekapitals maßgeblich sind.

## **Zentralverband des deutschen Handwerks (ZDH)**

Der ZDH ist der Dachverband der regionalen Handwerkskammern und der verschiedenen Fachverbände des Handwerks. Der Begriff des Handwerks ist aus klassenanalytischer Perspektive ähnlich diffus wie der Begriff des Mittelstands. Wir gehen davon aus, dass das Handwerk einerseits einen Teil des traditionellen Kleinbürgertums umfasst, das heißt Besitzer von Produktionsmitteln, die selbstständig tätig sind und die selbst keine Lohnarbeiter beschäftigen (oder wenn sie

doch Lohnarbeiter beschäftigen, da nun nur in einem so geringen Umfang, dass sie keine Akkumulationsbewegung vollziehen können). Andererseits gehen wir davon aus, dass das Handwerk auch Unternehmen umfasst, die dem nichtmonopolistischen Kapital zuzuordnen sind, das heißt Unternehmen, die in einem solchen Umfang Lohnarbeiter beschäftigen, dass sie auf dieser Basis eine Akkumulationsbewegung vollziehen können, ohne dass in den betreffenden Branchen relevante Eintrittsbarrieren bestehen, die die Sphäre des Monopolkapitals markieren würden. Aufgrund der Hegemonie der Kapitalistenklasse gegenüber dem Kleinbürgertum gehen wir davon aus, dass auch im ZDH die Interessen des nichtmonopolistischen Kapitals maßgeblich und die Interessen des traditionellen Kleinbürgertums untergeordnet sind.

#### Die Familienunternehmer (FU)

Der Verband «Die Familienunternehmer» hieß früher «Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer» (ASU) und vereint, wie der Name sagt, Unternehmer, die sich über die Form ihres Eigentums identifizieren. Die Kontrolle einzelner Familien über Unternehmen steht im Gegensatz zu Eigentumsformen, in denen Einzelpersonen oder einzelne Familien nur so geringe Minderheitsbeteiligungen an Unternehmen besitzen, dass sie die betreffenden Unternehmen nicht kontrollieren können. Letzteres gilt zum Beispiel für viele Aktiengesellschaften im sogenannten Streubesitz. Das Familieneigentum ist durch die Akkumulation, Konzentration und Zentralisation des Kapitals selbst tendenziell gefährdet. Die Anforderungen der Unternehmensfinanzierung können leicht zu einem Verlust der Kontrolle über das eigene Unternehmen führen, wenn im Zuge von Fusionen oder notwendigen Kapitalerhöhungen das Familieneigentum «verwässert» wird oder wenn das Unternehmen in Abhängigkeit von externen Kreditgebern gerät. Damit ist nicht gesagt, dass das Familieneigentum im Zuge der kapitalistischen Entwicklung verschwinden wird oder dass nicht auch sehr große Unternehmen dauerhaft von einzelnen Familien beherrscht werden können. Selbst in einer Branche wie der Automobilindustrie, die durch ein globales Oligopol einiger weniger riesiger Markenhersteller geprägt wird, spielt das Familieneigentum bis heute eine bedeutende Rolle.

Der Verband «Die Familienunternehmer» umfasst einerseits viele kleine Unternehmen, die der Fraktion des nichtmonopolistischen Kapitals zuzuordnen sind, andererseits finden sich dort durchaus auch einige Großunternehmen wie Miele, Tengelmann und Oetker, die dem Monopolkapital zuzuordnen sind. Die Mitgliederzahl des Verbandes hat sich von 10.200 im Jahr 1993 auf heute etwa 5.000 nahezu halbiert (vgl. Krickhahn 2010: 92; Inacker 2012). Wir vermuten, dass sich in dem Verband vor allem solche Unternehmer sammeln, die einerseits stark unter Konkurrenzdruck stehen und deren Eigentum gefährdet ist und die andererseits sehr bewusst für eine politische Lösung ihrer Probleme

kämpfen. Denn der Verband ist in der Öffentlichkeit vergleichsweise stark aktiv und ist immer wieder mit Stellungnahmen zur europäischen Krisenpolitik, aber auch zu vielen anderen Themen hervorgetreten. Interessant sind in diesem Zusammenhang auch die personellen Verbindungen zwischen dem Unternehmerinstitut e. V., das als Denkfabrik des Verbandes gilt, und anderen neoliberalen Thinktanks wie der Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft und der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung.<sup>2</sup>

#### Bundesverband deutscher Banken, kurz: Bankenverband (BdB)

Der BdB ist der Verband der deutschen Privatbanken und umfasst auch zahlreiche deutsche Tochtergesellschaften ausländischer Großbanken. Er ist der Fraktion des Monopolkapitals zuzuordnen.

#### Deutscher Sparkassen- und Giroverband (DSGV)

Der DSGV ist der Dachverband der öffentlich-rechtlichen Banken, also der Sparkassen und Landesbanken. Während die Landesbanken ähnlich wie die privaten Großbanken sehr stark im Wertpapiergeschäft beziehungsweise auf den internationalen Kapitalmärkten tätig sind, ist das Spektrum der Bankdienstleistungen bei den Sparkassen begrenzter – hier steht das klassische Einlagen- und Kreditgeschäft für Geschäftspartner auf dem nationalen Markt im Vordergrund.

#### Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR)

Der BVR ist der Dachverband der deutschen Genossenschaftsbanken. Der genossenschaftliche Bankensektor umfasst auch Großbanken wie die DZ Bank und die WGZ Bank, die Zentralbanken der Genossenschaftsbanken. Überwiegend handelt es sich bei den Mitgliedern des BVR aber ähnlich wie beim öffentlich-rechtlichen Bankensektor um kleinere Kreditinstitute, die auf das Einlagen- und Kreditgeschäft mit Geschäftspartnern im nationalen Raum fokussiert sind.

Tabelle 1 zeigt eine vereinfachende, mit den genannten Einschränkungen zu verstehende Zuordnung der untersuchten Verbände zu den verschiedenen Kapitalfraktionen.

<sup>2</sup>Siehe [https://lobbypedia.de/wiki/Die\\_Familienunternehmer\\_-\\_ASU](https://lobbypedia.de/wiki/Die_Familienunternehmer_-_ASU).

**Tabelle 1: Zuordnung von Verbänden zu Kapitalfraktionen**

	vorwiegend monopolistisch, stark internationalisiert	vorwiegend nichtmonopolistisch, stärker binnenmarktorientiert
Industriekapital	BDI, BDA, VDA, VCI, ZVEI, VDMA, DIHK	FU, ZDH
Bankkapital	BdB	DSGV, BVR

Quelle: eigene Darstellung

## 2 KAPITALFRAKTIONEN IN DER KRISE

Die gegenwärtige Krise in der Eurozone ist einerseits eine Folge der strukturellen Widersprüche der europäischen Integration, andererseits ein Moment der großen Krise, die im Jahr 2007 im Subprime-Hypothekenmarkt in den USA ausbrach und sich dann zu einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise entwickelt hat. Die Krise ist durch die Überakkumulation und Entwertung von Kapital gekennzeichnet, wobei Konflikte darum entbrennen, wie die Entwertung von Kapital begrenzt werden kann beziehungsweise wie sie so reguliert werden kann, dass ihre politischen Folgen beherrschbar bleiben (vgl. Demirović/Sablowski 2012).

In der ersten Phase der Krise, vom Beginn des Jahres 2007 bis zum September 2008, waren vor allem Banken und andere Unternehmen des Finanzsektors von der Entwertung der mit Hypotheken besicherten Anleihen und Kreditderivate betroffen. In der zweiten Phase der Krise, vom September 2008 bis Oktober 2009, kam es zu einem globalen Einbruch der Produktion und der Profite des industriellen Kapitals. Die Phase vom Oktober 2009 bis heute ist durch die Krise des Krisenmanagements gekennzeichnet: Die Sozialisierung der privaten Verluste im Zuge der «Bankenrettungen», die «Konjunkturpakete», der Rückgang der Steuereinnahmen und der Anstieg der Sozialausgaben haben zu wachsenden staatlichen Haushaltsdefiziten und rasch steigender Staatsverschuldung geführt. Länder wie Griechenland sind an die Grenzen ihrer Zahlungsfähigkeit geraten. Von der Entwertung der Staatsanleihen und vom griechischen Schuldenschnitt ist wiederum primär das Bankkapital betroffen; die Krise der staatlichen Refinanzierung resultiert damit in einer neuen Bankenkrise.

Die hier skizzierte Periodisierung der Krise müsste allerdings, nimmt man einzelne Länder genauer in den Blick, weiter ausdifferenziert werden. Zum Beispiel schienen die spanischen Banken in der ersten Krisenphase weniger betroffen, weil sie nicht so stark wie beispielsweise die deutschen Banken in den USA investiert hatten. Allerdings führte das Platzen der Immobilienblase und der Zusammenbruch der Bauwirtschaft in Spanien mit einer gewissen Zeitverzögerung auch dort zu einer Bankenkrise, die zugleich durch die Krise der staatlichen Refinanzierung verstärkt wurde. Wir haben es also mit einem Teufelskreis von Banken- und staatlichen Finanzkrisen zu tun. Die verschiedenen Teile des deutschen Bankensystems allerdings sind von

der Krise sehr unterschiedlich stark betroffen. Unter der Entwertung der mit Hypotheken besicherten Anleihen und Kreditderivate litten vor allem international tätige Großbanken und Landesbanken und weniger die Sparkassen und die genossenschaftlichen Volks- und Raiffeisenbanken. Entsprechend kamen die staatlichen Rettungsmaßnahmen vor allem den Großbanken und Landesbanken zugute. Aus der unterschiedlichen Struktur ihrer jeweiligen Geschäfte ergeben sich auch unterschiedliche Interessen der im Bundesverband deutscher Banken organisierten Privatbanken auf der einen Seite und der Masse der Sparkassen und Genossenschaftsbanken auf der anderen Seite.

Das Industrie- und Handelskapital wiederum ist deswegen von der Bankenkrise tangiert, weil die Banken die Kreditvergabe einschränken, um ihre Bilanzen zu sanieren. Es kommt im Zuge der Krise zu einer Kreditklemme. Gleichzeitig brechen die effektive Nachfrage, die Produktion und die Profite des Industrie- und Handelskapitals ein. Das staatliche Krisenmanagement birgt zudem eine Reihe von Konflikten zwischen den Kapitalfraktionen: So geht es zum Beispiel um den Umfang der Bankenrettungspakete im Vergleich zu dem der Konjunkturpakete und um die Frage, ob nur Banken oder auch Industrieunternehmen wie Opel oder Handelsunternehmen wie Karstadt-Quelle «systemrelevant» sind, also durch den Staat vor dem Untergang bewahrt werden sollen. Es geht auch um die Ausrichtung der Konjunkturpakete: Wie stark kommen sie dem Monopolkapital, dem nichtmonopolistischen Kapital und dem Kleinbürgertum zugute? Bezogen auf die Geldpolitik stellt sich die Frage, ob die Zinssenkungen der Zentralbank von den Banken in Form sinkender Kreditzinsen an die Unternehmen weitergegeben werden oder ob die Banken die sinkenden Zentralbankzinsen eher nutzen, um ihre Profitmargen zu erhöhen und ihre Bilanzen zu sanieren.

Diese Konflikte traten im Laufe der Jahre 2008/2009 deutlich zutage und führten zu heftigen Auseinandersetzungen (vgl. Sandleben 2011). In der vorliegenden Studie liegt der Fokus allerdings auf der im Oktober 2009 einsetzenden Staatshaushalts- und Eurokrise und dem darauffolgenden Krisenmanagement. Uns interessiert insbesondere, ob und wie Widersprüche zwischen den Kapitalfraktionen hinsichtlich der europäischen Krisenpolitik seit dem Ausbruch der griechischen Finanzkrise zur Geltung kommen.

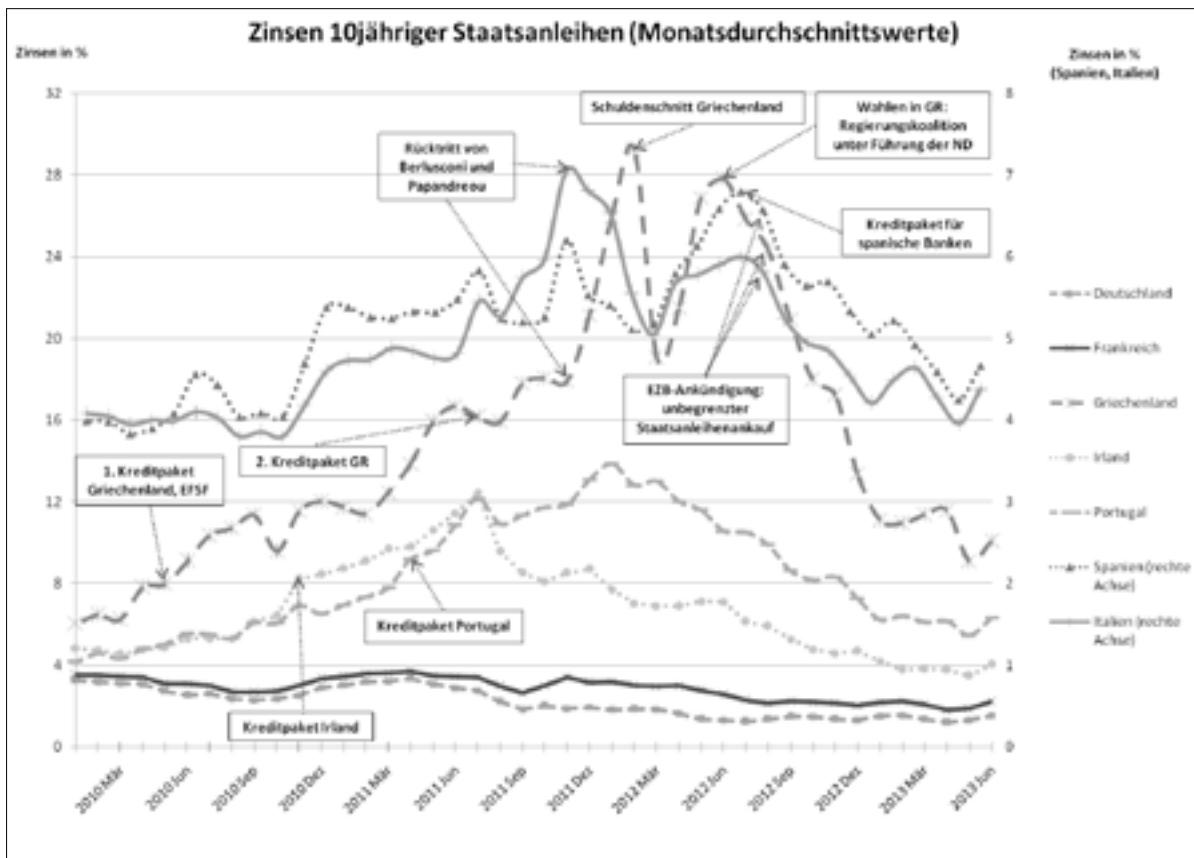
### 3 POSITIONEN DER VERBÄNDE ZUR EUROPÄISCHEN KRISENPOLITIK

Die seit über drei Jahren anhaltende Staatshaushaltskrise im Euroraum hat selbst einen sehr dynamischen Verlauf, der sich nur schwer fassen und abbilden lässt. Eine Möglichkeit wäre, sich am Verlauf der Reformen der *economic governance* zu orientieren. Eine andere und aus unserer Sicht für die Periodisierung relevante Zeitachse ist die des akuten Krisenverlaufs, der sich etwa an der Entwicklung der Zinsaufschläge von zehnjährigen Staatsanleihen festmachen lässt und auf den die unmittelbare Rettungspolitik der europäischen Institutionen mehr oder weniger direkt reagiert.

*economic governance*, darunter Einführung des sogenannten Fiskalpaktes, Einleitung des Schuldenschnitts in Griechenland sowie erzwungene Regierungswechsel in Griechenland und Italien.

- *Dritte Phase*: erneute Zuspitzung der Krise, Zeitraum: Januar 2012 bis Juli 2012; gekennzeichnet durch eine Krisenzuspitzung in Griechenland und Spanien sowie Neuwahlen in Griechenland; endet mit der Entscheidung der EZB, notfalls unbegrenzt Staatsanleihen aufzukaufen.
- *Vierte Phase*: relative politische Stabilisierung, Zeit-

Abbildung 1: Der zeitliche Verlauf der Krise



Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage von Daten der europäischen Zentralbank (EZB 2013)

Die folgende Darstellung der Verbandspositionen folgt dem akuten Krisenverlauf entlang von vier Phasen:

- *Erste Phase*: Inkubationszeit, Zeitraum: Oktober 2009 bis Mai 2010; von der Verabschiedung des ersten «Rettungspaketes» für Griechenland bis hin zur Etablierung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) im Mai 2010.
- *Zweite Phase*: Ausweitung der Krise, Zeitraum: Mai 2010 bis Dezember 2011; gekennzeichnet durch eine Ausdehnung der Krise auf weitere Länder, verschiedene Reformen in der EU zur Verbesserung der

raum: August 2012 bis heute; gekennzeichnet durch eine gewisse Konsolidierung zugunsten der herrschenden Kräfte, während gleichzeitig eine Reihe von EU-Ländern erneut in die Rezession abgleitet und sich die Krise in Zypern zuspitzt.

Dabei werden die vorgeschlagenen oder realisierten Maßnahmen der Krisenpolitik unterteilt in solche der Rettungspolitik (Notkredite, EFSF, ESM, EZB-Politik, Schuldenschnitt) und in *governance*-Reformen. Bei den Letzteren wiederum unterscheiden wir erstens zwischen fiskalpolitischen Reformen (Reformen des

Stabilitäts- und Währungspaktes, Fiskalpakt, Fiskalunion), zweitens wirtschaftspolitischen Reformen (makroökonomische Koordination, Wirtschaftsregierung) und drittens finanzmarktpolitischen Reformen (Basel III, Einlagensicherung, Restrukturierungs- beziehungsweise Abwicklungsfonds, Finanzaufsicht), auch wenn die Maßnahmen im Zusammenhang zu sehen sind (und teilweise auch als «Pakete» beschlossen werden). Die finanzmarktpolitischen Reformen sind dabei weniger Resultat der als Staatsschuldenkrise wahrgenommenen Probleme, sondern Reaktionen auf die Finanzmarkt- und Bankenkrise (Heinrich 2012). Sie sind ein Beispiel für die Überlagerung der Krisenphasen.

### 3.1 DIE INKUBATIONSZEIT: OKTOBER 2009 – MAI 2010

Die Inkubationsphase beginnt nach dem Regierungsantritt von Giorgos Andrea Papandreou in Griechenland mit der Offenlegung statistischer Manipulationen unter der Vorgängerregierung und dem Eingeständnis, dass die griechischen Haushaltsdefizite wesentlich höher sind, als bis dahin angenommen (vgl. Europäische Kommission 2010). Ein erster EU-Sondergipfel zu den griechischen Haushaltsproblemen im Februar 2010 resultiert lediglich in einer stärkeren Überwachung des griechischen Haushaltes. Zwei Monate später, am 11. April 2010, beschließen die EU-Regierungen nach einem weiteren Gipfel erste bilaterale Kredite in Höhe von 30 Milliarden Euro. Diese werden dem Ausmaß der Krise jedoch nicht gerecht. Die Inkubationsphase findet ihren Höhepunkt in den ersten beiden Meilensteinen der Eurokrisenpolitik – dem «Rettungspaket» für Griechenland und dem «Rettungsschirm» EFSF.

Als sich im Februar 2010 abzeichnet, dass sich die Griechenlandkrise nicht mit einfachen Mitteln lösen lässt, plädiert der BDI – besorgt darüber, die Krise könne auf größere Staaten übergreifen – für eine europäische Unterstützung für Griechenland ohne Beteiligung des IWF. «Wir müssen das Problem alleine lösen und aufpassen, dass es keinen Dominoeffekt gibt», verlautbart BDI-Präsident Hans-Peter Keitel etwa gegenüber dem *Spiegel* (*Spiegel Online*, 25.2.2010).

Auch die Bankenverbände halten die Rettung Griechenlands für wichtig. Nach dem Beschluss des ersten bilateralen Kreditpakets veröffentlichen der BdB, BVR und DSGV eine gemeinsame Stellungnahme, in der sie die Maßnahme, die das «Vertrauen» in die griechischen Staatsanleihen wiederherstelle, begrüßen. Gleichzeitig warnen sie, die Europäische Währungsunion dürfe nicht in eine «Transferunion» münden (BdB u. a. 2010). Auch der BVR fordert bereits im Februar 2010 einen «institutionell verankerten Mechanismus, um mit der Schuldenkrise in der Eurozone umzugehen» (BVR 2010a). Kredite sollten jedoch nur unter strengen wirtschaftspolitischen Auflagen vergeben werden. Nachdem ein solcher Mechanismus – die EFSF – im Mai eingeführt worden ist, betont der BVR: «Deutschland muss als Anwalt der Stabilität eine Führungsrolle einnehmen. Eine baldige und konsequente

Rückführung der Defizite ist von großer Bedeutung» (BVR 2010c). Der einzige Verband, der vor der Verabschiedung des ersten Kreditpakets querschießt, ist der Verband der Familienunternehmer. In einer Pressemitteilung mit dem Titel «Kein deutsches Gold für Griechenland» werden Hilfen abgelehnt beziehungsweise nur unter schärfsten Bedingungen akzeptiert. «Weder unsere Steuergelder noch das Gold der deutschen Bundesbank dürfen als Verfügungsmasse für eine unverantwortliche Schuldenpolitik anderer Euro-Länder missbraucht werden» (FU 2010a). Bereits im April 2010 bestehen die Familienunternehmer auf einer Beteiligung der Gläubiger an den Rettungsmaßnahmen, da diese ja auch von den höheren Risiken profitiert hätten (FU 2010d).

Im Frühjahr 2010 gibt es auch bereits erste Stimmen, die für weiter reichende *governance*-Reformen eintreten. So wird als fiskalpolitische Maßnahme eine Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts gefordert – vom BVR (2010b) und von den Familienunternehmern (2010c), bei Letzteren allerdings mit Sanktionsmechanismen «bis hin zum Ausschluss von Staaten». In den Banken wird bereits über die makroökonomischen Ungleichgewichte im Euroraum diskutiert und über wirtschaftspolitische Maßnahmen nachgedacht. Der BdB nennt sogar hohe Leistungsbilanzsalden im September 2009 als eine Hauptursache der Finanzkrise (wohl um den Eindruck abzuwehren, die Krise sei in erster Linie von den Banken und Finanzmärkten verschuldet und die «Realwirtschaft» sei intakt). «Letztlich kommt es in den Überschussländern auf eine Stärkung der Binnennachfrage an, während die Defizitländer ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessern müssen» (BdB 2009). Auch der BDI und BDA warnen vor zu großen Ungleichgewichten. «Ohne einen ausreichenden Grad auch an realer Konvergenz würde der Zusammenhalt des Währungsverbands gefährdet» (BDA/BDI 2010a: 12). Allerdings haben sie dafür ganz andere Motive: «Die hohen Handelsungleichgewichte bergen die Gefahr eines latenten Protektionismus» (ebd.). So sprechen sich BDA und BDI auch für eine engere Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Wachstumsstrategie «Europa 2020»<sup>3</sup> aus (ebd.). Dass die Koordination der Wirtschaftspolitik und die Bekämpfung von Handelsungleichgewichten aber da Grenzen haben, wo die deutschen Exportüberschüsse beschränkt werden müssten, machen BDA und BDI im Juni deutlich (siehe unten).

Auch die Bankenverbände sprechen sich für eine stärkere Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik aus. So sei es eine Voraussetzung für die Stabilität des Euro, dass «die Abstimmung der Wirtschaftspolitik im Euro-Raum künftig zu einem har-

<sup>3</sup> Das auf zehn Jahre angelegte Wachstumsprogramm «Europa 2020» wurde im Juni 2010 auf Vorschlag der Europäischen Kommission vom Europäischen Rat verabschiedet. Es ähnelt dem Vorgängerprogramm, der sogenannten Lissabon-Strategie, und beinhaltet vor allem Subventionen im Bereich der Energie-, Forschungs- und Technologiepolitik sowie gemeinsame Zielsetzungen in der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik.

monischeren Gesamtergebnis führt» (BVR 2010d: 3). Dazu müssten dem BVR zufolge aber nicht nur die Defizitländer ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken, sondern auch Überschussländer wie Deutschland ihre Binnen- nachfrage steigern, und zwar durch eine «Verbesserung der Rahmenbedingungen gerade auch für mittelständische Unternehmen» (ebd.: 4) – eine Forderung, die das binnenmarktorientierte Industriekapital freuen dürfte, weniger jedoch das exportorientierte. Den Familienunternehmern wiederum ist schon ein verhältnismäßig weiches Koordinierungsinstrument wie «Europa 2020» bereits zu viel der Einmischung: «Weder offen noch durch die Hintertür darf dieses dirigistische Konzept eingeführt werden. Es würde insbesondere die starken Volkswirtschaften innerhalb der EU und der Euro-Zone an die Leine legen und damit die gesamte Gemeinschaft schwächen. Unser Standort Deutschland kann durch solche europäischen Interventionen nur nach unten gezogen werden» (FU 2010a).

Die Industriekernzeile wiederum sehen dringenden Handlungsbedarf bei der Regulierung der Finanzmärkte. So würde «der Erfolg der «EU 2020»-Strategie [...] maßgeblich davon abhängen, dass sie von Finanzmarktreflexen auf europäischer und globaler Ebene flankiert wird» (BDA/BDI 2010a: 12). Nötig seien risikoadäquatere Kapitalanforderungen, der Aufbau einer globalen Finanzaufsicht sowie stärkere Eingriffsbefugnisse der Aufsichtsbehörden. Dabei seien aber «unerwünschte Nebeneffekte auf die Realwirtschaft unbedingt zu vermeiden» (ebd.: 13). Und obwohl auch die Bankenverbände eine grundsätzliche Reformbereitschaft zumindest vorgeben, ist die konkrete Ausrichtung der Finanzmarktreflexen höchst umstritten. Hauptkonfliktpunkt in dieser Phase ist, nachdem die Bundesregierung einen Gesetzesentwurf zur Finanzmarktreform vorgelegt hat, die «Bankenabgabe», die in einen Abwicklungs- und Restrukturierungsfonds zur Finanzierung von Rettungsmaßnahmen bei künftigen Banken Krisen fließen soll. Damit sind also unmittelbare Kosten verbunden.

Die privaten Banken sehen in einem «richtig ins Werk gesetzten» Abwicklungsfonds einen «wichtigen Beitrag zur höheren Krisenresistenz der Finanzmärkte» (BdB 2010a), versuchen sich aber in Schadensbegrenzung. Das Gesamtvolumen des Fonds soll nach ihren Vorstellungen am unteren Ende der diskutierten Spanne liegen. Insbesondere sei eine – im Gesetzesentwurf vorgesehene – Unterscheidung in systemrelevante und nicht systemrelevante Banken und deren unterschiedliche Beteiligung an der Bankenabgabe «nicht nur in der Praxis äußerst schwierig» (ebd.: 3). Da alle Banken – «große und kleine, private und öffentliche» (ebd.: 1) – Nutznießer seien, müssten auch alle Banken an der Abgabe beteiligt werden. Das sieht der DSGV natürlich ganz anders. Weder hätten Sparkassen zur Krisenverursachung beigetragen, noch hätten sie von den Risiken profitiert, noch würden sie in Zukunft etwaige Rettungsinterventionen in Anspruch nehmen müssen. Die Abgabe müsse daher «verursachungsgerecht» und «risikoadäquat»

erfolgen (DSGV 2010). Sehr ähnlich argumentiert der BVR, allerdings mit einem Zusatz: «Staatsbanken dürfen von der Bankenabgabe nicht ausgenommen werden» (BVR 2010b). In der Stellungnahme des DSGV war von den Staatsbanken nicht die Rede.

Bereits in dieser Inkubationsphase der Eurokrise zeichnen sich wesentliche Bündnis- beziehungsweise Konfliktkonstellationen ab. Hinsichtlich der Rettungs politik formiert sich eine breite Allianz, die sich für die Unterstützung Griechenlands und des Währungsraums in seiner jetzigen Form einsetzt, bestehend aus BDI/BDA, die 2010 sogar noch für eine Vergrößerung des Währungsgebiets eintraten (BDA/BDI 2010a: 12), und den Bankenverbänden. Hinter dieser Positionierung können durchaus unterschiedliche Motive vermutet werden: BDI und BDA dürfte vor allem an dem Aspekt «Vertrauen» in den Währungsraum und an seiner Stabilität gelegen sein. Der Euroraum an sich ist für das internationalisierte Monopolkapital in der globalen Konkurrenz von zentraler Bedeutung: «Gerade ein großer Binnenmarkt ist erforderlich, um auf den Weltmärkten gegenüber Wettbewerbern mit großen Heimatmärkten bestehen zu können» (ebd.: 8). «Eine hohe Stabilität des Euro im Innern und nach Außen ist eine wichtige Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung in Europa» (ebd.: 12). Den Bankenverbänden geht es wohl vor allem um die Absicherung der Staatsanleihen selbst – im März 2010 hatten deutsche Banken (nach den französischen) mit über 23,1 Milliarden Euro die zweithöchsten Anteile aller ausländischen Banken an griechischen Staatsanleihen (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2011a). Die Familienunternehmer hingegen stellen sich gegen die Rettungsmaßnahmen beziehungsweise fordern eine Verschärfung der Auflagen, zum Teil unter Verwendung einer rechtspopulistischen Rhetorik.

Eine ähnliche Interessenkoalition zeichnet sich bei der Bewertung der ökonomischen Ungleichgewichte ab. Auch hier sind es die Familienunternehmer, die jeglichen Einfluss Europas auf die deutsche Wirtschaftspolitik abzuwehren versuchen. Lediglich bei den Finanzmarktreflexen zeigen sich größere Brüche: Während die Industrieverbände Finanzmarktreflexen befürworten und lediglich Negativeffekte für die Realwirtschaft verhindern wollen, entbrennt ein heftiger Konflikt zwischen den privaten, den genossenschaftlichen und den staatlichen Banken um die genaue Ausgestaltung der Bankenabgabe.

### **3.2 DIE AUSWEITUNG DER KRISE: MAI 2010 – DEZEMBER 2011**

Ein grundsätzlicherer Reformbedarf der EU beziehungsweise der Währungsunion hat sich bereits in der Inkubationsphase herauskristallisiert. Im März 2010 wird vom Europäischen Rat eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Ratspräsidenten Herman Van Rompuy eingerichtet, um einen Konsens bei den Reformen zu erarbeiten. Die Empfehlungen der Taskforce werden dann am 21. Oktober 2010 unter dem Titel «Strengthe-

ning European Governance in the EU» vorgelegt und beinhalten Vorschläge zur Installierung eines Krisenmechanismus, zur verstärkten haushalts- und wirtschaftspolitischen Überwachung der Mitgliedsstaaten sowie zur Ex-ante-Koordinierung ihrer Haushalts- und Wirtschaftspolitiken. Einen Monat zuvor, im September 2010, legt die EU-Kommission ein eigenes Reformpaket vor: den sogenannten Sixpack mit seinen fünf Verordnungen und einer Richtlinie, von denen drei den Stabilitäts- und Wachstumspakt verschärfen sollen (statt einer Defizitobergrenze von 3 Prozent soll das strukturelle Defizit 0,5 Prozent des BIP nicht übersteigen, es wird ein kontrollierter Abbau des Schuldenstands auf 60 Prozent des BIP vorgeschrieben und die Schuldenrückführung wird einem Sanktionsverfahren unterworfen, das auf Vorschlag der Europäischen Kommission auch gegen eine Mehrheit der Euroländer beschlossen werden kann).<sup>4</sup>

Im März 2011 wird mit dem Euro-Plus-Pakt eine weitere Vertiefung der wirtschaftspolitischen Koordinierung beschlossen und im Dezember 2011 der Fiskalpakkt auf den Weg gebracht.<sup>5</sup> Er bedeutet eine weitergehende Verschärfung der haushaltspolitischen Disziplin mit einer stärkeren Kontrolle der Einhaltung von strukturellen Anpassungsplänen von Ländern in einem Defizitverfahren und der Einführung von Schuldenbremsen in die nationalen Verfassungen der unterzeichnenden Länder. Zusammengenommen machen diese Maßnahmen die Hochphase der Reformen im Bereich *economic governance* aus.

In dieser Phase nimmt die Eurokrise zudem immer dramatischere Ausmaße an: Nicht nur müssen Irland (November 2010) und Portugal (April 2011) Hilfen der EFSF beantragen, sondern immer wieder steigen auch die Risikoaufschläge für spanische und italienische Staatsanleihen und zwingen die EZB zur Intervention auf dem Anleihemarkt – vor allem zwischen Mai und Juli 2010 und zwischen August 2011 und Anfang Januar 2012. «Höhepunkte» dieser Phase sind der Beschluss über einen Schuldenschnitt für Griechenland im Oktober 2011, der Rücktritt von Giorgos Andrea Papandreou und von Silvio Berlusconi am 9. November 2011 sowie der vorläufige Beschluss über den Fiskalpakkt am 8./9. Dezember 2011. Diese Phase ist nicht nur die längste, sondern auch inhaltlich entscheidend und wird daher etwas ausführlicher dargestellt.

### 3.2.1 Die «Rettungspolitik»

Die Maßnahmen vom Mai 2010 (die «Rettung» von Griechenland und die Einrichtung der EFSF) werden von den meisten Verbänden grundsätzlich als «alternativlos» (BdB 2010c: 18) eingeschätzt. Durch diese Maßnahmen komme man aber, so warnt der BdB, einer «verdeckten Transferunion» immer näher. Diese sei ein Irrweg, denn sie schalte die disziplinierende Wirkung der Märkte aus – diese «kann und soll schmerzhaft sein», «Spekulation verstärkt im Übrigen diesen Erziehungseffekt nur» (ebd.). Das grundlegende Dilemma der «Rettungspolitik» aus neoliberaler Sicht

bringt der Bankenverband auf den Punkt: «Die zentrale Frage ist, ob eine gesunde Mischung aus der Vermeidung von Fehlanreizen und effizienter Rettung gefunden werden kann» (ebd.: 27). Um Fehlanreize zu minimieren, sei es notwendig, Unterstützung nur als Ultima Ratio zu gewähren und mit strengen Auflagen und Sanktionen – bis hin zur «Einsetzung eines kommissarischen Verwalters» (ebd.: 28) – zu verknüpfen.

Für den Sparkassenverband ist aus ähnlichen Gründen die «eingeschlagene Richtung der konditionierten Kreditvergabe [...] grundsätzlich richtig» (DSGV 2011b: 7). Länder, die finanzielle Unterstützung in Anspruch nehmen wollen, müssten «in jedem Fall ausreichende Reformprogramme vorlegen und sich strikter Konditionalität unterwerfen» (ebd.). Eine «stärkere Solidarität in Europa» setze «mehr Solidität» voraus (DSGV 2011a: 3). Auch der BVR schließt sich diesem Kanon an, äußert aber im September 2010 Bedenken gegenüber einer Verstetigung der EFSF zu einem dauerhaften Stabilisierungsmechanismus. Auch BDI und BDA betonen: «Zur zukünftigen Vermeidung vergleichbarer Krisen bedarf es vor allem der Aufrechterhaltung des Konsolidierungsdrucks der Finanzmärkte auf alle EU-Mitgliedsstaaten», weshalb auch eine «Verstetigung der vorübergehenden Hilfsmaßnahmen für Griechenland beziehungsweise den vorübergehenden Euro-Rettungsschirm» keine Option seien (BDA/BDI 2010b: 2). Im März 2011 allerdings stimmen auch sie, zusammen mit dem DIHK und ZDH, der Einrichtung des ESM als einer dauerhaften Institution für die finanzielle Unterstützung von Mitgliedsstaaten des Euroraums zu, wenn auch erneut nur als «Ultima Ratio» und nur unter der Bedingung «strenge[r] Konsolidierungs- und Reformauflagen» (BDA u.a. 2011). Bereits zu diesem Zeitpunkt fordern die Verbände eine Umschuldung in Griechenland unter der Beteiligung von privaten Gläubigern, denn «Risiko und Haftung» (ebd.) gehörten zusammen.

Wieder sind es die Familienunternehmer, die zu dieser Linie in Radikalopposition gehen. «Der sogenannte Rettungsschirm ist ein glatter, konzertierter Vertragsbruch der europäischen Politik, durch den die Steuerzahler alle wirtschaftlichen Risiken aufgehalst bekommen. Letztlich ist das Paket vor allem die Bankenrettung II und das Einfallstor für die Finanzierung der Südeuropäer durch die Nordeuropäer» (FU 2010b). Begleitet von ähnlicher Rhetorik reichen die Familienunternehmer am 18. August 2010 in Karlsruhe eine Verfassungsklage gegen den Rettungsschirm ein (FU 2010c). Lediglich in einem Punkt, der Forderung nach einer Beteiligung der Gläubiger an der Haftung für die griechischen Staatsanleihen, stimmen die Familienunternehmer mit dem Lager von BDA/BDI, DIHK und ZDH überein. Diese Forderung haben die Familienunternehmer schon nach dem ersten Griechenland-Rettungspaket aufgestellt (FU 2010b). Daher können sie nach dem Beschluss für den griechischen «Haircut»

<sup>4</sup>Das Sixpack trat am 13. Dezember 2011 in Kraft. <sup>5</sup>Unterzeichnet wurde der Fiskalpakkt schließlich im März 2012.



im Oktober 2011 behaupten: «Die Vereinbarung eines freiwilligen Schuldenschnitts für Griechenland in Höhe von 50 Prozent ist erfreulich. Auf diese Weise wird die Einheit von Risiko und Haftung wiederhergestellt. Wir Familienunternehmer haben uns seit Frühjahr 2010 für eine Umschuldung Griechenlands eingesetzt, um den Euro dauerhaft zu retten» (FU 2011a). Einen Monat zuvor hat der Verband aber auch verlautbaren lassen: «Egal, welche Währung gültig ist, die Länder der Peripherie müssen ihre Geschäftsmodelle ändern» (FU 2011b). Damit zeigt er, dass ein Austritt Griechenlands aus dem Euroraum prinzipiell erwägenswert ist.

Eine solch breite Front für eine Gläubigerbeteiligung dürfte für die Bankenverbände ein Problem darstellen. Der BdB macht sich bereits im September 2010 Gedanken über eine mögliche Umschuldung. «Eine Restrukturierung kann und darf aus Gläubigersicht nur auf freiwilliger Basis erfolgen», institutionelle Investoren dürften «nicht über Gebühr beeinträchtigt» werden und außerdem müsse die korrekte Abwicklung von Kreditsicherungsgeschäften, einschließlich CDS, «uneingeschränkt gewährleistet sein» (BdB 2010c). Er äußert aber eine grundsätzliche Bereitschaft zu einem Schuldenschnitt (vgl. Deutschlandfunk 2011a). Auch der Präsident des DSGV, Heinrich Haasis, zeigte sich im unmittelbaren Vorfeld des Schuldenschnitts «zuversichtlich, dass das Paket von unseren Instituten, soweit sie überhaupt nennenswert engagiert sind,<sup>6</sup> unterstützt wird» (DSGV 2011a). Einen Ausschluss Griechenlands aus der Währungsunion fordert in dieser Phase – abgesehen von den Familienunternehmern (siehe oben) – keiner der untersuchten Verbände. «Eine Austrittsklausel wäre dagegen letztlich eine leere Drohung und nicht geeignet, das notwendige Vertrauen der Märkte zurückzugewinnen. Zu keinem Zeitraum gab es in der aktuellen Staatsschuldenkrise eine politische oder ökonomische Option für eine Trennung von Mitgliedern der Eurozone» (BdB 2010c: 24).

Weitgehend einig ist man sich auch in der Bewertung der Notmaßnahmen der EZB. Die Anleihekäufe seien Notbehelfe und müssten «so rasch wie möglich beendet werden», verlangen die vier Wirtschaftsdachverbände etwa im März 2011 (BDA u.a. 2011). Auch der DSGV besteht darauf, die Ankäufe müssten vollständig eingestellt werden und die EZB müsse sich wieder auf die Aufgabe, den Geldwert zu stabilisieren, konzentrieren (DSGV 2011a u. 2011b). Als im November diese Forderung immer weniger durchsetzbar scheint, fordert der DSGV sogar ein neues Stimmverfahren im EZB-Rat, dem obersten Beschlussorgan der Bank. Der Vorschlag lautet, die Stimmen der Mitglieder nach den Anteilen der jeweiligen nationalen Zentralbanken am EZB-Kapital zu gewichten – was es dem deutschen Bundesbankpräsidenten erleichtern würde, die Ratsentscheidungen noch stärker zu beeinflussen als bisher.

Weniger einheitlich ist die Haltung der Verbände in der Frage, wie die «Anpassungsleistungen» beziehungsweise Reformen in den Kreditempfängerländern

aussehen sollen. So hat der BdB schon 2010 einen «Forderungskatalog» aufgestellt, der «einen groben Einblick» in die notwendigen Maßnahmen geben soll, die die Schuldnerländer zu ergreifen haben. «Effizienzsteigerung der öffentlichen Verwaltung», «Lohnkürzungen [...], um eine Benchmark für das allgemeine Lohnniveau zu setzen», «Flexibilisierung des Arbeitsmarktes», «umfassende Reform der Sozialsysteme, um über neue positive Anreizmechanismen das Arbeitsangebot zu erhöhen» und ein «wachstumsfreundlicheres Steuersystem» gehören zu den Vorschlägen. «Die Forderungen erinnern nicht ohne Grund stark an die schmerzhafteste Politik zur Straffung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit zu Anfang dieses Jahrzehnts» (alle Zitate aus BdB 2010c: 31).

Ähnlich fordert der DSGV «demographiebedingte Rentenreformen, Reformen der Arbeitsmärkte und Bildungssysteme und Privatisierungen sowie die Aufnahme einer Schuldenbremse in die Verfassung» (DSGV 2011b: 12). Zugleich erwägt er jedoch auch einnahmeseitige Reformen: «Auf der Einnahmeseite ist eine Umstrukturierung durch eine Mehrbelastung von Verbrauch und Vermögen (u.a. Grundbesitz, Erbschaften) sowie eine Entlastung bei Steuern anzustreben, die das Arbeitsangebot, die Vermögensbildung und das Investieren belasten» (ebd.: 12). Denselben Vorschlag wiederholt er später, als es um Reformen in Italien geht: «Eine einmalige Vermögensabgabe der privaten Haushalte könnte die Staatsschuld erheblich verringern» (DSGV 2011c: 2). Die Positionen der Sparkassen und Genossenschaftsbanken zur «Rettungspolitik» unterscheiden sich also nicht sehr stark von denen des BDI, der BDA oder des BdB. Sie befürworten eine verstärkte politische Integration Europas jedoch nur, um eine fiskalpolitische Stabilisierung zu erreichen. Außerdem ist ihre Vorstellung vom Konsolidierungspfad der Krisenländer weniger verengt, weil für sie die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht so sehr im Zentrum steht.

### 3.2.2 Governance-Reformen

Bei den Reformen, die das Steuerungs- und Regelsystem der Währungsunion betreffen, lassen sich fiskalpolitische, wirtschaftspolitische und finanzpolitische Maßnahmen unterscheiden, auch wenn diese meist als «Paket» verhandelt werden.

Dabei zeichnet sich hinsichtlich der fiskalpolitischen Maßnahmen eine breite Koalition unter den deutschen Kapitalfraktionen ab. BDA und BDI fordern schon im Juni 2010 einen «Verfahrensautomatismus» bei der Defizitüberwachung und in der Verhängung von Sanktionen, wenn festgelegte Schuldengrenzen überschritten werden. Diese sollen bis zum Entzug des Stimmrechts im EU-Rat reichen (BDA/BDI 2010b). Im März 2011 legen sie nach und fordern in dem bereits erwähnten gemeinsamen Positionspapier mit dem DIHK

<sup>6</sup> Dabei handelt es sich allerdings um eine charmante Untertreibung: Allein die in den Stresstest 2011 einbezogenen deutschen Landesbanken sind mit insgesamt über 2 Milliarden Euro «engagiert» (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2011b).

und ZDH die Aufnahme von «Schuldenbremsen in die nationalen Verfassungen» der Mitgliedsländer (BDA u.a. 2011). Auch die Familienunternehmer und der DSGV fordern im September 2011 nationale Schuldenbremsen sowie eine Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts (FU 2011b; DSGV 2011b). Der BVR wertet die Maßnahmen des «Sixpacks» insgesamt als eine positive «Zäsur in der Wirtschaftspolitik in der EU» (BVR 2011a), insbesondere das «halbautomatische» Verfahren bei Verstößen und die Neuorientierung am Schuldenstand statt an der Defizitobergrenze (BVR 2010e). Auch er spricht sich für eine Verankerung von nationalen Schuldenbremsen aus (BVR 2011b). Im unmittelbaren Vorfeld des Beschlusses über den Fiskalpakt treten zudem die Präsidenten des ZDH, des DIHK und des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) in einem gemeinsamen Beitrag im *Handelsblatt* für eine Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts «mit automatischen Sanktionen und einklagbaren Pflichten» ein (ZDH u.a. 2011). «Der Kern der Lösung» der Staatsschuldenkrise liege «im nationalen Umgang mit der eigenen Verschuldung» (ebd.).

Reformansätze, die auf eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik abzielen, reagieren auf das zweite, als Konstruktionsfehler der Währungsunion identifizierte Problemfeld: die makroökonomischen Ungleichgewichte zwischen den einzelnen Staaten (oder je nach Sichtweise: die strukturellen Probleme der Defizitländer). Die hierzu kursierenden Vorschläge unterscheiden sich vor allem darin, wie verbindlich die Koordination zwischen den Staaten geregelt werden soll, an welchen Indikatoren Probleme abzulesen sind und ab welchem Punkt Ungleichgewichte problematisch sind. Aber auch bei den Vorstellungen, welche Anpassungsleistungen die Schuldnerländer erbringen sollen, zeigen sich einige interessante Differenzen. Einige Verbände haben in dieser Reformphase auch eigene umfassende Konzepte zum Umgang mit der Eurokrise vorgelegt.

Im Juni 2010 erläutern BDA und BDI ihre Position hinsichtlich einer stärkeren politischen Abstimmung der nationalen Wirtschaftspolitiken. «Die europäische Koordinierung und Überwachung der Wirkungen [der] nationalen Politiken muss [...] intensiviert und effektiver gestaltet werden.» Dies dürfe aber «keinesfalls dazu führen, dass die EU dirigistisch in die nationale Lohnfindung oder Sozialpolitik eingreift». Die «verstärkte wirtschaftspolitische Koordinierung und Überwachung sollte innerhalb der bestehenden Institutionen stattfinden». Die beabsichtigte «Verringerung der Unterschiede der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Mitgliedstaaten» müsse die «best performers» als Benchmark festlegen» und dürfe «keinesfalls zu einer Nivellierung nach unten führen». Von einer «übersichtlichen Zahl» von Indikatoren verspricht man sich eine bessere Überwachung und Erhöhung des *peer pressure*, vor allem bei Überschuldung und mangelnder Wettbewerbsfähigkeit (alle Zitate BDA/BDI 2010b).

Diese Stellungnahme ist überwiegend als Abwehr gegenüber weiter gehenden Vorschlägen aus Brüssel zu interpretieren, die darauf zielten, die supranationale Integration voranzutreiben und auch die Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen zu deren Abbau zu verpflichten. Dennoch finden sich hier bereits Positionierungen, die für den weiteren Gang der Auseinandersetzungen zentral sind: erstens die Befürwortung von mehr Koordination bei einer Ablehnung von «dirigistischen» Eingriffen, zweitens die Orientierung an den in puncto Wettbewerbsfähigkeit besten *performers* sowie die Ablehnung einer Nivellierung nach unten und drittens die alleinige Fokussierung auf Verschuldung, Defizite und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit.

Sehr zum Unbehagen der Industrieverbände einigen sich die Euroländer bei ihren Verhandlungen über das «Sixpack», das in seiner endgültigen Fassung am 13. Dezember 2011 in Kraft tritt, auf eine Obergrenze für Leistungsbilanzüberschüsse von 6 Prozent des BIP als einen der Indikatoren des Frühwarnsystems (vgl. Europäische Union 2011). Nicht ohne Grund also beklagt sich der VDA Anfang 2012 darüber, dass es in Europa immer wieder Tendenzen gebe, «Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen an den Pranger zu stellen» (VDA 2012). «Anstatt die Leistungsträger auszubremsen», so seine Klage, müssten «viele EU-Länder einen Gang höher schalten. Denn wenn Europa im weltweiten Wettbewerb bestehen will, dürfen nicht die Schwächsten die Maßstäbe setzen, sondern die Innovativsten und Besten» (ebd.). Dabei wird «die Entwicklung der jeweiligen Lohnstückkosten» als einziger «Grund für die großen Unterschiede in der Wirtschaftskraft der einzelnen Länder» genannt. «Weil die traditionellen Industriezweige wie die Automobilindustrie, die Chemie oder der Maschinenbau in Deutschland die Lohnstückkosten maßvoll in Grenzen gehalten haben, konnten sie ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit entscheidend sichern» (ebd.). Es ist deshalb wiederum ganz im Sinne der Industrieverbände, dass in dem «Sixpack» eine Steigerung der Lohnstückkosten von mehr als 9 Prozent innerhalb von drei Jahren als Indikator für eine makroökonomisch schädliche Entwicklung gilt (vgl. EU 2011).

Der BdB positioniert sich in dieser Frage sehr ähnlich. Zwar sei die unterschiedliche Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsstaaten ein Problem. Eines müsse dabei aber klar sein: «Damit sich die Wettbewerbsposition des Euro-Raums nicht insgesamt verschlechtert, müssen die weniger wettbewerbsfähigen Euro-Staaten aufholen.» Es könne nicht darum gehen, «Deutschlands Wirtschaft eine Bleiweste überzuziehen» (BdB 2010b: 4).

Wie bereits im Jahr 2009 haben die Privatbanken aber auch ein Interesse an der Stärkung der Binnennachfrage in Ländern mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen. Sie plädieren jedoch nicht etwa für Lohnerhöhungen oder Steuersenkungen, sondern wollen die Arbeitslosigkeit durch den Abbau von Marktzugangsbarrieren bekämpfen (ebd.). Zu-

dem sei die «wettbewerbliche Bringschuld der Defizitländer [...] offensichtlich» (BdB 2010c: 31). Auch die Frage nach einer stärkeren Koordination der wirtschaftlichen Aktivitäten beantwortet der BdB ähnlich: «Eine im Sinne allgemeiner Verhaltensregeln ordnungspolitisch orientierte Wirtschaftsregierung mit Überwachungskompetenzen ist wünschenswert», allerdings nicht in Form einer «dirigistisch ausgerichteten Wirtschaftsregierung» (ebd.: 3). Es dürfe damit «kein Eingriff in die Haushaltsvorrechte der nationalen Parlamente verbunden sein» (ebd.: 22). Hingegen verstehe die französische Regierung unter einer Wirtschaftsregierung ein Konzept, das «auch Staatsinterventionismus auf Euro-Raum-Ebene nicht ausschließt». Es sei aber «beispielsweise nicht hinnehmbar, dass eine Wirtschaftsregierung der französischen Lesart Steuersenkungen und Lohnsteigerungen in Deutschland anordnet, um damit Leistungsbilanzungleichgewichte durch politische Steuerung auszugleichen» (ebd.).

Die Übereinstimmung der Positionen von BdB und BDI/BDA ist offensichtlich. Nachdem sich die Letzteren aber zunächst eher defensiv zu den Vorhaben aus Brüssel verhalten haben, schlägt der BDI im September 2011 eine ganz andere Rhetorik an. Um die Krise zu überwinden, müsse sich Europa zu einem «deutlichen Sprung vorwärts» aufraffen (BDI 2011: 2). Alle im Laufe der Krise beschlossenen und noch zu beschließenden Maßnahmen müssten sich an einem gemeinsamen, langfristigen Ziel ausrichten: «die Vollendung der politischen Union Europas» (ebd.). Dabei gehe es nicht um zentralistische Regulierungen, sondern um einen «wirksamen ordnungspolitischen Rahmen» für solide öffentliche Haushalte und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft. Dementsprechend seien die Instrumente der EFSF und des ESM «zu einem politisch unabhängigen Europäischen Fiskalfonds (EFF) weiterzuentwickeln» (ebd.: 4). Dieser solle von «unabhängigen Experten» geleitet werden, die Stimmrechte sollten von der finanziellen Beteiligung am EFF abhängen (ebd.: 5). Den EFF und die EZB stellt sich der BDI als «zwei im Grundsatz politisch unabhängige Säulen der neuen Finanzarchitektur der Eurozone mit klarer Aufgabenteilung» vor (ebd.). Man erhofft sich davon eine «umfassende Stabilitätsorientierung der Eurozone», die ein klares Signal an die Finanzmärkte senden und «die bei vielen Bürgern verbreitete Sorge vor einer bedingungslosen europäischen Schuldenunion» aushebeln könnte (ebd.). «Engere politische Union» sowie eine «höhere wirtschaftliche Stabilität und Konvergenz unter Einschluss der Haushalts- und Sozialpolitik» gehören zu den mittel- bis langfristigen Zielen dieses Entwurfs. Der BDI betont aber auch: «Der Gedanke eines vereinten Europas war niemals nur ein materielles oder ökonomisches Projekt. Er war und ist vor allem auch ein ideelles, ein Völker verbindendes Vorhaben, für dessen Legitimation und Sinnhaftigkeit politisch neu und wesentlich stärker geworben werden muss»

(ebd.: 6). Die Motive hierfür sind aber letztendlich dieselben: «Aus wirtschaftlicher Stärke erwächst unmittelbar auch politische Stärke. Will das in zahlreiche Einzelstaaten aufgespaltene Europa angesichts dieser Entwicklung seine ökonomische Position halten und seine politischen Geltungsansprüche sichern, so geht dies nur über eine Fortsetzung des Weges in Richtung einer politischen Union» (ebd.: 7).

Dieser Wandel von einer eher defensiven Haltung hin zu verstärkten Integrationsbemühungen und der Forderung nach einem «deutlichen Sprung vorwärts» lässt sich unseres Ermessens nach als der Übergang zu einem Projekt interpretieren, das nunmehr mit der Eurokrise verbunden wird: Diese wird nicht mehr nur als Einschnitt in die Akkumulationsdynamik wahrgenommen, sondern als Chance begriffen, die deutsche Ausprägung des neoliberalen Projekts – am besten auf den Punkt gebracht in der Agenda 2010 – über die Nationalgrenzen hinweg weiter zu verallgemeinern. Dieses Projekt läuft im Wesentlichen über Sanktionsmittel, die der demokratischen Willensbildung entzogen sind. Die Verankerung von fiskalpolitischen Regeln mittels Verfassungsänderungen und halbautomatischen Sanktionsverfahren (siehe oben) verschafft dem neoliberalen Sachzwangsdiskurs neue institutionelle Grundlagen und Durchsetzungsmöglichkeiten, die gegen demokratische Einflussnahme abgeschotet werden sollen. Nicht zuletzt der Vorschlag der Einrichtung des EFF, der die Marktdisziplin den Schuldnerländern gegenüber sehr viel direkter und «politisch unabhängig» durchsetzen soll, lässt sich als Versuch interpretieren, diesen Sachzwang weiter zu institutionalisieren.

Der DSGV und der BVR teilen diese Positionen in mancher, aber nicht jeglicher Hinsicht. Insbesondere der BVR schließt sich der Grundlinie der oben skizzierten wirtschaftspolitischen Vorstellungen an. Es müsse zwar «verhindert werden, dass wachstumsstarke Staaten der Europäischen Union weniger wachstumsstarke abhängen». Dabei müsse sich Europa «aber nicht am Durchschnitt, sondern an den wettbewerbsstarken Ländern orientieren» (BVR 2011c). Während aber etwa für den VDA die konkrete Definition derjenigen makroökonomischen Indikatoren, die Überwachung und gegebenenfalls Sanktionen auslösen können, sehr entscheidend ist (Leistungsbilanzüberschüsse sollten nicht dazugehören, Lohnstückkosten seien eine zentrale Stellgröße), wird diese beim BVR recht sachlich und am fiskalpolitischen Ergebnis orientiert betrachtet: Auswahl und Interpretation der Indikatoren seien «naturgemäß kontrovers» (BVR 2011a: 5). «Schwierig ist dabei auch die Wertung der Leistungsbilanz einer Volkswirtschaft» (ebd.).

Die «zum Teil hitzige und polarisierte Diskussion zwischen Deutschland und einigen anderen Mitgliedsstaaten um die richtige Interpretation von Leistungsbilanzüberschüssen» ist für den BVR vor allem deswegen interessant, weil sie auf potenzielle Schwierigkeiten bei der Umsetzung der wirtschaftspolitischen Konvergenz

hindeutet (ebd.).<sup>7</sup> Wichtig ist vor allem, «dass die Regeln in stringenter Weise implementiert werden, damit sie eine ausreichende Lenkungswirkung auf die Volkswirtschaften entfalten können» (ebd.: 6). «Idealerweise würde sich auf Dauer eine neue Stabilitätstugend in den jeweiligen Mitgliedsstaaten herausbilden» (ebd.: 4). Der DSGV dagegen betrachtet die Diskussion um wirtschaftspolitische Konvergenz eher skeptisch. «Europas Schwäche ist zugleich seine Stärke: Die Existenz nationaler Politikräume und damit eines Wettbewerbs politischer Systeme sowie unterschiedlicher Traditionen. Diese Vorteile sollten erhalten bleiben. [...] Es sollte daher diskutiert werden, auf welchen Politikfeldern eine Zentralisierung notwendig ist und wo nicht» (DSGV 2011b: 10).<sup>8</sup> Insgesamt geht es diesen beiden Verbänden vor allem um solide Staatshaushalte.

Auch was die Form zukünftiger fiskal- und wirtschaftspolitischer Koordination anbelangt, so ist der Blick des DSGV als auch des BVR stark auf den fiskalpolitischen Aspekt verengt. Für den DSGV ist die zentrale Maßnahme zur langfristigen Bewältigung der Krise die «Korrektur des Geburtsfehlers der Währungsunion: die konsequente Unterbindung einer übermäßigen Staatsverschuldung». «Dies wird verbunden sein mit einem Souveränitätsverzicht in der Fiskalpolitik bzw. Durchgriffsrechten der Gemeinschaft im Falle von Verstößen gegen die finanzpolitischen Stabilitätskriterien» (DSGV 2011c). Der BVR übernimmt dabei die Position des EZB-Präsidenten Jean-Claude Trichet. Dieser hatte eine direkte Einflussnahme europäischer Institutionen auf die Haushaltspolitik derjenigen Staaten gefordert, die sich in «Stufe 2» eines Notkreditprogramms befinden. Die antidemokratische Tendenz einer solchen Maßnahme wird dabei kaum verborgen: «Der Vorteil eines direkten Durchgriffs auf die nationale Wirtschaftspolitik von Staaten, die sich aus eigener Kraft nicht aus einer Schiefelage befreien können, ist, dass ein wirtschaftspolitischer Kurswechsel herbeigeführt werden kann, ohne dass schwankende politische Mehrheiten einen gravierenden Risikofaktor für die Wirksamkeit der Anpassungsprogramme darstellen» [sic!] (BVR 2011d: 5). Der Kritik der «deutschen Fachöffentlichkeit», eine solche Maßnahme würde zum Verlust der Staatssouveränität führen, wird entgegnet: «Staaten, die solide wirtschaften, würden ja auch nach Trichets Plan [...] ihre Unabhängigkeit in vollem Umfang behalten» (ebd.: 5).

Der BVR schlägt sogar eine deutliche Radikalisierung dieses Ansatzes vor: Der Souveränitätsverlust könnte bereits dann eintreten, wenn die öffentliche Verschuldung 90 Prozent des BIP überschreitet (ebd.: 6). Den Vorschlag Trichets verkauft der BVR als «Vision [...] für die Zukunft Europas», die der vorhandenen Euroskepsis entschieden entgegentrete (ebd.: 4). Und auch 2012 – nachdem sich gezeigt hat, dass Maßnahmen des direkten Eingriffs (namentlich die Entsendung eines europäischen Sparkommissars nach Griechenland) nicht durchzusetzen sind – wird bedauert, dass «eine[r] fortschreitenden Vergemeinschaftung auf der Ebene der EU momentan Grenzen gesetzt» seien (BVR 2012a: 5).

Was hier von der Rhetorik her ebenfalls als europäisches Projekt verkauft wird und in punkto gemeinsamer Wirtschaftsregierung deutlich weiter geht als die Vorschläge von BDI und BdB, beschränkt sich bei näherem Hinsehen jedoch auf die Forderung nach einer direkten Disziplinierung von Staaten, deren Zahlungsfähigkeit massiv bezweifelt wird. Die verlangten Maßnahmen betreffen insbesondere die Fiskaldisziplin und sind wirtschaftspolitisch offener für Divergenzen als die Vorschläge von BDA/BDI und vom BdB. Die zentrale Orientierungsgröße der Wirtschaftsregierung ist nämlich lediglich die haushaltspolitische Stabilität und nicht, wie bei den Letztgenannten, die Wettbewerbsfähigkeit. Das zeigt sich auch, wenn man sich die Vorschläge des DSGV in Bezug auf die Anpassungsprogramme der Schuldnerländer ansieht (siehe oben). Insgesamt vertreten der DSGV und der BVR vor allem die Gläubigerposition gegenüber den Staaten der europäischen Peripherie, der es in allererster Linie um die Sicherung des Schuldendienstes geht.

In den von uns untersuchten Dokumenten findet sich keine explizite Positionierung des ZDH zu den genannten wirtschaftspolitischen Aspekten. In einer Rede des Verbandspräsidenten Otto Kentzler anlässlich der jährlichen Verbandshauptversammlung, bei der Angela Merkel anwesend war, lässt sich allerdings ebenfalls eine Verengung der Europadiskussion auf die fiskalpolitische Dimension feststellen: «Wir als Handwerk stehen zu Europa. In der weltweiten Konkurrenz können wir nur als gemeinsamer und leistungsfähiger Wirtschaftsraum bestehen. Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben die Stabilitätsunion ausgerufen. Und Sie haben deutlich gemacht, dass es Hilfen nur geben kann, wenn sie mit durchgreifenden Reformen in den betroffenen Ländern einhergehen. Wir bestärken Sie darin. Eine Vergemeinschaftung der Schulden ist keine Lösung! Das nimmt den Druck zur Konsolidierung und überfordert die Leistungsfähigkeit Deutschlands» (ZDH 2011).

Grundsätzlich gegen jede Form der stärkeren Europäisierung der Wirtschaftspolitik richten sich die Familienunternehmer. Sie betrachten «das Vorhaben, die unterschiedlichen Volkswirtschaften stärker zu koordinieren und sie zentral zu lenken», als hoch gefährlich. Sie begrüßen, dass makroökonomische Größen wie Leistungsbilanzüberschüsse, Exportanteile und Lohnniveaus «in einem freiheitlichen Europa bislang glücklicherweise nicht direkt staatlich gelenkt»

<sup>7</sup>Eine Stellungnahme des BVR zu dieser Streitfrage sucht man vergeblich. Seine Position lässt sich höchstens zwischen den Zeilen lesen. Dass die Leistungsbilanzüberschüsse in Deutschland in den 1980er Jahren im Schnitt bei nur 2 Prozent gelegen hätten, obwohl die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nicht signifikant geringer gewesen sein dürfte, zeige, dass der «aktuelle Überschuss [...] daher sowohl auf eine starke Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft als auch auf eine vergleichsweise schwache Binnennachfrage zurückzuführen» sei (BVR 2011a: 5). Man könnte dies auch als eine Gegenthese zum VDA lesen, der Leistungsbilanzüberschüsse mit Wettbewerbsfähigkeit gleichzusetzen versucht. Auch die Adjektive «hitzig» und «polarisiert» deuten auf eine Distanzierung von der vor allem vom global orientierten Industriekapital vertretenen Position hin. <sup>8</sup>Diese Aussage richtet sich insbesondere gegen Eurobonds – deren Einführung ausnahmslos alle Verbände ablehnen beziehungsweise höchstens an das Ende eines langen Integrationsprozesses stellen.

seien, und hoffen, dass dies auch zukünftig so bleiben wird, denn sonst würden sie «einer willkürlichen politischen Interpretation unterworfen» (alle Zitate aus FU 2011b: 9). Die einzige Maßnahme, der die Familienunternehmer, wie bereits erwähnt, etwas abgewinnen können, ist die Aufnahme von Schuldenbremsen in die nationalen Verfassungen. Die Familienunternehmer bevorzugen eine Lösung der Schuldenprobleme auf nationaler Ebene und lehnen jegliche gemeinsame Verantwortung der Euroländer ab. Sie verschreiben sich einem Prinzip der «Schuldenselbstverantwortung» (FU 2011d: 46) und berufen sich dabei auf das «No-Bailing-Out»-Prinzip. Dem entspricht auch die Deutung der Staatsschuldenkrise, die keine Konstruktionsfehler der Währungsunion kennt: «Die als Euro-Krise wahrgenommenen Verwerfungen sind im Kern auf unsolide Fiskal- und Wirtschaftspolitik in den Mitgliedsländern zurückzuführen» (FU 2011b: 5). Die Befürchtung der Familienunternehmer: «Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen» (FU 2011d: 4). Für ihre Strategie scheint die innereuropäische Wirtschaftsverflechtung kaum eine Rolle zu spielen. Dass Deutschland aufgrund seiner Exportstärke besonders vom Euro profitiert habe, sei ein «Mythos». Fakt sei: «Der Anteil der deutschen Warenexporte in die Euro-Länder am Gesamtexport ist von 45 auf 43 Prozent gesunken. Das deutsche Exportwachstum findet insb. außerhalb des Euro-Raumes statt» (FU 2011b: 2).

### 3.2.3 Finanzmarkt- und Bankenreformen

Was die finanzmarktpolitischen Reformen angeht, so schwelt der Streit um die Bankenabgabe aus der Inkubationsphase der Krise weiter. Hinzu kommt der zentrale Konflikt hinsichtlich der Eigenkapitalunterlegung, der insbesondere mit der Vorlage des Reformpakets für die Bankenregulierung, «Basel III», im Dezember 2010 ausbricht. Die Industrieverbände reduzieren im Vergleich zur Inkubationsphase ihren Druck auf die Banken. Das schließt auch die Krisendeutung mit ein: Hier rückt nun die Staatsschuldenkrise in den Vordergrund. «Aus realwirtschaftlichem Blickwinkel gibt es für eine erneute krisenhafte Zuspitzung keinerlei Veranlassung. Die globale Realwirtschaft ist intakt. [...] Diese Chancen dürfen nicht durch politisch verursachte Vertrauensverluste an den Weltfinanzmärkten zu nichte gemacht werden» (BDI 2011: 2).

Nicht die Finanzmärkte selbst, sondern die politisch verursachten Vertrauensverluste und Konstruktionsfehler der Währungsunion seien also das Problem. Dementsprechend seien der Umbau der Währungsunion und mehr politische Disziplin die Lösung. Hier wird also vonseiten des Industriekapitals eine Verlagerung des Reformdrucks von den Finanzmärkten auf die Staatshaushalte und die Währungsunion betrieben. Gleichzeitig wird bezüglich der Eigenkapitalreformen bemängelt, dass Staatsanleihen bei gleichem Rating mit weniger Eigenkapital unterlegt werden müssten wie Unternehmenskredite (BDA/BDI 2010b: 3). Auch der ZDH kritisiert «Basel III»: Die Reform widerspreche

«der bewährten Tradition langfristiger Investitionsfinanzierung insbesondere im deutschen Mittelstand» (ZDH 2010). Ähnlich argumentieren die Familienunternehmer in einem von ihnen in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten (FU 2011c: 5). Beide Verbände betonen die besondere Belastung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken.

Die privaten Banken kontern einen neuerlichen Vorstoß vom Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, der im Oktober 2011 eine weitere Erhöhung der Eigenkapitalausstattung vorgeschlagen hat, nun ganz offensiv: «Der Bankenverband hält diese Vorschläge für ungeeignet, weil sie nicht die Ursachen der derzeitigen Staatsschuldenkrise bekämpfen» (BdB 2011). Zudem hätten die Banken ihre Verpflichtungen bereits erfüllt. Drei Tage später wird dieses Argument von Andreas Schmitz, dem damaligen Präsident des BdB, in einem Interview mit der *Bild*-Zeitung wiederholt: «Nicht die Kapitalausstattung der Banken ist das Problem, sondern die Tatsache, dass Staatsanleihen ihren Status als risikofreie Anlagen verloren haben. Der Schlüssel zur Lösung des Problems liegt darin, dass Regierungen das Vertrauen in die Solidität der Staatsfinanzen wiederherstellen» (BILD 2011). Auch der BVR verweist auf eine solche Verlagerung der Anpassungskosten. Auf die Frage eines Journalisten vom Deutschlandfunk, ob die Banken der Bundesregierung in der Frage der Bankenregulierung weiter entgegenkommen müssten, antwortet Uwe Fröhlich, der Präsident des BVR: «Nein, da möchte ich ganz deutlich widersprechen, denn wir haben aktuell keine Bankenkrise, sondern wir haben eine Staatsschuldenkrise. [...] Und wenn die europäischen Staaten, die Europäische Union als Ganzes [...] nicht an der Bonität arbeiten [...], wird es keine dauerhafte Entlastung geben und wir werden auch die Krise nicht wirklich nachhaltig bewältigen können» (Deutschlandfunk 2011b).

An den Eigenkapitalanforderungen bemängeln die stärker an den Interessen des nichtmonopolistischen Kapitals orientierten Bankenverbände weiterhin vor allem: «Die erhöhten Anforderungen sind nicht differenziert genug, denn sie belasten risikoarme und risikoreiche Geschäftsmodelle in gleicher Weise» (BVR 2010 f.). Ähnlich wie die Vertreter des nichtmonopolistischen Industriekapitals argumentieren auch diese Verbände, dass «Basel III» Staatsanleihen gegenüber der Mittelstandsfinanzierung bevorzuge, die risikoaffine kurzfristige Kreditvergabe befördere und kleine, kundenbasierte Institute benachteilige (DSGV 2011a: 7). «Mit der Umsetzung von Basel III in europäisches Recht und den weitgehenden Ermächtigungen der Europäischen Bankenaufsicht wird der europäische Bankenmarkt nach den Bedürfnissen international tätiger Großbanken gestaltet» (ebd.: 4). Dagegen würden die privaten Banken «eine schlagkräftige europäische Finanzaufsicht» bereits «seit einem Jahrzehnt» fordern (BdB 2010d: 2). Außerdem wiederholen sie die Forderung, dass «alle Kreditinstitute [...] zur Finanzierung des Restrukturierungsfonds herangezogen werden» müssten (ebd.: 2).

Hingegen wehrt sich der DSGV weiterhin intensiv gegen eine Beteiligung an einer solchen Bankenabgabe und greift dazu sogar zum äußersten Mittel: einer Befürwortung der Finanztransaktionssteuer. Denn eine solche würde Transparenz schaffen und «die besonders schnell drehenden reinen Finanzgeschäfte treffen» (DSGV 2011a: 5). «Das wäre viel besser als eine Bankenabgabe, bei der letztlich der Familienunternehmer eine Abgabe auf seinen Unternehmenskredit entrichtet» (ebd.). Dass dies in erster Linie ein taktisches Manöver ist, um die allgemeine Bankenabgabe zu verhindern, wird daraus ersichtlich, dass die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer im späteren Verlauf der Krise fallengelassen wird. «Eine Finanztransaktionssteuer [...] ist kein Beitrag zur Lösung der Staatsschuldenkrise [sic!]. Sie wird zu einer weiteren Belastung des weiterhin notwendigen Wertpapiersparens der Bevölkerung im Euroraum führen» (DSGV 2012a: 4).

Die Konflikte um die Lastenverteilung sind in der Frage der Finanzmarktreformen also weiterhin virulent. Es verhärten sich sogar allmählich die Fronten. Erhöhte Anforderungen an die Banken werden einerseits von allen Verbänden mit einem Verweis auf die Staatsschuldenkrise abgewehrt. Andererseits versuchen insbesondere die mittelständischen Bankenverbände, sich mit der Begründung, es gebe unterschiedlich riskante Geschäftsmodelle, von Reformschritten auszunehmen. Das spiegelt sich auch in den öffentlichkeitswirksamen Beiträgen der Banken: Während der BdB gegenüber der *Bild*-Zeitung die reformpolitische Bringschuld der Staatshaushalte und der Euro-Architektur betont, schalten die Volks- und Raiffeisenbanken eine Werbeanzeige, auf der Occupy-AktivistInnen zu sehen sind. Sie wollen, so der Präsident des BVR, Fröhlich, «darauf aufmerksam [...] machen, dass es nicht *die* Banken gibt, die man völlig undifferenziert anklagen soll oder kann» (Deutschlandfunk 2011b). Auf die Frage, ob es also gute und schlechte Banken gebe, antwortet er: «Es gibt zumindest Banken, die ein konservatives, traditionelles Geschäftsmodell haben, das sehr risikoarm ist und das dicht an den Wirtschaftskreisläufen vor Ort operiert, ganz anders als eben das Geschäftsmodell der international tätigen Investmentbank» (ebd.).

Im Hinblick auf die Klassenfraktionen sind hier vor allem zwei Verschiebungen interessant: Erstens wird die Staatsschuldenkrise, insbesondere vom BdB, zunehmend genutzt, um die Diskussion zu verlagern: weg von Reformen und Regulierungen der Finanzmärkte hin zur strikteren *governance* der Währungsunion und der Staatshaushalte. Bei dieser Umdeutung werden sie vom Industriekapital stärker unterstützt als bisher, weil auch dieses die Staatsschuldenkrise zunehmend als willkommenes Terrain zur Verschiebung von Krisen Anpassungskosten betrachtet. Dabei ist aber zweitens interessant, dass die in der Staatsschuldenkrise offensichtlich gewordene Konfliktlinie zwischen beiden nun auch bei der Auseinandersetzung um die Finanzmarkt-

politik eine Rolle spielt: Während BDI/BDA stärker versuchen, die Anpassungskosten generell in Richtung Staatsschuldenkrise zu verschieben, sind die an den Interessen des nichtmonopolistischen Kapitals orientierten Verbände stärker darum bemüht, die Sparkassen und Genossenschaftsbanken in ihrem Konflikt mit den Privatbanken zu unterstützen.

Für die Phase der Ausweitung der Krise lässt sich zusammenfassen: In der grundlegenden «Rettungspolitik», insbesondere bei der Frage der Ausgestaltung der EFSF und des ESM, besteht ein breiter Konsens über fast alle Fraktionsgrenzen hinweg (ausgenommen sind nur die Familienunternehmer, die eine «europäische Rettungspolitik» generell ablehnen). Dieser lautet: Die Maßnahmen müssten dem zentralen Prinzip der «effizienten Rettung» bei Vermeidung von «Fehlanreizen» (BdB 2010c: 27) folgen. Der Disziplinierungsdruck der Finanzmärkte müsse gerade soweit aufrechterhalten werden, dass die Staaten grundsätzlich handlungsfähig bleiben. Dabei fordern fast alle Verbände auch ein staatliches Insolvenzrecht. Als sich die Notwendigkeit eines Schuldenschnitts für Griechenland abzeichnet, verlangen alle Industrieverbände eine Beteiligung der privaten Gläubiger. Die Banken können diesem Druck (der sicherlich nicht nur von den Kapitalfraktionen ausgeht) nichts entgegensetzen und erklären sich schließlich mit dieser Forderung einverstanden, wobei die privaten Banken versuchen, das Prinzip der Freiwilligkeit bei der Beteiligung am Schuldenschnitt hochzuhalten. Für eine Aufrechterhaltung des Währungsraums in seiner jetzigen Form sprechen sich, mit Ausnahme der Familienunternehmer, die einen Austritt Griechenlands zumindest indirekt erwägen, alle Wirtschaftsverbände aus.

Die Positionierungen hinsichtlich einer Reformierung der *economic governance* hingegen sind deutlich komplexer. Eine große Zustimmung gibt es zur Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, sei es über die Einführung einer Verschuldungsobergrenze und «halbautomatische» oder «automatische» Überwachungs- und Sanktionsverfahren, sei es über die Verankerung von Schuldenbremsen in den nationalen Verfassungen (alles Forderungen, die inzwischen umgesetzt worden sind). Dagegen zeichnen sich in der Diskussion um makroökonomische Konvergenz und die Notwendigkeit einer Wirtschaftsregierung deutliche Differenzen ab. Die großen Industrieverbände sowie der private Bankenverband positionieren sich hier sehr ähnlich und befürworten zwar ein stärkeres makroökonomisches Zusammenwachsen, lehnen aber Auflagen, die das deutsche Exportmodell bedrohen könnten, kategorisch ab. Neben der Stabilität erweist sich daher die Wettbewerbsfähigkeit – orientiert an den *best performers* – als eine gleichberechtigte Bezugsgröße im Prozess der wirtschaftspolitischen Abstimmung. Dass als wichtigste Stellgröße der Wettbewerbsfähigkeit dabei die Lohnstückkosten gelten, lässt sich am besten an den Äußerungen des VDA nachverfolgen; dieser zeigt sich

auch explizit enttäuscht, dass es nicht gelungen ist, Leistungsbilanzüberschüsse ganz aus dem Katalog der Kriterien zur makroökonomischen Anpassung in der EU herauszunehmen. Vermutlich ist die Angst vor einer Beschränkung der deutschen Exportüberschüsse auch ein Grund dafür, dass sich die genannten Verbände zwar für eine Koordinierung der Wirtschaftspolitiken im Sinne einer ordnungspolitischen Rahmengesetzgebung einsetzen, eine «dirigistische» Wirtschaftsregierung aber ablehnen.

Demgegenüber stehen die mittelständischen Bankenverbände, die sich scheinbar nicht für die konkrete inhaltliche Ausgestaltung der wirtschaftspolitischen Koordination interessieren. Für sie ist in erster Linie die Ausgeglichenheit der Staatsfinanzen wichtig und weniger die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Dies geht zumindest aus ihren Vorschlägen zum Anpassungsprogramm der Schuldnerländer hervor. Diese sind im Gegensatz zu den Vorschlägen der Industrieverbände – die ausschließlich Spar- und Flexibilisierungsmaßnahmen beinhalten – deutlich flexibler an die jeweilige Verschuldungssituation angepasst und sehen auch einnahmeseitige Maßnahmen wie die Einführung einer Vermögenssteuer vor. Demgegenüber vertreten sie in der Frage der Form der fiskal- und wirtschaftspolitischen Koordination Forderungen, die über eine Rahmengesetzgebung und Verstärkung des *peer pressure* weit hinausgehen. Sie fordern nicht nur ein Vetorecht der europäischen Gemeinschaft gegenüber den Haushaltsplänen von Einzelstaaten, sondern auch eine Aufhebung der nationalen Haushaltssouveränität in Fällen, in denen der Schuldenstand einen gewissen Schwellenwert übersteigt. Bei der Diskussion über das, was wirtschaftspolitisch koordiniert werden soll, fokussieren sie also im Vergleich zu BDI/BDA und BdB stärker auf das Ziel der Schuldenreduktion, während ihre Forderungen zur Ausweitung der intergouvernementalen und kommissionsrechtlichen Kompetenzen die von BDI/BDA und BdB deutlich übertreffen. Auf der anderen Seite stehen wieder einmal die Familienunternehmer: Sie lehnen bereits verhältnismäßig weiche Mechanismen der Koordination als dirigistisch ab.

In Bezug auf die Finanzmarktreflexionen fällt auf, dass die Bankenverbände die Staatsschuldenkrise zunehmend nutzen, um Reformen des Bankensektors abzuwehren und die Anpassungslast auf die Krisenländer beziehungsweise die Währungsunion zu verschieben. Während diese Strategie maßgeblich von den großen Industrieverbänden und dem BdB verfolgt wird, heben der ZDH und die Familienunternehmer neben der Staatsschuldenkrise die besondere Situation von Sparkassen und Genossenschaftsbanken hervor. Sie sollen aus ihrer Sicht von bestimmten Auflagen befreit werden, weil ihr Geschäftsmodell weitaus weniger riskant sei als das der Privatbanken.

### 3.3 Krisenzuspitzung in Griechenland und Spanien: Januar 2012 – Juli 2012

Während sich der Markt für spanische und italienische Anleihen im Dezember 2011 beruhigt hat, nachdem in Italien Mario Monti die Regierungsgeschäfte übernommen hat, und während am 30. Januar 2012 25 Staatsschefs den Fiskalpakt beschlossen haben, steigen die Zinsen für griechische Anleihen weiter ins Unermessliche. Im März 2012 wird die Rückzahlung von Staatsanleihen fällig – und die Troika zeigt sich mit den bisherigen Reformvorhaben Griechenlands unzufrieden und ist nicht bereit, weitere Unterstützungsmaßnahmen vorzunehmen. Erst weitere, massive Sparpakete seitens der Athener Übergangsregierung veranlassen den Gipfel der EU-Finanzminister am 21. Februar 2012, weitere Notkredite in Höhe von 130 Milliarden Euro freizugeben, deren Auszahlung an die Umsetzung des schon im Oktober 2011 beschlossenen Schuldenschnitts gekoppelt ist. Nachdem am 2. März der Fiskalpakt von 25 Staats- und Regierungschefs unterzeichnet wird, gibt Athen am 8. März die Beteiligung von über 80 Prozent der privaten Gläubiger am Umschuldungsprogramm – dem Umtausch von alten in neue, langfristige Staatsanleihen unter Verzicht auf 50 Prozent des Werts – bekannt und schafft so die Voraussetzungen für die Auszahlung der ersten Kreditrate des neuen Hilfspakets.

Doch die Unsicherheit kehrt bald zurück – insbesondere aufgrund der im Mai 2012 anstehenden Parlamentswahlen in Griechenland. Die vormaligen Regierungsparteien verlieren die Wahl, während Syriza mit ihrer Ablehnung der Sparauflagen zweitstärkste politische Kraft wird. Eine Regierungsbildung scheitert, und die Zinsen auf griechische Staatsanleihen steigen weiter. Die Lage für die Herrschenden entspannt sich erst, nachdem die konservative Nea Dimokratia unter Antonis Samaras die Neuwahlen im Juni gewinnt und die Bildung einer Regierungskoalition gelingt.

Etwas zeitgleich gelangt in Frankreich die Sozialistische Partei mit François Hollande an die Regierung. Damit werden neue Akzente gesetzt: So beschließen die Staats- und Regierungschefs der EU eine Arbeitsagenda für mehr Wachstum. Wenig später jedoch wird klar, dass Spanien seine Bankenkrise nicht mehr allein bewältigen kann. Am 25. Juni 2012 beantragt die spanische Regierung Unterstützung aus der EFSF. Am 10. Juli 2012 einigen sich die EU-Finanzminister auf ein entsprechendes Hilfspaket. Erst die Ankündigung von EZB-Präsident Mario Draghi am 4. August 2012, unter bestimmten Bedingungen europäische Staatsanleihen in unbegrenztem Ausmaß anzukaufen, kann die Finanzinvestoren beruhigen.

Je mehr sich die Krise in Athen zuspitzt (bei zeitweiliger Entspannung in anderen Ländern), desto lauter werden die Stimmen, die Griechenland nicht unter jeder Bedingung mehr in der Eurozone halten wollen. Die Vorhut bildet dabei der Verband der Familienunternehmer, der bereits im Januar – im Vorfeld des EU-Gipfels, auf dem die Einführung des Fiskalpakts

beschlossen worden ist – postuliert hat, dass Staaten, «die einen einklagbaren Konsolidierungspfad ablehnen», «der Austritt aus dem Euro ermöglicht – und auch nahegelegt werden» sollte (FU 2012a). Im Vorfeld des Rettungspakets im Februar 2012 fragen sie: «Kann das Kreditpaket nicht besser zur Abfederung des Austritts aus dem Euro genutzt werden?» (FU 2012b), um im Juli 2012 klipp und klar festzustellen: «Ein Austritt Griechenlands aus dem Euro ist kein Tabu mehr» (FU 2012c).

In dieser Offenheit benennt kein anderer Verband die Möglichkeit eines «Grexit». Jedoch wird dieser von vielen auch nicht mehr länger kategorisch ausgeschlossen. So ist für den ZDH «die Stabilisierung der Währungsunion [...] kein Ziel an sich, das ungeachtet aller damit verbundenen Kosten verfolgt werden kann und darf» (ZDH 2012). Es sei «den Bürgern und Unternehmern in den leistungsfähigen Stabilitätsländern nicht zuzumuten [...], für die politischen Fehlentscheidungen und -entwicklungen anderer Staaten in immer höherem Umfang und dabei ohne Hoffnung auf tatsächliche Besserung und Stabilisierung haften zu müssen» (ebd.). Die Industrieverbände ZVEI und VDMA schlagen in einem gemeinsamen Papier vom August 2012 einen ähnlichen Ton an. «Solidarität zwischen den europäischen Ländern ist richtig und selbstverständlich, darf aber nicht einseitig, bedingungs- und grenzenlos sein. [...] Solche Länder, die von den Regeln der Eurozone strukturell überfordert sind und Vereinbarungen auf mittlere Sicht nicht einhalten können oder wollen, aus dem gemeinsamen Währungsraum zu entlassen, sollte kein Tabu sein dürfen» (VDMA/ZVEI 2012).

Besonders interessant ist die Haltung des Sparkassenverbandes. War dieser 2010 und 2011 noch für die Aufrechterhaltung des bestehenden Währungsraums, heißt es im Februar 2012, nach der Einigung auf ein weiteres Rettungspaket für Griechenland: «Für alle Beteiligten sind Schmerzgrenzen erreicht, an denen auch das früher undenkbare Szenario eines griechischen Austritts in Erwägung gezogen wird» (DSGV 2012b). Zu diesem Zeitpunkt ist der Verband aber weiterhin davon überzeugt, dass ein Austritt Griechenlands mit noch höheren Kosten verbunden wäre (ebd.). Im Mai 2012 plädieren die Chefvolkswirte des DSGV dann für «eine im Einzelnen flexible, aber im Grundsatz eindeutige Haltung beim griechischen Anpassungsprogramm, selbst wenn dies im Extremfall den Austritt des Landes aus der Währungsunion bedeutet» (DSGV 2012c). Sie bringen dies mit den bevorstehenden Wahlen in Griechenland in Verbindung: «Insbesondere in Griechenland spitzt sich die Auseinandersetzung zu; bereits gegebene Zusagen der bisherigen Regierungsparteien zu den Bedingungen des zweiten Hilfspakets werden in der politischen Diskussion in Frage gestellt» (ebd.: 1). Sollte sich eine neue Regierung gegen die Reformen wenden, müsse das Kreditprogramm für Griechenland eingestellt werden, denn die Neuverhandlung einmal vereinbarter Konsolidierungspläne wäre «ein verheerendes Signal für die Gesamtstrategie gegen die

Krise» (ebd.). Hilfen an Griechenland sollten sich dann in «Richtung humanitärer und entwicklungstechnischer Programme umorientieren» (ebd.). Die Drohung ist offensichtlich: Sollte sich die neue griechische Regierung gegen die aufoktroierte Haushaltsdisziplin auflehnen, muss Griechenland damit rechnen, den Anschluss an die Währungsunion und damit den Anschluss an die «entwickelte Welt» zu verlieren – um gleichsam als «Dritte-Welt-Land» vollends in Abhängigkeit von den Zentren zu geraten.

Zwar appelliert auch der BDI nach den Wahlen an die griechischen Parteien: «Griechenlands einziger Weg aus der Krise führt über einen pro-europäischen Kurs und das Bemühen, das Land wettbewerbsfähiger zu machen» (BDI 2012a). Auf die Zunahme eurokritischer Haltungen in der Wirtschaft reagieren BDI und BDA allerdings alarmiert. Sie vermuten dabei den Ursprung dieser Skepsis insbesondere im Mittelstand. Das zeigt sich unter anderem daran, dass sie den Vorsitzenden des BDI-BDA-Mittelstandsausschusses, Arndt G. Kirchhoff,<sup>9</sup> vorschicken, um Zweifel auszuräumen. «Der deutsche industrielle Mittelstand und seine Familienunternehmen stehen ohne Einschränkung hinter dem Ziel: den Euro und die Eurozone in ihrer Gänze zu festigen. [...] Die Zukunft des Euro muss gestaltet und darf nicht zerredet werden. [...] Ökonomische Plattheiten und Populismus, nein danke» (BDA/BDI 2012a). Ende Juni wendet sich zudem BDI-Präsident Hans-Peter Keitel in einem Brief an die wichtigsten Mitgliedsverbände, um für die Euro-Rettung zu werben, und stößt damit auf massive Kritik, insbesondere vonseiten der Familienunternehmer (Handelsblatt 2012). Der zuvor nur latent schwelende Konflikt um die Griechenlandrettung bricht so in dieser Phase offen aus.

Dieser Konflikt weitet sich jetzt auch auf die Reformagenda für die Länder mit Haushaltsdefiziten aus. So setzt der BDI weiter auf Austerität («Strukturreformen»), mit dem Ziel der besseren «Wettbewerbsfähigkeit», obwohl rhetorisch jetzt das Ziel Wachstum stärker betont wird. «Zur Überwindung der aktuellen Schuldenkrise ist ein deutlich höherer Wachstumspfad in Europa unabdingbar. [...] Nachhaltiges Wachstum setzt Wettbewerbsfähigkeit voraus. Der Schlüssel zu mehr Wettbewerbsfähigkeit liegt in mutigen Struktur-reformen, nicht in teuren Programmen» (BDI 2012b). Dazu müssten Arbeitsmärkte und Sozialsysteme reformiert, geschützte Sektoren liberalisiert und Staatsunternehmen privatisiert werden (ebd.).

Der DSGV wendet sich wie schon zuvor gegen eine solche Verengung des Konsolidierungskurses. Er setzt vielmehr auf einen Produktivitätsschub, der «den Bedarf an Lohnsenkung erheblich verringern» und bei «verlässlichen Investitionsbedingungen» durch ausländisches Kapital und Know-how forciert werden könnte (DSGV 2012b). «Neben den reinen Finanzhilfen müssen verstärkt Wachstumsstrategien in den Pe-

<sup>9</sup>Arndt G. Kirchhoff, Gesellschafter der Kirchhoff-Gruppe, ist auch Vorstandsmitglied im VDA.



riperieländern gefördert werden, die die notwendigen Strukturreformen flankieren» (DSGV 2012d). Der BVR ist noch weiter von der BDI-Position entfernt und fordert – in Verbindung mit der angestrebten Fiskalunion, das heißt erst nach der Etablierung von Eingriffsrechten der EU in nationale Haushalte – einen Transfermechanismus: «Perspektivisch könnte sich [...] ein regionaler Transfermechanismus als hilfreich erweisen, der Mittel möglichst automatisch in die jeweils wirtschaftlich schwachen Gebiete lenkt und die Wirtschaftslage dort verbessern hilft. [...] Ein solcher Mechanismus ist aber nur in Verbindung mit effektiven Eingriffsrechten der Gemeinschaft in die nationalen Haushalte vertretbar und darf die Anreize zur Stärkung der Wirtschaftskraft nicht schwächen» (BVR 2012b). Während hier die Fiskalunion als das eigentliche Ziel des Vorschlags gelten kann, ist die Perspektive doch eine deutlich andere als die Fokussierung auf Strukturreformen seitens des BDI.

Interessant ist außerdem die Haltung der Verbände gegenüber dem Gesuch Spaniens um Hilfe aus der EFSF für seine Banken. Während der BdB die spanische Regierung schon früh auffordert, mit einem Hilfesuch nicht zu zögern und mit einem Rettungsplan Transparenz und Vertrauen herzustellen (vgl. BdB 2012b), wenden sich die Familienunternehmer mit dem Verweis auf die drohende «Entkopplung von Haftung und Risiko» sowie die Verminderung des Reformdrucks auf die spanische Regierung gegen die Bankenrettung, durch die eine «Rettungsspirale» drohe (FU 2012d: 2).

Auffällig ist zudem die massive Kritik an der EZB-Ankündigung, unbegrenzt Anleihen anzukaufen. Insbesondere die Stellungnahmen vom VDMA/ZVEI und vom ZDH von Mitte August 2012 können als direkte Reaktion auf diese Ankündigung gelesen werden. Nach Ansicht des VDMA/ZVEI (2012) sollte die «direkte oder indirekte Finanzierung von Staatsschulden der Krisenländer durch die EZB [...] grundsätzlich unterbleiben». Der ZDH formuliert noch eine grundlegendere Kritik an den EZB-Maßnahmen: Die Anleihekäufe verstießen gegen EU-Recht und beförderten die Inflation. Diese sei «nichts anderes als eine [...] Form gesamtgesellschaftlicher Umverteilung zu Lasten der Gläubiger, vor allem aber zum Nutzen der öffentlichen Schuldner. Die Unternehmen des Mittelstands – und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – sind auf Preisniveaustabilität angewiesen!» (ZDH 2012). Um solche Entscheidungen zukünftig abzuwehren, plädiert der ZDH sogar für eine Änderung des EZB-Stimmrechts hin zu einer beitragsabhängigen Stimmgewichtung. Die bisherige Regelung «ein Land, eine Stimme» stehe «in keinerlei Verhältnis zu den tatsächlich übernommenen Risiken der Mitgliedsländer. Gerade in der aktuellen Situation kann dies dazu führen, dass das Ziel der Geldwertstabilität zunehmend aus dem Blick gerät und dafür die Umverteilung von Stabilisierungskosten zu Lasten der leistungsstarken Länder umso stärker ins Zentrum der EZB-Entscheidungen tritt» (ebd.).

Die fiskalpolitische Linie der Bundesregierung, insbesondere der Fiskalpakt, findet weiterhin breite Zustimmung der Verbände (vgl. BDI 2012c; BVR 2012a, DSGV 2012e, BdB 2012a), wobei von manchen Verbänden insbesondere die Verknüpfung von ESM und Fiskalpakt – dass also Hilfen nur bekommt, wer die Regeln des Fiskalpakts in nationales Recht umgewandelt hat – gelobt wird (BVR 2012a; DSGV 2012e). Manche fordern gar eine weitere Verschärfung des Paktes durch eine Automatisierung der Sanktionen (FU 2012a) oder durch mehr Möglichkeiten, die Haushaltsdisziplin der Mitgliedsländer zu kontrollieren und unmittelbar auf deren Finanzpolitik Einfluss zu nehmen (BVR 2012a; DSGV 2012e; ZVEI 2012; VDMA/ZVEI 2012).

Was den Bereich der wirtschaftlichen Konvergenz und insbesondere die Form der europäischen *economic governance* anbelangt, verschärfen sich in dieser Zeit lediglich die Divergenzen, die schon für die zweite Phase (Mai 2010–Dezember 2011) benannt worden sind. Insbesondere der DSGV und BVR fordern weiterhin, die Haushaltssouveränität von Defizitländern solle durch einen Sparkommissar beschränkt werden und bei der Abstimmung der Haushaltspolitiken solle es ein Vetorecht der Gemeinschaft gegenüber den nationalen Haushaltsplänen geben. Diese Regelungen werden zunehmend mit dem Begriff der Fiskalunion belegt. So reiche zur Behebung der makroökonomischen Ungleichgewichte auch «die Perspektive eines engeren Miteinanders in der Wirtschaftspolitik» noch nicht hin. Vielmehr bleibe «eine grundlegende Schwachstelle der Währungsunion [...] die fehlende fiskalische Union» (BVR 2012b: 4; vgl. DSGV 2012e: 4). Der DSGV zielt dabei auf die «Schaffung einer Politischen Union» ab. Mit dem Fiskalpakt und dem ESM müssten «die Weichen zur besseren Balancierung von Haftung und Kontrolle» beschlossen werden (DSGV 2012a: 3). Gleichzeitig beurteilt der BVR die bisherige Bereitschaft der Union skeptisch: Der politische Prozess des vergangenen Halbjahres habe «deutlich gemacht, dass [...] eine fortschreitende Vergemeinschaftung auf der Ebene der EU momentan Grenzen gesetzt sind [sic]», und dass «der Wille zu Maßnahmen, das Budgetrecht der nationalen Parlamente [...] weiter zu beschneiden, in Europa (noch) nicht groß genug» sei (BVR 2012a: 5).

Der ZDH, der zuvor im Einklang mit BDI und BDA die Relevanz des Euro betont hat, sich zu Fragen einer weiteren Europäisierung der Wirtschaftspolitik aber bisher nur verhalten geäußert hat – der Kern der Lösung der Eurokrise liege im nationalen Umgang mit der Verschuldung –, spricht sich nun deutlich gegen jede Form von Wirtschaftsregierung aus: «Kein weiterer europäischer Zentralismus» (ZDH 2012). Die «notwendige Koordinierung rund um die Staatsschuldenkrise» dürfe nicht zu einer Zentralisierung von finanz- und wirtschaftspolitischen Entscheidungsrechten bei EU-Kommission und -Parlament führen. «Die wirtschafts- und finanzpolitischen Kompetenzen sind und bleiben unverzichtbare Kernbereiche nationaler Souveränität»

(ebd.). In der Frage der Wirtschaftsregierung wechselt der ZDH also tendenziell in das Lager der Familienunternehmer.

Was die finanzmarktpolitischen Reformen betrifft, beginnt in diesem Zeitraum die Auseinandersetzung um eine Bankenunion, die von Kommissionspräsident Barroso im Juni 2012 angestoßen wird. Da die meisten Stellungnahmen dazu jedoch nach dem August datieren, wird diese Diskussion in der nächsten Phase beleuchtet.

### 3.4 DIE AKTUELLE PHASE DER KONSOLIDIERUNG

Nachdem die griechischen Parlamentswahlen im Juni 2012 einen für das europäische Krisenprojekt wünschenswerten Ausgang genommen haben, Spanien im selben Monat Kredithilfen der EFSF beantragt und bewilligt bekommen hat und die EZB im August 2012 angekündigt hat, Staatsanleihen am Sekundärmarkt im Notfall auch unbegrenzt anzukaufen (eine entsprechende Entscheidung traf der EZB-Rat am 6. September 2012), sind die Zinsen auf Staatsanleihen gesunken – ein Indikator für eine längere Entspannungsphase. Dementsprechend weniger bedeutsame Ereignisse sind in dieser Phase zu verzeichnen.

Im September 2012 stimmt das bundesdeutsche Verfassungsgericht einer Ratifizierung des ESM zu, womit dieser im Oktober 2012 in Kraft treten kann. Im November 2012 schließen sich die europäischen Finanzminister einer Empfehlung der Troika an, den Konsolidierungsplan für Griechenland zeitlich zu lockern und dem Land zwei Jahre mehr Zeit zu geben, um die Vorgaben für die Haushaltssanierung umzusetzen. Im März 2013 allerdings spitzt sich die Krise in Zypern zu und führt zu einem weiteren «Rettungspaket», wobei erstmals Spareinlagen ab einer Höhe von 100.000 Euro herangezogen werden, um die überschuldeten Banken zu sanieren beziehungsweise abzuwickeln. Neu ist auch, dass die zypriotische Regierung zeitweilige Kapitalverkehrskontrollen einführt, um die Kapitalflucht einzudämmen. Obwohl die Rezession in einer Reihe von Ländern der Eurozone andauert und auch die Zuspitzung in Zypern zeigt, dass die Krise noch längst nicht vorbei ist, deutet die Zinsentwicklung bei den Staatsanleihen bis zum Juni 2013 auf eine einstweilige politische Stabilisierung hin, weshalb wir von einer Phase der Konsolidierung sprechen, die im Sommer 2012 beginnt und bis in die Gegenwart (Sommer 2013) andauert.

Was die «Rettungspolitik» angeht, so wiederholen die Familienunternehmer im Vorfeld der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung über den ESM ihre grundsätzliche Kritik. Der Verband ist Mitkläger gegen den Vertrag und appelliert: «Der ESM-Vertrag darf in dieser Form sowie Lückenhaftigkeit nicht in Kraft treten» (FU 2012e: 2). Das rechtliche Argument, der Vertrag verstoße gegen EZB-Auflagen, soll dabei die generelle Kritik der Familienunternehmer stützen (ebd.). Eine Reihe von Verbänden moniert nachträg-

lich die Entscheidung der EZB, Staatsanleihen unbegrenzt anzukaufen. So habe der Beschluss «zur Beruhigung der Märkte beigetragen» (DSGV 2012f: 5), bleibe aber «ein problematischer Notbehelf» (ebd.: 1). Auch die anhaltende Niedrigzinspolitik der EZB wird vom DSGV kritisiert: Diese stelle «eine schlechende Umverteilung insbesondere kleinerer und mittlerer Vermögen hin zu den Schuldner dar» (DSGV 2012g). Auch BDI-Präsident Keitel kritisiert in einem *Spiegel*-Interview die EZB-Entscheidung (BDI 2012d). Zugleich schlägt er vor, Griechenland zu einer «Sonderwirtschaftszone» zu machen: «ausgestattet mit den notwendigen und zulässigen finanziellen Hilfen, aber auch mit auswärtigem EU-Personal. Griechenland müsste zwar keine Souveränität aufgeben, aber es sollte den EU-Helfern die Chance geben, die Reformen in dem Land vor Ort mitzugestalten» (ebd.). Für die langfristige Gesundung brauche Griechenland mehr Zeit.

In Bezug auf die Währungsunion wiederum schlägt der ZDH wieder leisere Töne an: «Der Euro ist eine wichtige Klammer für den gemeinsamen Binnenmarkt in Europa. Der ZDH appellierte – bisher erfolgreich – an die Politik, die Währungsunion als Stabilitätsunion zu verteidigen. Ansonsten müssen wir um den in Jahrzehnten erarbeiteten gesamteuropäischen gesellschaftlichen, politischen und auch mentalen Zusammenhalt fürchten!» (Deutsche Handwerkszeitung 2012).

Angesichts der Reformagenda für die Defizitländer ist interessant, dass sich auch der BDI jetzt (wie zuvor der DSGV) verstärkt der Frage des Wachstums widmet – allerdings in einer ganz eigenwilligen Interpretation. «Wachstum und Konsolidierung sind keine Gegensätze», sondern «bedingen sich gegenseitig» (BDI 2012d: 1). Die «Schlüsselrolle in einer europäischen Wachstumsstrategie» sollten daher Investitionen spielen – und zwar private (ebd.: 2). Europa solle «als Investitionsstandort attraktiver werden», indem «Investitionshemmnisse systematisch abgebaut» und «marktkonforme Anreize» gesetzt werden. «Europa braucht hier einen «New Deal» [...], der auf einem Primat des privaten Kapitals gründet» (ebd.). Neben den Mitgliedsstaaten, die durch eine «qualitative Konsolidierung, d.h. ein Umschichten von konsumtiven zu investiven Ausgaben» (ebd.) für entsprechende Anreize sorgen sollen, sei auch die EU gefragt. Der EU-Haushalt solle daher «verstärkt auf wettbewerbsfähigkeitsrelevante Bereiche wie Forschung und Innovation sowie grenzüberschreitenden Infrastrukturausbau ausgerichtet werden (ebd.: 4).

Was die *governance*-Reformen angeht, ist für den BDI und BDA das Wesentliche bereits geleistet, wie sie in einem gemeinsamen Positionspapier mit weiteren europäischen Spitzenverbänden der Wirtschaft betonen. Weitere Reformen sollten nun vor allem die Wettbewerbsfähigkeit des Euroraums erhöhen und an klaren Zielen ausgerichtet werden: «Clear goals for deepening the Economic and Monetary Union should

be defined» (BDA u.a. 2012: 2).<sup>10</sup> Was der BDI unter einem «New Deal» versteht und wie er sich die Konvergenz der europäischen Ökonomien inhaltlich vorstellt, geht aus einer anderen Stellungnahme hervor (vgl. BDI 2012d). Demnach soll sie auf Strukturreformen, einem Abbau von Investitionshemmnissen und vor allem Investitionen des privaten Kapitals beruhen, wobei die Europäische Investitionsbank eine wichtige Rolle spielen soll: «Projektbonds der Europäischen Investitionsbank (EIB), mit denen privates Kapital eingesammelt wird, können ein geeignetes Finanzierungsinstrument sein» (ebd.: 3). Investiert werden solle insbesondere in die «vierte industrielle Revolution» beziehungsweise die «Industrie 4.0» – mit Elementen wie dezentraler Selbstorganisation des Produktionsprozesses, *cloud computing*, *smart products* und einem «Internet der Dinge» (ebd.: 7). Dabei fordert der BDI eine konsequente Weltmarktorientierung der europäischen Wirtschaftsstruktur: Europa müsse sich «stärker den Weltmärkten und der Globalisierung zuwenden» (ebd.). «Deutschland ist [...] zum Globalisierungsgewinner geworden. Dies muss auch das Ziel der wettbewerbsschwachen Eurozonenmitglieder sein» (ebd.). Im Außenhandel müsse die «Europazentrierung überwunden» (ebd.) werden – auch die deutsche. Dass 70 Prozent aller deutschen Exporte ins europäische Ausland gehen, gefällt dem BDI nicht. Als Vorbild für die geforderten Strukturreformen muss immer noch die deutsche Agenda 2010 herhalten: «Trade balance figures, unit labour costs, imbalances and structural deficits in budgets are beginning to shrink or even to disappear. The trickling-down effect into the labour markets, however, has yet to come which is not unusual as the German case has proved a couple of years ago» (BDA u.a. 2012: 2).

Hinsichtlich der Finanzmarktreflexen werden in dieser Phase vor allem drei Vorschläge diskutiert: die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die von Barroso geforderte Bankenunion und das von der Liikanen-Kommission<sup>11</sup> geforderte Trennbankengesetz. Die Finanztransaktionssteuer wird von allen Bankenverbänden und auch vom BDI abgelehnt (DSGV u.a. 2013a; DSGV u.a. 2013b; BDI 2013). Gegen ein Trennbankensystem argumentiert insbesondere der BdB. Die Politik fordere von den Banken «zu Recht, dass wir unserer dienenden Funktion für die Realwirtschaft gerecht werden» (BdB 2012c: 2 f.). Die «Struktur des Bankensystems und die Wirtschaftsstruktur eines Landes» müssten aber «zueinander passen» (ebd.: 6). «Unsere exportorientierte deutsche Wirtschaft zieht ihre Stärke auch aus dem Universalbankenmodell – und von der deutschen Exportwirtschaft finanzieren wir private Banken 80 Prozent. Das Universalbankensystem ist in Deutschland historisch gewachsen und hat sich bewährt» (ebd.: 7). Hier lässt sich eine wiederkehrende Argumentationsfigur erkennen: Um die Realwirtschaft, insbesondere die Exportindustrie, nicht zu schwächen, dürften auch die Banken nicht zu stark reguliert werden. Die meisten Wirtschaftsverbände dürf-

te der BdB damit «überzeugt» haben. Dem Aufruf, den Vorschlag eines Trennbankensystems nicht umzusetzen, schließen sich von den hier untersuchten Verbänden BDA, BDI, DIHK, ZDH, BdB, BVR und DSGV an (BDA u.a. 2013).

Weniger Konsens herrscht dagegen bei der Frage der Bankenunion. Hier verläuft die zentrale Konfliktlinie zwischen Industrie- und Bankenverbänden. Während der BDA und BDI «EU-weite Regelungen zur Restrukturierung und Abwicklung insolventer Banken als einen der zentralen Schritte zur Überwindung der Schulden- und Bankenkrise» (BDA/BDI 2012a: 7) betrachten, beurteilt der BdB die Bankenunion als ein «im Grundsatz [...] plausibles Vorhaben», das aber bei einer schnellen Umsetzung doch wieder nur auf eine «schnelle Vergemeinschaftung von Risiken» hinausliefe (BdB 2012d: 13). Ähnlich sieht es der BVR: Die Pläne stellten eine «Vergemeinschaftung von Risiken insbesondere zu Lasten der deutschen Kreditwirtschaft» dar (BVR 2012c: 4).

Vor dem Hintergrund der Zypernkrise akzeptieren die deutschen Bankenverbände zwar europäische Regelungen zur Bankenabwicklung und eine Europäisierung der Bankenaufsicht, wenden sich aber weiterhin gegen eine gemeinsame europäische Einlagensicherung (vgl. DSGV u.a. 2013c). Die Sicherheit der deutschen Spareinlagen sei «auch der Tatsache geschuldet, dass es keine einheitliche europäische Einlagensicherung gebe» (DSGV 2013a: 1). «Hätten wir einen einheitlichen Topf, wären unter Umständen auch die zur Absicherung deutscher Spareinlagen bestimmten Sicherungsmittel herangezogen worden. Der Fall Zypern zeigt, dass über eine einheitliche europäische Einlagensicherung schnell Ansteckungsgefahren in andere Euro-Länder getragen werden könnten. Wir tun deshalb gut daran, ein europäisches Mindestschutzniveau für Einlagen festzulegen, die Umsetzung aber auf nationaler Ebene zu gewährleisten und damit Ansteckungseffekte in anderen Ländern auszuschließen», so Georg Fahrenschon, der Präsident des DSGV (ebd.: 2). «Jeder muss aus eigener Kraft seine Anleger absichern» (DSGV 2013b: 1).

<sup>10</sup> Interessant ist, dass in diesem Papier das Programm der EZB zum Aufkauf von Staatsanleihen begrüßt wird: «The ECB can intervene in the secondary markets if and when its mandate allows for that and if and when it deems the support of the ESM necessary to warrant the euro's stability» (BDA u.a. 2012: 3). Anscheinend ist es den deutschen Verbänden nicht gelungen, ihre ablehnende Haltung hierzu gegenüber den italienischen, spanischen und französischen Wirtschaftsverbänden durchzusetzen. <sup>11</sup> Diese Kommission ist nach dem Gouverneur der Bank von Finnland, Erkki Liikanen, benannt. Sie wurde vom EU-Kommissar Michel Barnier im Februar 2012 eingesetzt, um Vorschläge für mögliche Reformen der Struktur des EU-Bankensektors zu erarbeiten. Sie legte ihren Abschlussbericht der EU-Kommission Anfang Oktober 2012 vor.

## ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

Betrachtet man die Krise der Eurozone und ihre politische Bearbeitung im Gesamtverlauf, vom Oktober 2009 bis zum Sommer 2013, so lassen sich die Übereinstimmungen und Differenzen in den Positionierungen der deutschen Wirtschafts- und Bankenverbände wie folgt zusammenfassen:

### «RETTUNGSPOLITIK»

Bei der «Rettungspolitik» gibt es eine breite Übereinstimmung bezüglich der Eurobonds, die von allen Verbänden abgelehnt beziehungsweise erst am Ende eines langen Reformprozesses in Aussicht gestellt werden (so etwa die Position des BDI und BVR). Einigkeit gibt es auch bei der Einschätzung der «Rettungspolitik» der EZB (die nur von manchen Verbänden, meistens im Nachhinein, akzeptiert, jedoch grundsätzlich abgelehnt wird) sowie bei der Forderung nach der Einführung einer Insolvenzordnung für Staaten.

Darüber hinaus unterstützen die meisten Verbände (BDI, BDA, BdB, DIHK, BVR und DSGV) eine Linie, die eine «konditionierte Kreditvergabe» (DSGV 2011b: 7) und eine «gesunde Mischung» aus «effizienter Rettung» und «Vermeidung von Fehlanreizen» (BdB 2010c: 27) vorsieht – das heißt, die Kosten für den deutschen Staatshaushalt sollen minimiert und der Druck auf die Empfängerländer zu sparen, soll erhöht werden. Diese Verbände sind durchgehend für eine Beibehaltung des Währungsraums in seiner derzeitigen Form inklusive Griechenland, und haben unter dem Druck der Krisendynamik Notfallkreditprogramme für einzelne Länder sowie die Einführung temporärer (EFSF) und dauerhafter (ESM) europäischer Mechanismen für Hilfskredite akzeptiert.

Eine kleinere Gruppe von Verbänden (ZDH, ZVEI, VDMA, DSGV) weicht von der oben skizzierten Linie in einigen Punkten ab. Im August 2012 kommen in dieser Gruppierung erhebliche Zweifel gegenüber der bisherigen «Rettungspolitik» auf. Diese Verbände fordern daher zum einen, den eingeschlagenen Weg nicht unter jeder Bedingung fortzuführen, und zum anderen, Länder (gemeint ist immer Griechenland), die gegen Regeln und Auflagen verstoßen, notfalls aus dem Euroraum auszuschließen. Der DSGV stellt hier gewissermaßen einen Sonderfall dar. Seine Ablehnung der «Rettungspolitik» ist nur kurzfristig (Mai 2012) und ist im Vorfeld der Parlamentswahlen in Griechenland eher als eine Drohung an die dortige Politik zu verstehen, damit die Reformzusagen eingehalten werden.

Die Familienunternehmer sind dagegen der einzige Verband, der sich grundsätzlich gegen die «Rettungspolitik» stellt, gegen die EFSF und den ESM vor das Bundesverfassungsgericht zieht und früh und dauerhaft einen Ausschluss Griechenlands aus der Währungsunion fordert.

### ECONOMIC GOVERNANCE

Betrachtet man den Bereich der *economic governance*, dann lässt sich auch hier ein breiter Konsens identifizieren. Er bezieht sich auf Maßnahmen zur Stärkung der nationalen Haushaltsdisziplin, die inzwischen Teil des europäischen Stabilitäts- und Währungspaktes und des Fiskalpaktes sind. Hierzu zählt vor allem die Einführung eines halbautomatischen Abstimmungsverfahrens, mit dem von der EU-Kommission empfohlene Sanktionen gegenüber einzelnen Ländern nur noch durch eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedsstaaten abgewendet werden können (Europäische Union 2011), die im Fiskalpakt aufgenommene Verpflichtung der Mitgliedsländer, in ihre Verfassungen Schuldenbremsen einzuführen, sowie die Möglichkeit, die Umsetzung und Überwachung dieser Vorgaben am europäischen Gerichtshof einzuklagen. Alle Verbände haben solche oder ähnliche Maßnahmen bereits im Vorfeld der jeweiligen Regierungsentscheidungen und Abkommen gefordert. Einzig die Familienunternehmer haben sich bisweilen noch für schärfere Maßnahmen ausgesprochen.

Unterschiedlicher sind allerdings die Positionen zur Bekämpfung makroökonomischer Ungleichgewichte und zur Form der wirtschaftspolitischen Koordinierung. Hier haben wir auf der einen Seite den BVR und den DSGV, die die makroökonomischen Ungleichgewichte stabilitätsorientiert interpretieren. Dieser Gruppe geht es vor allem um das Ergebnis wirtschaftspolitischer Korrekturmaßnahmen – um die «Solidität» von Staatshaushalten. Die konkrete Definition der makroökonomischen Indikatoren, die zur Feststellung von Ungleichgewichten dienen und darauffolgende, sanktionsgestützte Korrekturempfehlungen auslösen können, wird recht sachlich und am fiskalpolitischen Ergebnis orientiert diskutiert. Beide Verbände haben außerdem, was die Form der makroökonomischen Koordinierung anbelangt, sehr weitreichende Forderungen, die erstens ein Vetorecht der europäischen Gemeinschaft gegenüber den nationalen Haushaltsplänen und zweitens den direkten Entzug der haushaltspolitischen Souveränität durch die Einsetzung eines kommissarischen Verwalters gegenüber Ländern vorsehen, deren Schuldenstand eine gewisse Schwelle überschreitet.

Demgegenüber stehen die Verbände BDA, BDI, BdB und VDA. Auch sie befürworten die Bekämpfung makroökonomischer Ungleichgewichte. Dabei sind sie einerseits ebenfalls stabilitätsorientiert – Hilfsmaßnahmen und Transferzahlungen sollen zukünftig durch die Früherkennung von stabilitätsrelevanten Ungleichgewichten überflüssig werden. Gleichzeitig betrachten diese Verbände die Wettbewerbsfähigkeit als die zentrale Zielgröße wirtschaftspolitischer Konvergenzkriterien. Dabei geht es ihnen strikt um eine Anpassung nach «oben», denn der Maßstab der Wettbewerbsfä-

higkeit sei die globale Konkurrenz. Dementsprechend mischen sich diese Verbände stärker in die Bestimmung der Indikatoren für Ungleichgewichte ein und kämpfen gegen eine Beschränkung von Leistungsbilanzüberschüssen sowie für eine Beschränkung der Wachstumsraten von Lohnstückkosten. Was die Form wirtschaftspolitischer Koordination anbelangt, sprechen sich diese Verbände gegen eine «dirigistische» Wirtschaftsregierung aus und sehen den Königsweg in einer ordnungspolitischen Rahmengesetzgebung. Zur Umsetzung setzen sie nicht auf Vetorechte und direkte Eingriffe in nationale Haushaltspolitiken, sondern auf *peer pressure* und Disziplinierung durch automatische Sanktionsverfahren und die Finanzmärkte selbst.

Von einem fortschreitenden «europäische[n] Zentralismus» nichts wissen will der ZDH (2012). Er äußert sich zwar insgesamt pro-europäisch und unterstützt etwa in gemeinsamen Stellungnahmen mit BDA und BDI bisweilen auch deren Vision wirtschaftspolitischer Koordinierung, betont aber in späteren, eigenständigen Stellungnahmen eher die nationale Souveränität der Mitgliedesstaaten. Je stärker die europäische Krisenpolitik Fakten schafft, desto mehr scheint sich der ZDH auf die Vorteile nationaler Souveränität zu besinnen. Von Anfang an gegen jede Form europäischer Wirtschaftspolitik polemisieren hingegen die Familienunternehmer, die schon weiche Formen der Koordination ablehnen.

Bei den ökonomischen Anpassungsprogrammen, die für die Länder vorgeschlagen werden, die entweder Empfänger von Rettungskrediten sind oder makroökonomische Ungleichgewichte aufweisen, zeigt sich ebenfalls eine Differenz. Auf der einen Seite setzen BDA, BDI und BdB vor allem auf «Strukturreformen», die das Lohnniveau senken, Investitionsbedingungen verbessern und Privatisierungen befördern sollen. Sie zielen mit ihren Empfehlungen auf die «Wettbewerbsfähigkeit» ab und haben dabei die relative Position des Kapitals gegenüber der Arbeit im Blick. Auf der anderen Seite steht der DSGV, der zumindest auch einnahmeseitige Maßnahmen wie Vermögensabgaben und Erbschaftssteuern in Erwägung zieht. Auch hier lassen sich somit eine wettbewerbsorientierte und eine stabilitätsorientierte Position unterscheiden.

## FINANZMARKT- UND BANKENREFORMEN

Die tiefsten Gräben zwischen den Verbänden gibt es beim Thema Finanzmarkt- und Bankenreformen. So sind den öffentlichen Positionierungen der Verbände zufolge die diesbezüglichen Kontroversen interessanterweise nicht zwischen Industrie- und Bankenlobbys am größten, sondern zwischen den verschiedenen Typen von Bankenverbänden. Während die Verbände der öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Banken mit Verweis auf ihr stabilitätsorientiertes Geschäftsmodell reklamieren, man möge sie von Auflagen wie der Bankenabgabe oder der Erhöhung von Eigenkapitalanforderungen befreien, wollen die privaten Banken genau dies verhindern. Ähnliches gilt für die Europäisie-

rung der Bankenaufsicht und die Schaffung einer europäischen Einlagensicherung, die von den Verbänden der Genossenschaftsbanken und der Sparkassen vehement abgelehnt wird. Es gibt jedoch ein Interesse, das alle eint, und zwar gilt dies der generellen Verschiebung der Reformanstrengungen weg vom Bankensektor hin zur «Lösung» der Staatsschuldenkrise.

Interessant ist auch, dass die Industrieverbände, die sonst Finanzmarktreformen «mit Augenmaß» fordern, die die «Realwirtschaft» nicht belasten, und sich in der Regel mit den Verbänden derjenigen Banken verbünden, die für ihr jeweiliges Klientel die Hauptfinanziers sind, gerade in der Frage der europäischen Bankenunion zu den Bankenverbänden in Opposition gehen.<sup>12</sup>

## ERKLÄRUNGEN FÜR ÜBEREINSTIMMUNGEN UND DIFFERENZEN

Im Folgen wollen wir versuchen, zunächst die Übereinstimmungen bei den Positionen der deutschen Wirtschaftsverbände zu erklären.<sup>13</sup> Alle lehnen die Einführung von Eurobonds ab, wenden sich gegen die «Rettungspolitik» der EZB, befürworten eine «konditionierte Kreditvergabe» (mit Ausnahme der Familienunternehmer) und fordern verschärfte Sanktionsautomatismen auf europäischer Ebene (Sixpack) wie nationaler Ebene (Fiskalpakt), um die Haushaltsdisziplin zu stärken. Alle Verbänden verfolgen außerdem die Strategie, in den aktuellen Auseinandersetzungen die Staatshaushaltskrise statt der Finanzkrise ins Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung zu rücken.

Die grundsätzliche Befürwortung von Eurorettungsmaßnahmen lässt zunächst darauf schließen, dass alle Kapitalfraktionen ein erhebliches Interesse am europäischen Binnenmarkt haben (sie unterscheiden sich allerdings darin, wie ausgeprägt dieses Interesse ist; siehe weiter unten). Hinter der einhelligen Ablehnung von Eurobonds durch die untersuchten Wirtschaftsverbände steht vermutlich das Interesse, den Wettbewerbsvorteil, der sich aus den vergleichsweise niedrigen Zinsen auf dem deutschen Kredit- und Kapitalmarkt für die Klientel dieser Verbände ergibt, nicht zu verlieren. Denn mit der Einführung von Eurobonds, so wird befürchtet, würde das Zinsniveau in Deutschland steigen. Dies beträfe zunächst Staatsanleihen, aber da das gesamte Zinsgefüge innerhalb des Landes von dem Basiszinssatz für Staatsanleihen abhängt, letztlich auch sämtliche Unternehmen. Weniger betroffen von einem Zinsanstieg in Deutschland wären lediglich stark internationalisierte Unternehmen, die sich zu einem großen

<sup>12</sup>Zusammenhängen dürfte dies mit der spanischen Bankenkrise, die auch unmittelbarer Auslöser der Diskussion um die Bankenunion war. Während BDI/BDA und BdB an einer Rettung spanischer Banken gelegen sein dürfte – der BdB ermutigte, wie oben geschildert, die spanische Regierung zur Annahme des EFSF-Hilfsprogramms –, versuchte der BdB, die Kosten für die Rettung den Staatshaushalten aufzubürden, während BDA und BDI sich für eine Kostenübernahme innerhalb des Bankensektors einsetzten. <sup>13</sup>Bei diesen Erklärungen handelt es sich um Hypothesen, die zwar am Material gewonnen wurden, aber natürlich nicht frei sind von ontologischen Vorannahmen. Eine weitere empirische Überprüfung kann im Rahmen dieser Studie jedoch nicht geleistet werden.

Teil im Ausland finanzieren. Ein weiterer Grund, der für die Ablehnung von Eurobonds spricht – vor allem aufseiten des exportorientierten Teils des Kapitals, der versucht, den Standort Europa gegen Konkurrenten in anderen Weltregionen in Stellung zu bringen –, ist die Befürchtung, ihre Einführung würde eine weitere Ausweitung der Staatsverschuldung ermöglichen und die Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung schwächen.

Die einheitliche Befürwortung radikaler Disziplinar- und Sparmaßnahmen, wie im Fiskalpakt vereinbart, verweist außerdem darauf, dass sich das deutsche Kapital international in einer Gläubigerposition befindet. Die Entwertung deutscher Forderungen gegenüber den Krisenländern soll verhindert werden; die Kosten für den explodierenden Schuldendienst sollen vor allem auf die Lohnabhängigen und das Kleinbürgertum in der europäischen Peripherie abgewälzt werden: durch Strukturreformen, die letztlich Lohnsenkungen, Entlassungen und Angriffe auf die Sozialsysteme und die Strukturen der sozialen Reproduktion bedeuten.

Darüber hinaus erweist sich die Befürwortung der Austeritätspolitik als ein einigendes Band zwischen Bank- und Industriekapital, obwohl diese Fraktionen auch durchaus unterschiedliche Interessen haben. So dürften die international tätigen privaten Banken zum Beispiel vor allem an einer Sozialisierung der Kosten der Rettungsmaßnahmen interessiert sein, um Abschreibungen zu vermeiden, wobei es ihnen egal sein kann, ob für diese Kosten deutsche oder griechische Lohnabhängige aufkommen müssen. Der exportorientierten oder der Konkurrenz durch Importe ausgesetzten Industrie dürfte dagegen vor allem an einer Externalisierung beziehungsweise Peripherisierung der Kosten gelegen sein, um Steuererhöhungen zu vermeiden. Steuererhöhungen in Deutschland treffen die genannten Unternehmen entweder direkt (im Falle von Kapitalsteuern) oder indirekt (wenn durch steigende Steuern und Abgaben aufseiten der Lohnabhängigen der Druck zu Lohnerhöhungen in Deutschland steigt). Die Kombination von Austeritätspolitik und konditionierten Notkrediten ist daher eine Art Kompromiss, der sowohl die Interessen der Banken als auch die des Industriekapitals bedient.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist hier von Bedeutung: Mit der Austeritätspolitik wird der Euro als Hartwährung in der internationalen Währungskonkurrenz verteidigt. Ohne die Austeritätspolitik, so wird angenommen, bestünde die Gefahr einer unkontrollierten Ausweitung der Verschuldung und einer Zunahme der Inflation. Die Verteidigung der Austeritätspolitik durch alle untersuchten Verbände zeigt auch, dass der griechische, irische oder portugiesische Binnenmarkt als Absatzmarkt für das deutsche Kapital nur von untergeordneter Bedeutung sind. Die Schrumpfung dieser Märkte wird in Kauf genommen. Etwas anders sieht es aus bei den größeren Krisenländern wie Spanien und Italien. Diese sind von größerer ökonomischer Bedeu-

tung. Dies dürfte auch ein Grund dafür sein, dass bei den Notkrediten für die spanischen Banken die Auflagen gelockert wurden.

Wie die vorangegangenen Ausführungen gezeigt haben, weichen die Haltungen und Forderungen der Wirtschaftsverbände in einer Reihe von Punkten erheblich voneinander ab. Auch im Zeitverlauf sind unterschiedliche Koalitionsbildungen erkennbar.

Die Differenzen zwischen den Bankenverbänden in Bezug auf die Finanzmarkt- und Bankenreformen lassen sich relativ leicht erklären: Privatbanken, öffentlich-rechtliche Banken und Genossenschaftsbanken stehen im unmittelbaren Wettbewerb zueinander. So konkurrieren sie unter anderem um Kunden. Sie haben zwar ein gemeinsames Interesse daran, eine restriktive Regulierung ihrer Geschäftstätigkeit abzuwehren, doch jeder Bankensektor ist auch bemüht, die krisenbedingten Anpassungskosten auf andere abzuwälzen. Dabei stehen die privaten Banken derzeit politisch stärker unter Zugzwang, was sich unter anderem daran zeigt, dass sie lediglich versuchen, bei der Bankenabgabe oder bei der Unterstellung unter die europäische Bankenaufsicht dieselben Auflagen für alle Finanzinstitute durchzusetzen, während die genossenschaftlichen und öffentlichen Banken dafür kämpfen, dass sie von derartigen Regelungen ausgenommen werden.

In Bezug auf die Europapolitik (die «Rettungspolitik» und die Reformen im Bereich *economic governance*) können tendenziell drei Typen von Verbänden unterschieden werden: diejenigen, die sich vor allem am globalen Wettbewerb orientieren, diejenigen, denen es vor allem auf Stabilitätskriterien ankommt, und die reaktionären Kräfte.

### 1. Die global-expansive Gruppierung

Zu ihr gehören BDI, BDA, BdB, DIHK sowie die industriellen Branchenverbände. Sie bezwecken mit den von ihnen befürworteten «Rettungsmaßnahmen» eine Aufrechterhaltung der Währungsunion<sup>14</sup> und erheben in der Frage der makroökonomischen Konvergenz wie bei ihren Reformvorschlägen für die Schuldnerländer die «Wettbewerbsfähigkeit» zur zentralen wirtschaftspolitischen Zielgröße. Sie sind für eine (auf Dauer gestellte) europäische wirtschaftliche Rahmengesetzgebung mit automatischen Sanktionen, lehnen aber eine direkte Wirtschaftsregierung (die abhängiger wäre von schwankenden politischen Kräfteverhältnissen) ab.

Erklären lassen sich all diese Positionierungen unseres Ermessens nach mit dem Interesse, die Akkumulationsstrategie der monopolistischen Kapitalfraktion zu verteidigen, die durch folgende Merkmale gekennzeichnet ist: Sie orientiert sich am globalen Wettbewerb und setzt im Inland vor allem auf Produk-

<sup>14</sup>Nicht ganz in dieses Bild passt die Stellungnahme des ZVEI und des VDMA vom August 2012, in der die Kritik an der Entscheidung der EZB, notfalls unbegrenzt Staatsanleihen aufzukaufen, mit der Forderung verbunden wurde, das Ausscheiden von Krisenländern aus der Eurozone nicht länger als Option auszuschließen.

tivitätssteigerung, Lohnzurückhaltung und Arbeitsmarktflexibilisierung und auf den äußeren Märkten zum Teil auf schuldenfinanzierten Konsum.

Hinter dem Versuch, Wettbewerbsfähigkeit als zentrales Kriterium sowohl für die innereuropäische Konvergenz als auch in den Anpassungsprogrammen für die Peripherieländer durchzusetzen, steckt die Absicht, die Eurokrise für eine Vertiefung und Expansion dieses Akkumulationsmodells zu nutzen.<sup>15</sup> Die Forcierung einer austeritätspolitischen und wettbewerbsorientierten Rahmengesetzgebung, bei gleichzeitiger Ablehnung einer direkten Wirtschaftsregierung, kann als der Versuch verstanden werden, den ökonomischen Kampf gegenüber dem politischen Kampf aufzuwerten, denn das Akkumulationsmodell trifft insbesondere auf der europäischen Ebene auf Gegner, die politisch tendenziell eine Mehrheit organisieren können, während sie ökonomisch kein ähnlich gut funktionierendes Akkumulationsmodell aufweisen können.

Diese Gruppierung reagiert auf die Krise nicht nur defensiv, sondern offensiv mit einem eigenen Projekt. Sie nutzt die Krise zu einer Flucht nach vorn. Ökonomisch basiert dieses Projekt auf einer Expansion und Vertiefung der deutschen Variante des Neoliberalismus, das heißt auf einer stärkeren Ausrichtung auf externe Märkte (um dort interne Überakkumulation und Überproduktion zu absorbieren), auf einer Erhöhung des Arbeitsangebots und auf einer Kombination von absoluter und relativer Mehrwertsteigerung (beide Varianten der Akkumulation sind in einer Forderung nach geringeren Lohnstückkosten enthalten). Dieses Projekt antizipiert die Strategien globaler Konkurrenten (insbesondere des US-amerikanischen, japanischen und chinesischen Kapitals) und versucht sich mittels europäischer Standortpolitik in diesem Wettbewerb langfristig erfolgreich zu positionieren. Die europapolitische Vision dieser Gruppierung des deutschen Kapitals ist konkurrenzgetrieben, enthält in ihrem Kern jedoch ein Klassenprojekt – die Erhöhung der Ausbeutungsrate.

## 2. Die stabilitätsorientierte Gruppierung

Zu ihr zählen wir den DSGV, den BVR und den ZDH. In ihr spielen Gläubigerinteressen eine zentrale Rolle. Dementsprechend geht es vor allem um die Gewährleistung des Schuldendienstes der Krisenländer (DSGV und BVR) beziehungsweise um die Vermeidung weiterer Gläubiger Risiken (ZDH). Diese Gruppierung ist in sich stärker gespalten entlang der Linie Bankkapital/Industriekapital. So haben die Bankenverbände ein großes Interesse an einer weitreichenden Wirtschaftsregierung, um den Schuldendienst auch gegen nationalen Eigenwillen durchsetzen zu können.<sup>16</sup> Auch die anvisierten Reformen für die einzelnen Schuldnerländer sind weniger strikt auf Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet und sollen in erster Linie den Schuldendienst sichern. Der ZDH hingegen, in seiner Ablehnung eines «europäischen Zentralismus», versucht eher, weitere riskante Maßnahmen zu verhindern. Dies spricht da-

für, dass sich die Geschäftstätigkeit der vom ZDH repräsentierten Unternehmen auf den nationalen Raum konzentriert. Ein wirtschaftspolitisches Gesamtkonzept für Europa wird von dieser Gruppierung nicht vorgeschlagen – es geht hier weniger um einen Ausbau einer Akkumulationsstrategie als um die Bewahrung des Status quo trotz Eurokrise.

## 3. Die reaktionären Kräfte

Hier handelt es sich nicht um eine Gruppierung, vielmehr bildet der Verband der Familienunternehmer mit seinen deutlich unterscheidbaren Positionen eine Kategorie für sich. Die Familienunternehmer lehnten die «Rettungspolitik» von Anfang an ab, argumentieren für einen «Grexit», verlangen eine weitere Verschärfung der fiskalpolitischen Maßnahmen, sind gegen jede Form von wirtschaftspolitischer Europäisierung und bedienen sich einer zum Teil rechtspopulistischen Rhetorik. Sie verfolgen ängstlich die Dynamik der europäischen «Rettungspolitik» und versuchen, sie insgesamt abzuwehren.

Zur Erklärung dieser Positionierung verweisen wir auf die bereits in der Einleitung erwähnte Vermutung, dass das Familieneigentum im Verband «Die Familienunternehmer» gefährdet ist und die Mitgliedsunternehmen durch eine Vertiefung der europäischen Integration, die zu mehr Konkurrenz beitragen würde, wahrscheinlich mehr zu verlieren als zu gewinnen haben. Daher versuchen sie, diese durch verschiedene politische (und rechtliche) Interventionen aufzuhalten.

In Bezug auf die verschiedenen Kapitalfraktionen ergeben sich folgende Schlussfolgerungen: Der Hauptwiderspruch innerhalb des deutschen Machtblocks verläuft unseres Erachtens zwischen dem Monopolkapital, das sich vor allem in der global-expansiven Gruppierung der Verbände artikuliert, auf der einen Seite, und dem nichtmonopolistischen Kapital, das sich vor allem in der stabilitätsorientierten Gruppierung der Verbände sowie in der Gruppe der reaktionären Kräfte (das heißt im Verband der Familienunternehmer) artikuliert, auf der anderen Seite. Es gibt allerdings kein Eins-zu-eins-Verhältnis der Repräsentation zwischen den Kapitalfraktionen und den Verbänden, wie wir bereits in der Einleitung deutlich gemacht haben. Teile des nichtmonopolistischen Kapitals werden auch von Verbän-

<sup>15</sup> Dieses Projekt zielt möglicherweise auch auf das innenpolitische gesellschaftliche Kräfteverhältnis. So betont etwa die BDA, im Gestirn der Spitzenverbände zuständig vor allem für die Tarifpolitik: «Ganz Europa, ja die ganze Welt beneidet uns um unser «Beschäftigungswunder». Ein Wunder ist es nicht, sondern es ist das Resultat richtiger Arbeitsmarktreformen [...] und einer vernünftigen, flexiblen und produktivitätsorientierten Tarifpolitik der letzten Jahre» (BDA 2012). Die gebetsmühlartige Wiederholung der «schmerzhaften Reformen» als Voraussetzung einer erfolgreichen Genesung, die Deutschland bereits hinter sich habe, andere Länder aber noch vor sich hätten, könnte daher auch als eine Strategie gedeutet werden, die eigene hegemoniale Stellung in Deutschland zu sichern, indem erstens die Agenda 2010 nachträglich eine erhebliche Legitimation erfährt und zweitens eine Zustimmung zur deutschen Europapolitik auch durch die Lohnabhängigen in Deutschland organisiert wird (man denke etwa an «die Griechen», die laut *Bild-Zeitung* so früh in Rente gehen etc.). <sup>16</sup> Hierzu noch einmal die bereits zitierte Erklärung: «Der Vorteil eines direkten Durchgriffs auf die nationale Wirtschaftspolitik von Staaten, die sich aus eigener Kraft nicht aus einer Schiefelage befreien können, ist, dass ein wirtschaftspolitischer Kurswechsel herbeigeführt werden kann, ohne dass schwankende politische Mehrheiten einen gravierenden Risikofaktor für die Wirksamkeit der Anpassungsprogramme darstellen» (BVR 2011d: 5).

den wie dem BDI oder dem DIHK vertreten (auch wenn sie dort untergeordnet sind). Umgekehrt finden sich im Verband «Die Familienunternehmer» auch einzelne Unternehmen, die der Fraktion des Monopolkapitals zuzuordnen sind.

Überraschend ist auf den ersten Blick, dass der Widerspruch zwischen dem Bankkapital und dem Industriekapital innerhalb des Monopolkapitals weniger tief zu sein scheint, als man vielleicht hätte vermuten können. Verbände wie der BDI wehren sich zum Beispiel ebenso wie die Banken gegen eine restriktivere Finanzmarktregulierung, weil die Industrieunternehmen die Einschränkung eigener Handlungsspielräume befürchten. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die international tätigen Industrieunternehmen selbst auf den Finanzmärkten als Kreditgeber und als Kreditnehmer aktiv sind und von deren Deregulierung und Liberalisierung im Sinne der Ausweitung ihrer Handlungsmöglichkeiten stark profitiert haben. Sie sind selbst wesentliche Finanzmarktakteure. Eine stärkere Anhebung der Eigenkapitalquoten der Banken stößt zum Beispiel bei den Industrieverbänden deshalb auf Widerstand, weil sie dadurch eine Verteuerung der Kredite für Unternehmen befürchten.

Die hegemoniale Fraktion des Monopolkapitals ist sehr stark an außereuropäischen Märkten und Konkurrenten orientiert. Ihre Verteidigung des Euro und der EU beruht eher auf einer globalen Expansionsstrategie als auf der unmittelbaren Abhängigkeit vom EU-Binnenmarkt, daher auch der Fokus auf die Austeritätspolitik und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit. Der EU-Binnenmarkt spielt hier mittelbar eine Rolle, da ein großer Heimatmarkt für das global orientierte Kapital eine Voraussetzung ist, um in der internationalen Konkurrenz bestehen zu können.

Die stabilitätsorientierte Gruppierung der Verbände repräsentiert mit der Masse der Sparkassen und Genossenschaftsbanken Kreditinstitute, deren unmittelbares Geschäft sich vorwiegend im lokalen oder regionalen Rahmen abspielt. Dort verfügen sie teilweise über Monopolstellungen oder sind in lokale Oligopole eingebunden, wenngleich ihre Größe im Vergleich zu den Großbanken eher bescheiden ist. Die Sparkassen sind durch ihre besondere Beziehung zu den Landesbanken und die Genossenschaftsbanken durch die Verbindung zu ihren eigenen Genossenschaftszentralbanken indirekt auch an internationalen Geschäften beteiligt. Insgesamt lässt sich der genossenschaftliche und der öffentlich-rechtliche Bankensektor den Fraktionen des Monopolkapitals oder des nichtmonopolistischen Kapitals nicht eindeutig zuordnen. Die Internationalisierung der Geschäfte dieser Bankengruppen zeigt sich darin, dass ihre Verbände an einem Erhalt der Eurozone interessiert sind und bezüglich der europäischen Krisenpolitik vor allem Gläubigerinteressen formulieren.

Wie die Positionen des ZDH verdeutlichen, sind die Interessenlagen des nichtmonopolistischen Industriekapitals und des traditionellen Kleinbürgertums einerseits durch die Produktion für den nationalen Markt

und andererseits durch die subalterne Einbindung in vom Monopolkapital beherrschte Produktionsnetzwerke bestimmt. Daraus ergeben sich Schwankungen. Einerseits hat der ZDH zusammen mit dem BDI Stellungnahmen zur Krisenpolitik abgegeben, andererseits nähert er sich in manchen Aussagen den Positionen den Familienunternehmern an.

Innerhalb des nichtmonopolistischen Kapitals überwiegt das Interesse an der Erhaltung des Status quo, der bisher noch überwiegend durch pro-europäische Positionen und die Verteidigung des Euro aus einer Gläubigerperspektive bestimmt wird. Allerdings verfügt das nichtmonopolistische Kapital ökonomisch über geringere Spielräume als das Monopolkapital. Daher fürchtet es sich auch besonders vor einer weiteren Einengung seiner Handlungsspielräume durch Belastungen, die sich aus der Vergemeinschaftung der Kreditrisiken und der weiteren Vertiefung der europäischen Integration ergeben könnten. Am klarsten wird dies von den Familienunternehmern artikuliert. Die Interessensgegensätze zwischen dem stark internationalisierten Monopolkapital und dem nichtmonopolistischem Kapital zeigen sich auch in dem Konflikt zwischen den im BdB tonangebenden großen Privatbanken und den Sparkassen sowie Genossenschaftsbanken.

Gegenwärtig erscheint der deutsche Machtblock im Hinblick auf die hier analysierten ökonomisch-korporativen Interessen trotz seiner inneren Widersprüche als relativ kompakt. Dies hängt damit zusammen, dass die krisenbedingten Lasten weitgehend auf die Lohnabhängigen abgewälzt beziehungsweise externalisiert werden konnten. Die sozialen Konflikte konzentrieren sich in den Ländern der europäischen Peripherie, obwohl das deutsche Kapital Teil der sozialen Verhältnisse ist, die in die Krise geraten sind. Das deutsche Kapital erscheint durch die Abwälzung und Externalisierung der krisenbedingten Kosten als Krisengewinner. Die Widersprüche innerhalb des deutschen Machtblocks könnten sich jedoch weiter zuspitzen, wenn die krisenhaften Entwicklungen in der europäischen Peripherie und in anderen Weltregionen irgendwann auch die Akkumulation des Kapitals in Deutschland stärker beeinträchtigen. Ein anderes Bild über die Tiefe der Widersprüche könnte auch entstehen, wenn die kulturellen und politischen Kämpfe stärker berücksichtigt werden – nicht zuletzt scheinen sich die reaktionären Kräfte auch politisch mit der Gründung der Partei «Alternative für Deutschland» neu zu formieren – oder wenn sich die Kräfteverhältnisse in Deutschland zugunsten der Lohnabhängigen verschieben.

Die Politik der dominierenden global-expansiven Gruppierung (und der sie weitgehend unterstützenden stabilitätsorientierten Gruppierung) ist widersprüchlich, weil sie einerseits die Eurozone verteidigt und auf eine Vertiefung der europäischen Integration abzielt, aber andererseits durch ihre autoritär-neoliberale Ausrichtung die Kohäsion der Europäischen Währungsunion (und der EU) unterminiert. Der bisherige Verlauf der



Krisenpolitik legt allerdings nahe, dass die Europäische Währungsunion weiter verteidigt werden wird und dass bei einer Zuspitzung der politischen Krise auch Zugeständnisse wie etwa eine Lockerung der Austeritätspolitik oder eine Streckung der Schuldentilgung zu erwarten sind.

Die Fähigkeiten zum *muddling through* der herrschenden Kräfte sollten nicht unterschätzt werden. Andererseits sollte aber auch die Stabilität der Kräfteverhältnisse nicht überschätzt werden. Die Diskussion über eine Auflösung der Europäischen Währungsunion hat quer durch die politischen Lager an Dynamik gewonnen, seitdem die national-konservativen und orthodox-neoliberalen Kräfte, die sich bis dato vor allem im Verband «Die Familienunternehmer» artikulierten, mit der «Alternative für Deutschland» einen parteipolitischen Ausdruck gefunden haben. Die Massenmedien haben in den letzten Jahren mit ihrem nationalistischen Diskurs den Boden für reaktionäre politische Verschiebungen bereitet.

Unglücklicherweise erscheint die rechte Kritik an der EU derzeit stärker als die linke. Die Vorstellung, man

könnte der rechten Kritik am Euro das Wasser abgraben, indem man die Diskussion über eine Auflösung der Eurozone von links befördert, ist höchst gefährlich. Am Ende droht eine solche Taktik, die Linke zu spalten und weiter Wasser auf die Mühlen der Rechten zu lenken. Es wäre auch falsch, die Kritik nur auf die neoliberal-autoritäre Vertiefung der europäischen Integration zu konzentrieren, die von der global-expansiven Gruppierung vorangetrieben wird, weil diese die hegemoniale Fraktion ist, und die reaktionären Positionen der Familienunternehmer und der «Alternative für Deutschland» als unbedeutend abzutun. Die Linke muss weiterhin einen Kampf an zwei Fronten führen: gegen die autoritär-neoliberale Weiterentwicklung der EU und gegen eine reaktionäre Kehrtwende, wie sie die Familienunternehmer und die «Alternative für Deutschland» verkörpern. Gegenüber diesen beiden Polen im Machtblock kann die Linke nur eine autonome Position entwickeln, wenn sie klarmacht, dass die Ursachen der Krise letztlich nicht im Verhältnis der Nationen, sondern in den Klassenverhältnissen begründet sind.

## LITERATUR

## A

**Aglietta, Michel (1979):** A Theory of Capitalist Regulation, London.

## B

**BDA [Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände] (2012):** Entschlossen und glaubwürdig für Deutschlands Zukunft in Europa, Rede von Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt, Deutscher Arbeitgebertag v. 16. Oktober 2012, unter: [http://www.bda-online.de/www/arbeitgeber.nsf/res/CE6CC394EEF2E449C1257A990029DC41/\\$file/Rede-DH-DAT2012.pdf](http://www.bda-online.de/www/arbeitgeber.nsf/res/CE6CC394EEF2E449C1257A990029DC41/$file/Rede-DH-DAT2012.pdf).

**BDA/BDI [Bundesverband der deutschen Industrie] (2010a):** BDI/BDA-Stellungnahme zur öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission zur «EU 2020»-Strategie, 12. Januar 2010, unter: [http://www.bdi.eu/images\\_content/BDA\\_BDI\\_Stellungnahme\\_EU\\_2020\\_Konsultation.pdf](http://www.bdi.eu/images_content/BDA_BDI_Stellungnahme_EU_2020_Konsultation.pdf).

**BDA/BDI (2010b):** Für eine neue europäische Stabilitätspolitik. Gemeinsame Erklärung von BDA und BDI, 29. Juni 2010, unter: [http://www.bdi.eu/download\\_content/20100702131614.pdf](http://www.bdi.eu/download_content/20100702131614.pdf).

**BDA/BDI (2012a):** Gemeinschaftswährung gestalten, nicht zerreden, Pressemitteilung v. 15. Juni 2012, unter: [http://www.bdi.eu/Pressemitteilungen\\_Industrieller\\_Mittelstand\\_fuer\\_Euro\\_15\\_06\\_2012.htm](http://www.bdi.eu/Pressemitteilungen_Industrieller_Mittelstand_fuer_Euro_15_06_2012.htm).

**BDA/BDI (2012b):** Herbstgutachten 2012 der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: «Eurokrise dämpft Konjunktur – Stabilitätsrisiken bleiben hoch», Zusammenfassung und Bewertung, 18. Oktober 2012, unter: [http://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/files/EE847DAFE689A9A9C1257A9B0044D80B/\\$file/Bewertung\\_HG2012.pdf](http://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/files/EE847DAFE689A9A9C1257A9B0044D80B/$file/Bewertung_HG2012.pdf).

**BDA/BDI/DIHK [Deutscher Industrie- und Handelskammertag]/ZDH [Zentralverband des deutschen Handwerks] (2011):** Ja zu Europa – Nein zur Schuldenunion. Gemeinsame Erklärung der Spitzenverbände, März 2011, unter: [http://www.bdi.eu/images\\_content/EuropaUndBruessel/Ja\\_zu\\_Europa\\_-\\_Nein\\_zur\\_Schuldenunion.pdf](http://www.bdi.eu/images_content/EuropaUndBruessel/Ja_zu_Europa_-_Nein_zur_Schuldenunion.pdf).

**BDA/BDI/CEOE [Confederación Española de Organizaciones Empresariales]/CONFINDUSTRIA [Confederazione Generale dell'Industria Italiana]/MEDEF [Mouvement des Entreprises de France] (2012):** In Europe and the Euro we trust, Pressemitteilung v. 6. September 2012, unter: [http://www.bdi.eu/download\\_content/In\\_Europe\\_and\\_the\\_Euro\\_we\\_trust.pdf](http://www.bdi.eu/download_content/In_Europe_and_the_Euro_we_trust.pdf).

**BDA/BDI/DIHK/ZDH/BdB [Bundesverband deutscher Banken]/BVR [Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken]/DSGV [Deutscher Sparkassen- und Giroverband]/VdP [Verband deutscher Pfandbriefbanken]/VÖB [Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands] (2013):** Universalbanken stärken Finanzmarktstabilität und sichern Unternehmensfinanzierung, Pressemitteilung v. 15. Januar 2013, unter: [\[infos/universalbanken-staerken-finanzmarktstabilitaet-und-sichern-unternehmensfinanzierung/files/17012012\\\_verbaendeerklaerung-universalbankensystem.pdf\]\(http://bankenverband.de/presse/presse-infos/universalbanken-staerken-finanzmarktstabilitaet-und-sichern-unternehmensfinanzierung/files/17012012\_verbaendeerklaerung-universalbankensystem.pdf\).](http://bankenverband.de/presse/presse-</a></p>
</div>
<div data-bbox=)

**BdB (2009):** Wirtschaftspolitik nach der Finanz- und Wirtschaftskrise. Daten, Fakten, Argumente, September 2009, unter: <https://bankenverband.de/publikationen/pubbanken/shopitem/a67624e03eb17b2543cef1dc-278f34e0>.

**BdB (2010a):** Ein Stabilitäts- und Abwicklungsfonds für einen krisenfesten Finanzmarkt, Publikation v. 9. April 2010, unter: <https://bankenverband.de/publikationen/reihen/shopitem/57efccdc264fccf4da3736258cf648c>.

**BdB (2010b):** Mehr Stabilität durch Begrenzung wirtschaftlicher Ungleichgewichte, Publikation v. 10. Mai 2010, unter: <https://bankenverband.de/publikationen/reihen/shopitem/8d623b9be7e3c3f9107b00b6eb1900df>.

**BdB (2010c):** Währungsunion 2.0, Publikation v. September 2010, unter: <https://bankenverband.de/publikationen/pubbanken/shopitem/5c7260ea3776d7701c73ddb064b7f459>.

**BdB (2010d):** «Regulierung nach der Finanzmarktkrise». Vortrag von Andreas Schmitz auf der Euro Finance Week in Frankfurt am Main, 15. November 2010, unter: [https://bankenverband.de/themen/geldinfosfinanzen/nach-der-krise-banken-heute/index\\_html/files/fileinnercontentproxy.2010-11-26.6299538443](https://bankenverband.de/themen/geldinfosfinanzen/nach-der-krise-banken-heute/index_html/files/fileinnercontentproxy.2010-11-26.6299538443).

**BdB (2011):** «Bankenverband zur Forderung, die Eigenkapitalausstattung zu erhöhen», Pressemitteilung v. 12. Oktober 2011, unter: <https://bankenverband.de/presse/presse-infos/bankenverband-zur-forderung-die-eigenkapitalausstattung-zu-erhoehen>.

**BdB (2012a):** «Bankenverband: Fiskalpakt bringt Europa voran», Pressemitteilung v. 31. Januar 2012, unter: <https://bankenverband.de/presse/presse-infos/bankenverband-fiskalpakt-bringt-europa-voran>.

**BdB (2012b):** «Bankenverband zu aktueller Lage in Spanien», Pressemitteilung v. 8. Juni 2012, unter: <https://bankenverband.de/presse/presse-infos/bankenverband-zu-aktueller-lage-in-spanien-statement-von-andreas-schmitz-praesident-des-bankenverbandes>.

**BdB (2012c):** Pressekonferenz zur Vorstandssitzung des Bundesverbandes deutscher Banken. Rede von Andreas Schmitz, 26. November 2012, unter: [http://bankenverband.de/presse/reden/pressekonferenz-zur-vorstandssitzung-des-bundesverbandes-deutscher-banken/files/121126\\_as\\_statement-vorstandspk.pdf](http://bankenverband.de/presse/reden/pressekonferenz-zur-vorstandssitzung-des-bundesverbandes-deutscher-banken/files/121126_as_statement-vorstandspk.pdf).

**BdB (2012d):** «Europa am Scheideweg – wie weiter mit Euro und Finanzsektor?» Rede von Andreas Schmitz, 12. September 2012, unter: <http://bankenverband.de/presse/reden/europa-am-scheideweg-wie-weiter-mit-euro-und-finanzsektor/files/rede-andreas-schmitz.pdf>.

**BdB/BVR/DSGV (2010):** «Kreditwirtschaft fordert verbesserte Regeln für stabileren Euro», Pressemittei-

lung v. 15. April 2010, unter: [http://www.dsgv.de/de/presse/pressemitteilungen/100415\\_PM\\_regeln\\_fuer\\_stabilereuro.html](http://www.dsgv.de/de/presse/pressemitteilungen/100415_PM_regeln_fuer_stabilereuro.html).

**BDI (2011):** Ein neuer Vertrag für den Euro. 12 Thesen aus einer industriellen Perspektive, Beitrag v. 7. September 2011, unter: [http://www.bdi.eu/images\\_content/EuropaUndBruessel/Ein\\_neuer\\_Vertrag\\_fuer\\_den\\_Euro.pdf](http://www.bdi.eu/images_content/EuropaUndBruessel/Ein_neuer_Vertrag_fuer_den_Euro.pdf).

**BDI (2012a):** «Aus der Krise führt nur pro-europäischer Kurs», Pressemitteilung v. 17. Mai 2012, unter: [http://www.bdi.eu/Pressemitteilungen\\_BDI\\_Pressemitteilung\\_Neuwahlen\\_Griechenland\\_17\\_05\\_2012.htm](http://www.bdi.eu/Pressemitteilungen_BDI_Pressemitteilung_Neuwahlen_Griechenland_17_05_2012.htm).

**BDI (2012b):** «Schlüssel liegt in der Wettbewerbsfähigkeit», Pressemitteilung v. 31. Januar 2012, unter: [http://www.bdi.eu/Pressemitteilungen\\_BDI\\_zum\\_EU\\_Gipfel\\_31\\_01\\_2012.htm](http://www.bdi.eu/Pressemitteilungen_BDI_zum_EU_Gipfel_31_01_2012.htm).

**BDI (2012c):** «Einsicht in die Notwendigkeit weiterer Haushaltskonsolidierung», Pressemitteilung v. 2. März 2012, unter: [http://www.bdi.eu/Pressemitteilungen\\_BDI\\_zum\\_Fiskalpakt\\_EU-Gipfel\\_02\\_03\\_2012.htm](http://www.bdi.eu/Pressemitteilungen_BDI_zum_Fiskalpakt_EU-Gipfel_02_03_2012.htm).

**BDI (2012d):** Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in Europa. Leitlinien und Handlungsfelder, Beitrag v. 1. November 2012, unter: [http://www.bdi.eu/download\\_content/EuropaUndBruessel/Wachstum\\_und\\_Wettbewerbsfaehigkeit\\_in\\_Europa.pdf](http://www.bdi.eu/download_content/EuropaUndBruessel/Wachstum_und_Wettbewerbsfaehigkeit_in_Europa.pdf).

**BDI (2013):** Neuer Vorschlag zur Finanztransaktionssteuer schwächt Realwirtschaft, in: BDI Fokus Finanzmarkt, April 2013, unter: [http://www.bdi.eu/download\\_content/April\\_2013\\_small.pdf](http://www.bdi.eu/download_content/April_2013_small.pdf).

**BILD (2011):** «Warum die Banken sauer auf Kanzlerin Merkel sind», Interview v. 15. Oktober 2012 mit Andreas Schmitz, Präsident des BdB, unter: <http://www.bild.de/politik/inland/banken-krise/warum-die-banken-sauer-auf-merkel-sind-20477632.bild.html>.

**BVR (2010a):** Volkswirtschaft special Nr. 3/2010, unter: [http://www.bvr.de/p.nsf/B6D7FEB6353A8DA0C12578150049202B/\\$FILE/2010BVRVolkswirtschaftSpecial3.pdf](http://www.bvr.de/p.nsf/B6D7FEB6353A8DA0C12578150049202B/$FILE/2010BVRVolkswirtschaftSpecial3.pdf).

**BVR(2010b):** «BVR-Präsident Fröhlich: «Allgemeine Bankenabgabe ist das falsche Signal – Bemessungsgrundlage darf keine Fehlanreize setzen»», Pressemitteilung v. 31. März 2010, unter: <http://www.bvr.de/p.nsf/index.html?ReadForm&main=6&sub=1&ParentUNID=B96058FCC76E1498C12576F70038FBF2>.

**BVR (2010c):** «BVR: EU-Rettungspaket ist Zeichen der Handlungsfähigkeit – Finanzpolitik in der Bringschuld», Pressemitteilung v. 10. Mai 2010, unter: <http://www.bvr.de/p.nsf/index.html?ReadForm&main=6&sub=1&ParentUNID=1A71493335223245C125771F003DA4AA>.

**BVR (2010d):** Volkswirtschaft special Nr. 7/2010, unter: [http://www.bvr.de/p.nsf/D5D9D1A53F2FCAC3C1257815004788B5/\\$FILE/2010BVRVolkswirtschaftSpecialNr7.pdf](http://www.bvr.de/p.nsf/D5D9D1A53F2FCAC3C1257815004788B5/$FILE/2010BVRVolkswirtschaftSpecialNr7.pdf).

**BVR (2010e):** Volkswirtschaft special Nr. 13/2010, unter: [http://www.bvr.de/p.nsf/587D106B1682D2E9C125781500477BB5/\\$FILE/2010BVRVolkswirtschaftSpecialNr13.pdf](http://www.bvr.de/p.nsf/587D106B1682D2E9C125781500477BB5/$FILE/2010BVRVolkswirtschaftSpecialNr13.pdf).

**BVR (2010f):** «Basel III: Genossenschaftsbanken hal-

ten Kreditangebot unverändert aufrecht/Kritik an undifferenzierter Belastung risikoarmer und risikoreicher Geschäftsmodelle», Pressemitteilung v. 13. September 2010, unter: <http://www.bvr.de/p.nsf/index.html?ReadForm&main=6&sub=1&ParentUNID=1F2D7FEDF2471B6AC12577BC004690B3>.

**BVR (2011a):** Volkswirtschaft special Nr. 12/2011, unter: [http://www.bvr.de/p.nsf/5BD3D0760D1D0E12C1257927003B4234/\\$FILE/2011BVRVolkswirtschaftSpecialNr12.pdf](http://www.bvr.de/p.nsf/5BD3D0760D1D0E12C1257927003B4234/$FILE/2011BVRVolkswirtschaftSpecialNr12.pdf).

**BVR (2011b):** «BVR: Wettbewerbspakt verbessert Abstimmung der Wirtschaftspolitik im Euroraum», Pressemitteilung v. 23. Februar 2011, unter: <http://www.bvr.de/p.nsf/index.html?ReadForm&main=0&sub=10&ParentUNID=71D7012FEA34EF86C1257840003E1B83>.

**BVR (2011c):** «BVR-Vorstand Hofmann fordert bessere Koordination der Staatsfinanzen in Europa/Stabiler Bankensektor von entscheidender Bedeutung», Pressemitteilung v. 2. Juni 2011, unter: <http://www.bvr.de/p.nsf/index.html?ReadForm&main=0&sub=10&ParentUNID=CB0B25F4019C2A11C12578A200529CD7>.

**BVR (2011d):** Volkswirtschaft special Nr. 8/2011, unter: [http://www.bvr.de/p.nsf/82F8B4FD6BF614FEC125789B002CE1EE/\\$FILE/2011BVRVolkswirtschaftSpecialNr6.pdf](http://www.bvr.de/p.nsf/82F8B4FD6BF614FEC125789B002CE1EE/$FILE/2011BVRVolkswirtschaftSpecialNr6.pdf).

**BVR (2012a):** Volkswirtschaft special Nr. 2/2012, unter: [http://www.bvr.de/p.nsf/152DD097743A5973C12579CF0030FF23/\\$FILE/BVRVolkswirtschaftSpecialNr2.pdf](http://www.bvr.de/p.nsf/152DD097743A5973C12579CF0030FF23/$FILE/BVRVolkswirtschaftSpecialNr2.pdf).

**BVR (2012b):** Volkswirtschaft special Nr. 5/2012, unter: [http://www.bvr.de/p.nsf/021D82332B90B553C1257A2B00379966/\\$FILE/BVRVolkswirtschaftSpecialNr5.pdf](http://www.bvr.de/p.nsf/021D82332B90B553C1257A2B00379966/$FILE/BVRVolkswirtschaftSpecialNr5.pdf).

**BVR (2012c):** Volkswirtschaft special Nr. 6/2012, unter: [http://www.bvr.de/p.nsf/D67AEF26DE285D8FC1257A3D00398E8F/\\$FILE/BVRVolkswirtschaftSpecialNr6.pdf](http://www.bvr.de/p.nsf/D67AEF26DE285D8FC1257A3D00398E8F/$FILE/BVRVolkswirtschaftSpecialNr6.pdf).

## D

**Demirović Alex/Sablowski, Thomas (2012):** Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin.

**Deutsche Handwerkszeitung (2012):** «Das war das Handwerksjahr 2012», Beitrag v. 21. Dezember 2012, unter: <http://www.deutsche-handwerks-zeitung.de/das-war-das-handwerksjahr-2012/150/3091/196590>.

**DSGV [Deutscher Sparkassen- und Giroverband] (2010):** Argumente gegen eine allgemeine Bankensonderabgabe, April 2010, unter: [http://www.dsgv.de/\\_download\\_gallery/Stellungnahmen/Bankensonderabgabe.pdf](http://www.dsgv.de/_download_gallery/Stellungnahmen/Bankensonderabgabe.pdf).

**DSGV (2011a):** «Die richtigen Schlussfolgerungen aus der Krise sind noch nicht gezogen.» Rede des Präsidenten des DSGV, Heinrich Haasis, anlässlich der 16. Handelsblatt-Jahrestagung «Banken im Umbruch» am 5. September 2011, unter: <http://www.dsgv.de/>

de/presse/reden/110905\_Handelsblatt-Jahrestagung.html.

**DSGV (2011b):** Memorandum zu aktuellen Fragen «Europa und Euro», Veröffentlichung v. 24. September 2011, unter: [http://www.dsgv.de/\\_download\\_gallery/Stellungnahmen/110924\\_Memorandum\\_IWF\\_dt.pdf](http://www.dsgv.de/_download_gallery/Stellungnahmen/110924_Memorandum_IWF_dt.pdf).

**DSGV (2011c):** Standpunkt: Staatsschuldenkrise: Zeit zum Handeln! Stellungnahme v. 29. November 2011, unter: [http://www.dsgv.de/\\_download\\_gallery/Publikationen/111129-Standpunkt-Staatsanleihen.pdf](http://www.dsgv.de/_download_gallery/Publikationen/111129-Standpunkt-Staatsanleihen.pdf).

**DSGV(2012a):** Nach der Wahl: Die Probleme außerhalb Griechenlands angehen, Stellungnahme v. 25. Juni 2012, unter: [http://www.dsgv.de/\\_download\\_gallery/Stellungnahmen/120625-Standpunkt\\_Euro\\_Griechenland\\_final.pdf](http://www.dsgv.de/_download_gallery/Stellungnahmen/120625-Standpunkt_Euro_Griechenland_final.pdf).

**DSGV (2012b):** Nicht flüchten, sondern standhalten. Stellungnahme zu Griechenland v. 24. Februar 2012, unter: [http://www.dsgv.de/\\_download\\_gallery/Stellungnahmen/1202024-Standpunkt-Griechenland.pdf](http://www.dsgv.de/_download_gallery/Stellungnahmen/1202024-Standpunkt-Griechenland.pdf).

**DSGV (2012c):** Europäische Währungsunion: Reformkurs beibehalten – Flexibilität erweitern, Stellungnahme v. 21. Mai 2012, unter: [http://www.dsgv.de/\\_download\\_gallery/Stellungnahmen/Standpunkt\\_Euro\\_Griechenland\\_Austeritaet-finalx.pdf](http://www.dsgv.de/_download_gallery/Stellungnahmen/Standpunkt_Euro_Griechenland_Austeritaet-finalx.pdf).

**DSGV (2012d):** Nach dem Haircut: Keine Atempause in der Staatsschuldenkrise, Stellungnahme v. 19. März 2012, unter: [http://www.dsgv.de/\\_download\\_gallery/Stellungnahmen/120319-Standpunkt-Nach-dem-Haircut.pdf](http://www.dsgv.de/_download_gallery/Stellungnahmen/120319-Standpunkt-Nach-dem-Haircut.pdf).

**DSGV (2012e):** Der Europäische Stabilitätsmechanismus ersetzt den Rettungsschirm, ist aber allein keine Lösung, Stellungnahme v. 23. April 2012, unter: [http://www.dsgv.de/\\_download\\_gallery/Stellungnahmen/120423\\_Standpunkt.pdf](http://www.dsgv.de/_download_gallery/Stellungnahmen/120423_Standpunkt.pdf).

**DSGV (2012f):** EZB-Anleihekäufe bleiben ein problematischer Notbehelf, Stellungnahme v. 18. Oktober 2012, unter: [http://www.dsgv.de/\\_download\\_gallery/Stellungnahmen/DSGV-Standpunkt\\_2012\\_10\\_EZB\\_OMT\\_final.pdf](http://www.dsgv.de/_download_gallery/Stellungnahmen/DSGV-Standpunkt_2012_10_EZB_OMT_final.pdf).

**DSGV (2012g):** Niedrigzinsen gefährden Wohlstand und Stabilität, Stellungnahme v. 5. November 2012, unter: [http://www.dsgv.de/\\_download\\_gallery/Stellungnahmen/DSGV-Standpunkt\\_Nov\\_2012.pdf](http://www.dsgv.de/_download_gallery/Stellungnahmen/DSGV-Standpunkt_Nov_2012.pdf).

**DSGV (2013a):** Fahrenschon: Solidität von Kreditinstituten für Einlagenschutz entscheidend, Pressemitteilung v. 18. März 2013, unter: [http://www.dsgv.de/\\_download\\_gallery/Pressemitteilungen\\_2013/130318\\_PM\\_Zypern\\_31.pdf](http://www.dsgv.de/_download_gallery/Pressemitteilungen_2013/130318_PM_Zypern_31.pdf).

**DSGV (2013b):** Fahrenschon bekräftigt Sicherheit der Spareinlagen, Pressemitteilung v. 26. März 2013, unter: [http://www.dsgv.de/\\_download\\_gallery/Pressemitteilungen\\_2013/130326\\_PM\\_Einlagen\\_sicherheit\\_34.pdf](http://www.dsgv.de/_download_gallery/Pressemitteilungen_2013/130326_PM_Einlagen_sicherheit_34.pdf).

**DSGV/BVR/BdB/Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands/Verband deutscher Pfandbriefbanken (2013a):** Deutsche Kreditwirtschaft kritisiert Vorschlag zur geplanten Finanztransaktionssteuer, Pressemitteilung v. 14. Februar 2013, unter: [http://www.die-deutsche-kreditwirtschaft.de/dk/presse-mitteilungen/volltext/backpid/29/article/deutsche-kreditwirtschaft-kritisiert-vorschlag-zur-geplanten-finanztransaktionssteuer.html?tx\\_ttnews%5BpS%5D=1136070000&cHash=7c18a3431d5acb8a5c6493d0e2f12d37](http://www.die-deutsche-kreditwirtschaft.de/dk/presse-mitteilungen/volltext/backpid/29/article/deutsche-kreditwirtschaft-kritisiert-vorschlag-zur-geplanten-finanztransaktionssteuer.html?tx_ttnews%5BpS%5D=1136070000&cHash=7c18a3431d5acb8a5c6493d0e2f12d37).

**DSGV/BVR/BdB/Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands/Verband deutscher Pfandbriefbanken (2013b):** Deutsche Kreditwirtschaft kritisiert Finanztransaktionssteuer, Pressemitteilung v. 21. Mai 2013, unter: [http://www.die-deutsche-kreditwirtschaft.de/dk/pressemitteilungen/volltext/backpid/29/article/deutsche-kreditwirtschaft-kritisiert-finanztransaktionssteuer.html?tx\\_ttnews%5BpS%5D=1136070000&cHash=10d23518c322d722078777d0cf7bc35](http://www.die-deutsche-kreditwirtschaft.de/dk/pressemitteilungen/volltext/backpid/29/article/deutsche-kreditwirtschaft-kritisiert-finanztransaktionssteuer.html?tx_ttnews%5BpS%5D=1136070000&cHash=10d23518c322d722078777d0cf7bc35).

**DSGV/BVR/BdB/Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands/Verband deutscher Pfandbriefbanken (2013c):** Deutsche Kreditwirtschaft fordert zügige Verabschiedung der Richtlinie zur Einlagensicherung. Strikte Trennung zur Abwicklungsfinanzierung, Pressemitteilung v. 10. Juli 2013, unter: [http://www.dsgv.de/\\_download\\_gallery/Pressemitteilungen\\_2013/130710\\_DK\\_PM\\_Bruessel.pdf](http://www.dsgv.de/_download_gallery/Pressemitteilungen_2013/130710_DK_PM_Bruessel.pdf).

**Deutschlandfunk (2011a):** «Rückzahlungsrisiko der EU-Bittsteller sorgt deutsche Banken», Interview v. 8. April 2011 mit Michael Kemmer, Hauptgeschäftsführer beim BdB, unter: [http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview\\_dlf/1431555](http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1431555).

**Deutschlandfunk (2011b):** «Keine Bankenkrise, sondern eine Staatsschuldenkrise», Interview v. 27. Oktober 2011 mit Uwe Fröhlich, Präsident des BVR, unter: [http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview\\_dlf/1589351](http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1589351).

## E

**Europäische Kommission (2010):** Bericht zu den Statistiken Griechenlands über das öffentliche Defizit und den öffentlichen Schuldenstand, 8. Januar 2010, Brüssel, unter: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_PUBLIC/COM\\_2010\\_REPORT\\_GREEK/DE/COM\\_2010\\_REPORT\\_GREEK-DE.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/COM_2010_REPORT_GREEK/DE/COM_2010_REPORT_GREEK-DE.PDF).

**Europäische Union (2011):** «EU-Six-Pack zur wirtschaftspolitischen Steuerung tritt in Kraft», Pressemitteilung MEMO/11/898, unter: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-11-898\\_de.htm?locale=de](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-11-898_de.htm?locale=de).

**EZB [Europäische Zentralbank] (2013):** Interest rate statistics, in: Statistics Pocket Book, Chapter 11.15 (Harmonised long-term interest rates for convergence assessment purposes), unter: <http://sdw.ecb.europa.eu/browse.do?node=bbn3146>.

## F

**Frankfurter Allgemeine Zeitung (2011a):** «Deutsche Banken bangen mit Griechenland», 6. Juni 2011.

**Frankfurter Allgemeine Zeitung (2011b):** «Wer finanziert die Schuldenstaaten?», 19. Juli 2011.

**FU [Die Familienunternehmer – ASU e. V.] (2010a):** «Familienunternehmer: Kein deutsches Gold für Griechenland», Pressemitteilung v. 15. März 2010,

- unter: <http://www.familienunternehmer.eu/presse/pressemitteilungen/archiv/detail/article/familienunternehmer-kein-deutsches-gold-fuer-griechenland.html>.
- FU (2010b):** «Familienunternehmer: Euro-Stabilität durch «Rettungsschirm» mehr gefährdet als gesichert», Pressemitteilung v. 21. Mai 2010, unter: <http://www.familienunternehmer.eu/presse/pressemitteilungen/archiv/detail/article/familienunternehmer-euro-stabilitaet-durch-rettungsschirm-mehr-gefaehrdet-als-gesichert.html>.
- FU (2010c):** «Familienunternehmer treten Euro-Klage bei», Pressemitteilung v. 18. August 2010, unter: <http://www.familienunternehmer.eu/presse/pressemitteilungen/archiv/detail/article/familienunternehmer-treten-euro-klage-bei.html>.
- FU (2010d):** «Familienunternehmer: Durch Griechenland-Milliarden Hilfen steigen Inflationsgefahren», Pressemitteilung v. 29. April 2010, unter: <http://www.familienunternehmer.eu/presse/pressemitteilungen/archiv/detail/article/familienunternehmer-durch-griechenland-milliarden-hilfen-steigen-inflationsgefahren.html>.
- FU (2011a):** «DIE FAMILIENUNTERNEHMER zu Gipfelergebnissen: «Großer Schritt in die richtige Richtung»», Pressemitteilung v. 27. Oktober 2011, unter: <http://www.familienunternehmer.eu/presse/pressemitteilungen/archiv/detail/article/die-familienunternehmer-zu-gipfelergebnissen-grosser-schritt-in-die-richtige-richtung.html>.
- FU (2011b):** «Euro-Krise. Keine Stabilität ohne Haftung und Verantwortung», Positionspapier v. 8. September 2011, unter: [http://www.familienunternehmer.eu/uploads/tx\\_wfmedienpr/euro-papier.pdf](http://www.familienunternehmer.eu/uploads/tx_wfmedienpr/euro-papier.pdf).
- FU (2011c):** Auswirkungen der Reformen der Bankenaufsicht berücksichtigen! Kreditvergabe der Banken, Sparkassen und genossenschaftlichen Kreditinstitute, September 2011, unter: [http://www.familienunternehmer.eu/uploads/tx\\_wfmedienpr/gutachten\\_basel\\_III.pdf](http://www.familienunternehmer.eu/uploads/tx_wfmedienpr/gutachten_basel_III.pdf).
- FU (2011d):** Wider den Schuldenstaat. Wege aus dem Schuldensumpf, Broschüre v. April 2011, unter: [http://www.familienunternehmer.eu/uploads/tx\\_wfmedienpr/wider\\_den\\_schuldenstaat\\_2011.pdf](http://www.familienunternehmer.eu/uploads/tx_wfmedienpr/wider_den_schuldenstaat_2011.pdf).
- FU (2012a):** «Familienunternehmer: Verwässerter EU-Fiskalpakt wäre nur Beruhigungsspiel für Öffentlichkeit», Pressemitteilung v. 30. Januar 2012, unter: <http://www.familienunternehmer.eu/presse/pressemitteilungen/archiv/detail/article/familienunternehmer-verwaessertes-eu-fiskalpakt-waere-nur-beruhigungsspiel-fuer-oeffentlichkeit.html>.
- FU (2012b):** «Familienunternehmer: Neue Kredite für Athen besser für Neuanfang nach Euro-Austritt nutzen», Pressemitteilung v. 20. Februar 2012, unter: <http://www.familienunternehmer.eu/presse/pressemitteilungen/archiv/detail/article/familienunternehmer-neue-kredite-fuer-athen-besser-fuer-neuanfang-nach-euro-austritt-nutzen.html>.
- FU (2012c):** «Familienunternehmer: Ein Austritt Griechenlands aus dem Euro ist kein Tabu mehr», Pressemitteilung v. 23. Juli 2012, unter: <http://www.familienunternehmer.eu/presse/pressemitteilungen/archiv/detail/article/familienunternehmer-ein-austritt-griechenlands-aus-dem-euro-ist-kein-tabu-mehr.html>.
- FU (2012d):** «Keine Schnellschüsse im Blindflug – Die Finanzhilfen für spanische Banken retten ihre Gläubiger und sind systemwidrig», Stellungnahme v. 19. Juli 2012, unter: [http://www.familienunternehmer.eu/fileadmin/familienunternehmer/positionen/europa/dateien/Spanienhilfen\\_sind\\_systemwidrig.pdf](http://www.familienunternehmer.eu/fileadmin/familienunternehmer/positionen/europa/dateien/Spanienhilfen_sind_systemwidrig.pdf).
- FU (2012e):** «Refinanzierung des ESM bei der EZB. Welche Grenzen setzt das Recht?», Beitrag v. 29. August 2012, unter: [http://www.familienunternehmer.eu/uploads/tx\\_wfmedienpr/rechtsgutachten\\_01.pdf](http://www.familienunternehmer.eu/uploads/tx_wfmedienpr/rechtsgutachten_01.pdf).
- H**
- Haas, Tobias/Sander, Hendrik (2013):** «Grüne Basis». Grüne Kapitalfraktionen in Europa – eine empirische Untersuchung, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin.
- Handelsblatt (2012):** «Mittelständler schießen gegen den BDI». Beitrag v. 26. Juni 2012, unter: <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/mittelstand/streitum-euro-rettung-mittelstaendler-schiessen-gegen-den-bdi/6798160.html>.
- Hickel, Rudolf (1975):** Kapitalfraktionen. Thesen zur Analyse der herrschenden Klasse, in: Kursbuch 42, S. 141–152.
- Heinrich, Matthias (2012):** Zwischen Bankenrettungen und autoritärem Wettbewerbsregime. Zur Dynamik des europäischen Krisenmanagements, in: Prokla 168, S. 395–412.
- I**
- Inacker, Michael (2012):** Familienunternehmer reichen BDI die Hand, in: Handelsblatt v. 13. Juni 2012, unter: <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/mittelstand/nach-streit-familienunternehmer-reichen-bdi-die-hand/6873420.html>.
- K**
- Krickhahn, Thomas (2010):** Mittelstandsverbände in Deutschland, in: Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Handbuch Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Deutschland, Wiesbaden, S. 85–104.
- O**
- Overbeek, Henk/van der Pijl, Kees (1993):** Restructuring capital and restructuring hegemony: Neo-liberalism and the unmaking of the post-war order, in: Overbeek, Henk (Hrsg.): Restructuring hegemony in the global political economy. The rise of transnational neo-liberalism in the 1980s, London u.a., S. 1–27.
- P**
- Poulantzas, Nicos (1975):** Klassen im Kapitalismus heute, Westberlin.
- Poulantzas, Nicos (2002):** Staatstheorie, Hamburg.

**S**

**Sandleben, Guenther (2011):** Politik des Kapitals in der Krise, Hamburg.

**Spiegel Online (2010):** «Verunsicherte Märkte: Griechische Krise drückt Euro-Kurs», Beitrag v. 25. Februar 2010, unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/verunsicherte-maerkte-griechische-krise-drueckt-euro-kurs-a-680263.html>.

**V**

**VDA [Verband der Automobilindustrie] (2012):** Politikbrief 01/2012, unter: [http://vda.de/de/publikationen/publikationen\\_downloads/detail.php?id=1097&HPSESSID=2bfr4ui3iovjlh885uof4t05b0](http://vda.de/de/publikationen/publikationen_downloads/detail.php?id=1097&HPSESSID=2bfr4ui3iovjlh885uof4t05b0).

**VDMA [Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau]/ZVEI (2012):** Gemeinsame Position von VDMA und ZVEI zur Euro-Schuldenkrise, August 2012, unter: <http://www.zvei.org/Verband/Publikationen/Seiten/Gemeinsame-Position-von-VDMA-und-ZVEI-zur-Euro-Schuldenkrise.aspx>.

**Z**

**ZDH [Zentralverband des Deutschen Handwerks] (2010):** «Kentzler: Unternehmensfinanzierung sicherstellen». Pressemitteilung v. 22. Januar 2010, unter: <http://www.zdh.de/presse/pressemitteilungen/archiv-pressemitteilungen/kentzler-unternehmensfinanzierung-sicherstellen.html>.

**ZDH (2011):** Rede von Otto Kentzler anlässlich eines Besuchs bei Kanzlerin Merkel am 16. September 2011, unter: <http://www.zdh.de/presse/pressemitteilungen/archiv-pressemitteilungen/bundeskanzlerin-merkel-im-dialog-mit-dem-handwerk.html>.

**ZDH (2012):** Grundsatzthesen zur Zukunft der Europäischen Währungsunion, Pressebeitrag v. 10. August 2012, unter: <http://www.zdh.de/presse/beitraege/archiv-beitraege/grundsatzthesen-zur-zukunft-der-europaeischen-waehrungsunion.html> abg.

**ZDH/DIHK/BGA [Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen] (2011):** Staatsschuldenkrise: Zurück zu solider Haushaltspolitik, Beitrag für das Handelsblatt von ZDH-Präsident Otto Kentzler, DIHK-Präsident Hans Heinrich Driftmann und BGA-Präsident Anton F. Börner v. 9. Dezember 2011, unter: <http://www.zdh.de/presse/beitraege/archiv-beitraege/staatsschuldenkrise-zurueck-zu-solider-haushaltspolitik.html>.

**ZVEI [Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie] (2012):** Die Entwicklung der deutschen Elektroindustrie vor und nach der Einführung des Euro, Online-Artikel v. 22. März 2012, unter: <http://www.zvei.org/MaerkteRecht/KonjunkturundAnalysen/Seiten/Die-Entwicklung-der-deutschen-Elektroindustrie-vor-und-nach-der-Einfuehrung-des-Euro.aspx>. 3

## ABKÜRZUNGEN

**ASU**

Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer

**BdB**

Bundesverband deutscher Banken

**BDI**

Bundesverband der deutschen Industrie

**BDA**

Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände

**BGA**

Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen

**BVR**

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken

**CEOE**

Confederación Española de Organizaciones Empresariales

**CONFINDUSTRIA**

Confederazione Generale dell' Industria Italiana

**DIHK**

Deutscher Industrie- und Handelskammertag

**DSGV**

Deutscher Sparkassen- und Giroverband

**EFSF**

Europäische Finanzstabilisierungsfazilität

**ESM**

Europäischen Stabilitätsmechanismus

**EU**

Europäische Union

**EZB**

Europäische Zentralbank

**FU**

Die Familienunternehmer

**G20**

Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer

**MEDEF**

Mouvement des Entreprises de France

**VCI**

Verband der Chemischen Industrie

**VDA**

Verband der Automobilindustrie

**VDMA**

Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau

**VdP**

Verband deutscher Pfandbriefbanken

**VÖB**

Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands

**ZDH**

Zentralverband des deutschen Handwerks

